

AUSLANDSINFORMATIONEN

1 | 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

40 Jahre Auslandsinformationen, das heißt 40 Jahre Beiträge zur Information und Meinungsbildung zu relevanten Fragen der internationalen Politik. Das Magazin informiert aus erster Hand die interessierte Öffentlichkeit und Entscheidungsträger aus dem Deutschen Bundestag gleichermaßen. Dabei sind stets auch Länder und Regionen im Blickfeld, die nicht tagtäglich die politische Debatte hierzulande bestimmen. Mit Mut zur anspruchsvollen Analyse und konkreten Handlungsempfehlungen liefern die Auslandsinformationen einen wichtigen Diskussionsbeitrag, weiten den Blickwinkel und regen zum Nachdenken an. Damit tragen sie seit 40 Jahren zu einer fundierten außenpolitischen Debatte bei und liefern damit wichtige Impulse zur Gestaltung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Hinter den Auslandsinformationen stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in über 100 Büros in mehr als 80 Ländern und allen Regionen der Erde für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Marktwirtschaft im Einsatz sind. Keine andere politische Stiftung arbeitet so lange und so intensiv in so vielen Ländern. Seit Gründung der Stiftung in den 1960er-Jahren pflegen die Mitarbeiter vor Ort Kontakte, eröffnen Gesprächskanäle und nehmen mit stets wachem Auge Entwicklungen und Hintergründe in ihrem jeweiligen Gastland wahr. Sie pflegen das christdemokratische internationale Netzwerk, arbeiten mit zahlreichen Kooperationspartnern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden, Medien sowie Kunst und Kultur zusammen und sind als Experten unser direkter Sensor und Frühwarnsystem. Diese Arbeit ist unerlässlich und eine feste Stütze unserer Arbeit in Partei und Fraktion.

Über 400 Ausgaben der Auslandsinformationen sind bisher erschienen. Viele Jahre wurde die Zeitschrift monatlich veröffentlicht und seit 2010 auch in englischer Sprache. Mit 40 Jahren ist man im besten Alter. In den vergangenen 40 Jahren hat die internationale Politik tektonische Verschiebungen erlebt: vom Ende des Kalten Krieges über die Anschläge vom 11. September 2001 über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zur Großmachtrivalität zwischen den USA und China. Die Auslandsinformationen sind in diesem Wandel eine Konstante und eine feste Institution im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs geworden. Über die Jahrzehnte hat sich die Zeitschrift als an die jeweilige Zeit thematisch adaptiv sowie im Format innovativ erwiesen. Ich bin mir somit sicher, dass wir uns auch die nächsten 40 Jahre auf viele weitere spannende Ausgaben freuen können.

Ich danke heute den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung ganz ausdrücklich für ihren unermüdlichen und unverzichtbaren Einsatz, ihren Enthusiasmus und ihre Beharrlichkeit. Ich danke aber auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für Ihre Treue in den zurückliegenden 40 Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which reads 'Friedrich Merz'.

Friedrich Merz MdB ist Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Liebe Leserinnen und Leser,

„heute herrscht im euro-atlantischen Raum Friede und das Risiko eines konventionellen Angriffs auf NATO-Gebiet ist gering“. So steht es im Strategischen Konzept des nordatlantischen Bündnisses – dem von 2010. Dieser eine Satz reicht, um zu verdeutlichen, wie viel sich in den vergangenen nicht einmal 15 Jahren verändert hat. Wenn die NATO in diesem Sommer beim Gipfeltreffen in Washington ihr 75-jähriges Bestehen feiert, dann wird sie das mit einem neuen Strategischen Konzept tun, das der massiven Verschlechterung der Sicherheitslage Rechnung trägt, die wir seither erlebt haben.

Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass die hiesige Öffentlichkeit wieder stärker über Verteidigungspolitik diskutiert und deutlich mehr Menschen die NATO als das erkennen, was sie ist: die unverzichtbare Allianz für unsere Sicherheit. In diesem Zusammenhang müssen wir dringend darüber sprechen, wie wir die USA in Europa halten und die verteidigungspolitischen Anstrengungen Deutschlands und Europas stärken können. In dieser Ausgabe der Auslandsinformationen wollen wir zudem auch Aspekte und regionale Blickwinkel in die Debatte einbringen, die sonst weniger im Scheinwerferlicht stehen.

„Zurück in die Zukunft“ – diese Wendung wurde in der jüngeren Vergangenheit verschiedentlich auf die NATO bezogen. Nach Jahrzehnten relativer weltpolitischer Ruhe sei die Allianz heute im Grunde wieder dort angekommen, wo sie 1949 gestartet war: als Bollwerk gegen die Bedrohung aus Moskau. Wahr daran ist, dass die Bündnisverteidigung und die Abschreckung Russlands heute tatsächlich und völlig zurecht wieder zur Priorität geworden sind, wie der deutsche Botschafter bei der NATO, Géza Andreas von Geyr, im Interview mit den Auslandsinformationen verdeutlicht.

Gleichzeitig gibt es jedoch eine ganze Reihe gravierender Unterschiede im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges. In gewisser Weise ist die Situation für die NATO heute noch herausfordernder – jedenfalls komplexer und unübersichtlicher – als damals. So sind die Aufgaben und Probleme, die die vergangenen drei Jahrzehnte geprägt haben, nicht aufgrund unserer erneuten Beschäftigung mit Moskau verschwunden. Die Gefahr des islamistischen Terrorismus, instabile Staaten in Nordafrika, dem Sahel sowie im Nahen und Mittleren Osten: All das ist immer noch da und wird durch Russlands Ziel, diese Regionen zu destabilisieren, zunehmend verstärkt. Trotz der Bedrohung durch Russland in Europa dürfen wir daher die „Südflanke“ der NATO nicht vergessen, betont Lucas Lamberty in seinem Beitrag zur NATO-Beratungsmission im Irak.

Auch ist die Rolle Russlands in Europa und im internationalen System heute eine andere als die der Sowjetunion bis 1991. War diese in Europa eine Status-quo-Macht, will Russland heute Grenzen gewaltsam verändern und nutzt dabei die Drohung mit Atomwaffen als Druckmittel. Gleichzeitig ist der Kreml angesichts des Aufstiegs eines immer aggressiveren Chinas nicht mehr der alleinige Gegenspieler und damit auch nicht mehr die strategische Priorität der Vereinigten Staaten als wichtigstem NATO-Mitglied. Hieraus ergibt sich für die nordatlantische Allianz und insbesondere für deren europäischen Teil die schwierige Frage, welche Rolle sie im Indopazifik spielen kann und soll. Denn wenn der NATO-Generalsekretär wie zuletzt in Washington beschwört, dass die USA die Herausforderungen durch Russland und China nicht trennen dürften, um sich einseitig auf China zu konzentrieren, dann gilt auch der Umkehrschluss: Wir Europäer können die Herausforderung durch China – insbesondere politisch und wirtschaftlich – nicht einseitig den USA überlassen.

Ein probates Mittel ist in diesem Zusammenhang die in den 1990er-Jahren etablierte Partnerschaftspolitik der NATO mit Staaten außerhalb des Bündnisgebiets: ein Instrument, das in Zeiten des globalen Systemkonflikts neue Bedeutung erhalten hat, und das nicht nur in Asien. Ein gutes Beispiel für den – beidseitigen – Nutzen dieser Partnerschaftspolitik ist auch die Kooperation zwischen der NATO und Kolumbien, die Stefan Reith in seinem Artikel analysiert. Aber auch die Partnerschaften mit den sogenannten AP4 – den „Asia-Pacific Four“ Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland – haben einen hohen Wert. Sie sind für diese Staaten ein willkommenes politisches Signal, eint sie doch der sorgenvolle Blick auf Pekings Vormachtstreben in der Region. Deutlich wird bei der Lektüre der Beiträge von Stephen Nagy zur japanischen sowie von Bertil Wenger und Justin Burke zur australischen Perspektive auf die NATO aber auch: Eine wie auch immer geartete Ausdehnung der NATO-Sicherheitsgarantien auf den Indopazifik wird in Tokio oder Canberra weder erwartet noch gewünscht.

Auch, aber nicht nur mit dem Aufstieg Chinas hängt der offensichtlichste und meistdiskutierte Unterschied zwischen der heutigen Situation und dem Kalten Krieg zusammen: die Rolle der Vereinigten Staaten in der NATO. Weder zur Zeit der Blockkonfrontation noch danach war fraglich, ob die USA im Fall der Fälle zu ihren Verpflichtungen aus Artikel 5 des Nordatlantikvertrags stehen würden. Das ist angesichts dessen, was der wahrscheinliche republikanische Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 2024 regelmäßig zur NATO von sich gibt, nicht mehr eindeutig der Fall. In der Diskussion zur künftigen Rolle der USA im Bündnis konzentrieren wir uns aber zu häufig auf Dinge, die wir nicht beeinflussen können, und zu wenig auf das, was in unserer Hand liegt. Natürlich können wir jetzt noch bis zur Wahl im November gebannt über den Atlantik starren und die regelmäßigen Einwürfe Donald Trumps empört kommentieren. Am Ende aber werden wir, die wir das Schauspiel von Europa aus verfolgen, weder wahlberechtigt noch Teil der nächsten US-Administration sein.

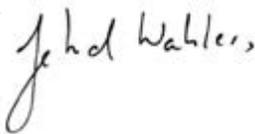
So unterschiedlich die möglichen Szenarien mit Blick auf Washington sein mögen: Wenn wir uns fragen, was wir tun können, um die Vereinigten Staaten in Europa zu halten und unsere eigene Sicherheit zu erhöhen, kommt immer dasselbe heraus: mehr deutsche und europäische Verteidigungsanstrengungen. Die Forderung nach einer gerechteren Lastenteilung innerhalb der NATO kommt seit Jahren sowohl von republikanischer als auch demokratischer Seite; und das wird so bleiben, unabhängig davon, wer der 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein wird, wie Peter Rough in seinem Artikel unterstreicht. Sollte Trump die Wahl gewinnen, dürften konkrete Fortschritte bei den europäischen Verteidigungsausgaben – nicht moralische Empörung – das aussichtsreichste Mittel sein, um seine Regierung von einer Fortsetzung des US-Engagements in und für Europa zu überzeugen. Und obwohl wir Europäer das Abschreckungspotenzial der USA nie vollwertig werden ersetzen können, wären starke europäische Verteidigungskapazitäten natürlich auch und gerade im schlimmsten Szenario eines expliziten oder impliziten Rückzugs der USA aus der NATO essenziell. Die von vielen Deutschen über Jahrzehnte gerne genutzte Option – Sicherheitsgarantien ohne ausreichende Eigenanstrengungen – wird dagegen nicht mehr zur Verfügung stehen.

„Tun wir genug?“, fragen Christina Bellmann und Alexander Schuster vor diesem Hintergrund in ihrem Artikel. Die Antwort lautet leider: nein. Und das hängt auch damit zusammen, dass die Debatte, die in Deutschland oft unter der Überschrift „Zeitenwende“ geführt wird, nach wie vor den Ernst der Lage nicht ausreichend widerspiegelt. „Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“, hatte der Bundeskanzler am 27. Februar 2022 kurz nach Russlands Angriff auf die Gesamtukraine konstatiert. Für die deutsche Verteidigungspolitik gilt das nur bedingt. Ja: Es ist kurzfristig deutlich mehr Geld im System, und das ist auch gut so. Aber es hakt in Deutschland nicht nur beim Materiellen. Woran es uns – auch im Vergleich zu unseren Verbündeten – nach wie vor mangelt, ist die Bereitschaft und Fähigkeit, in Politik und Gesellschaft echte strategische Debatten darüber zu führen, welche Interessen wir auf welchen Wegen verfolgen wollen und welche Partner und materiellen Ressourcen wir dafür benötigen.

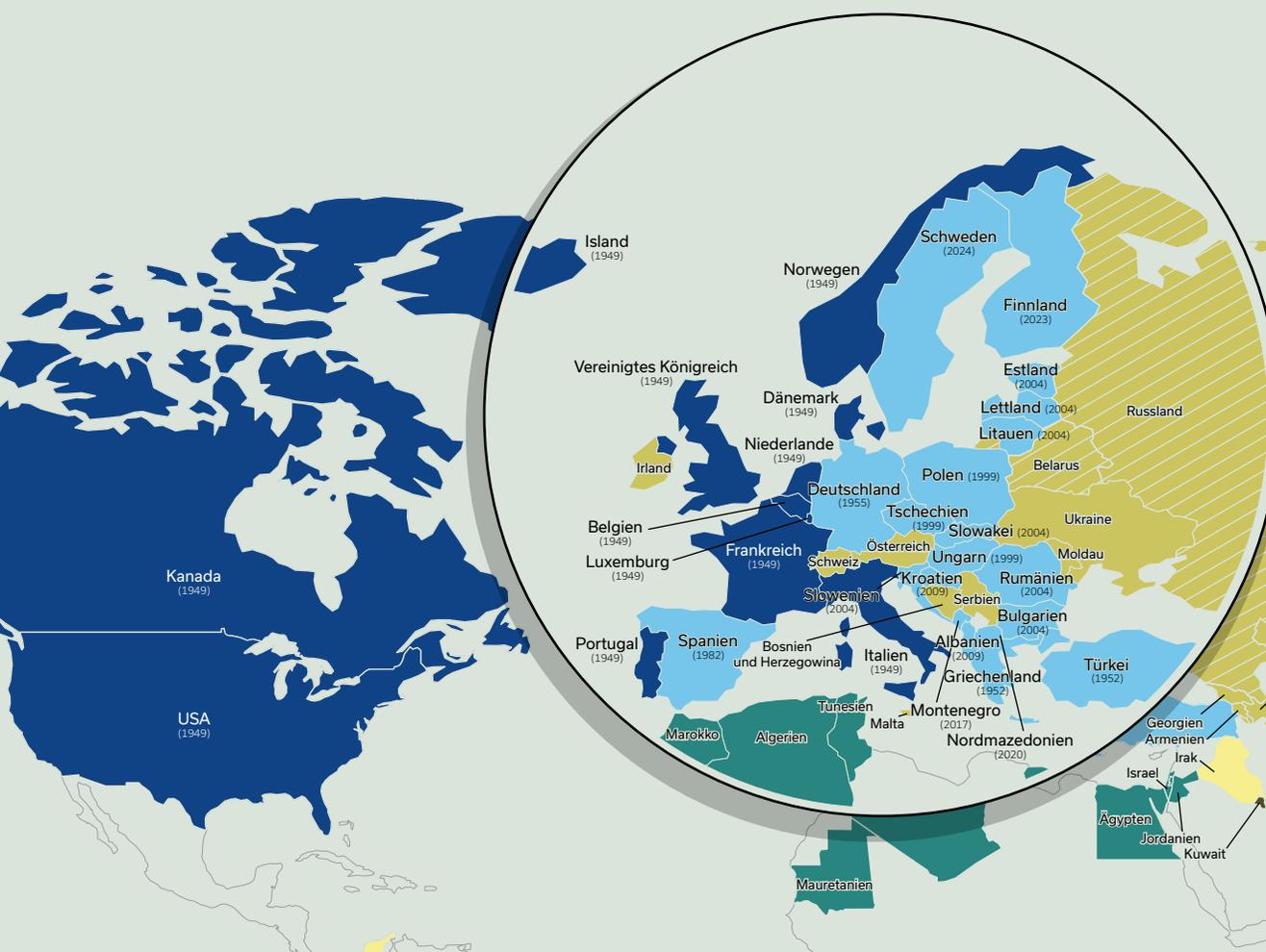
Und es hat auch nicht lange gedauert, bis die hergebrachten innenpolitischen Mechanismen wieder zu greifen begannen. Mehr Verteidigungsausgaben, ja gerne – solange alle weiteren politischen Projekte unangetastet bleiben und für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger die Welt im Alltag so bleiben darf wie davor. Am Ende aber wird sich unsere Verteidigungspolitik nicht daran messen müssen, ob wir uns im Rahmen unserer innenpolitischen Möglichkeiten ganz gut geschlagen haben. Entscheidend wird eine einzige Frage sein: Hat es gereicht, um Russland abzuschrecken? Und von der Antwort auf diese Frage wird abhängen, ob wir uns über andere – eigentlich viel wünschenswertere – Aufgaben und Ausgaben überhaupt noch so frei und in Frieden Gedanken machen können, wie wir das seit 75 Jahren gewohnt sind.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).



Mitglieder

Die NATO wurde am 4. April 1949 von zwölf Staaten aus Europa und Nordamerika gegründet.

Seitdem sind in mehreren Erweiterungsrounden (1952, 1955², 1982, 1999, 2004, 2009, 2017, 2020 und 2023/24) 20 weitere Staaten der NATO beigetreten. Aktuell gibt es 32 Mitglieder.

Partnerschaften (nicht erschöpfend)

Die NATO unterhält Beziehungen zu mehr als 40 Nichtmitgliedstaaten und internationalen Organisationen.

Die NATO arbeitet mit diesen Partnern über eine Reihe unterschiedlicher Strukturen zusammen, die sich in erster Linie nach der jeweiligen geografischen Region richten.

Die NATO

Mehr als Nordatlantik¹



Partners across the globe

Außerhalb ihrer formellen Partnerschaftsstrukturen arbeitet die NATO mit einer Reihe von Staaten – den sogenannten Partnern in aller Welt – auf individueller Basis zusammen.⁵

Partnership for Peace (PfP, seit 1994)

Die Partnerschaft für den Frieden (PfP) ist ein Programm der praktischen bilateralen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Partnerstaaten im euro-atlantischen Raum.³

Mediterranean Dialogue (MD, seit 1994)

Der Mittelmeerdialog (MD) ist ein Partnerschaftsforum, das zur Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum beitragen soll (insgesamt sieben Partnerstaaten).



Istanbul Cooperation Initiative (ICI, seit 2004)

Die Istanbuler Kooperationsinitiative (ICI) ist ein Partnerschaftsforum, das die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit der NATO bietet. Bislang haben sich vier Staaten des Golf-Kooperationsrats der Istanbuler Kooperationsinitiative angeschlossen.⁴



1 Informationen basieren auf NATO 2024: NATO's partnerships, 07.03.2024, in: <https://ogy.de/yqij> [07.03.2024].
 2 Die Bundesrepublik Deutschland trat der NATO am 6. Mai 1955 bei. Die DDR war Gründungsmitglied des Warschauer Pakts und trat kurz vor der Wiedervereinigung aus diesem aus.
 3 Die Partnerschaften der NATO mit Belarus und Russland sind derzeit ausgesetzt.
 4 Außerdem nehmen Oman und Saudi-Arabien an ausgewählten Aktivitäten im Rahmen der ICI teil.
 5 Die Partnerschaft der NATO mit Afghanistan ist derzeit aufgrund von Beschlüssen des Nordatlantikrats ausgesetzt.

NATO

Die unverzichtbare Allianz

10 *Im Gespräch*

„Der Wesenskern der NATO ist unbedingte Verlässlichkeit“

Ein Gespräch mit Botschafter
Géza Andreas von Geyr

20

Erst allmählich, dann plötzlich
Eine Einordnung des US-amerikanischen
Engagements in Europa in einer Vorkriegswelt

Peter Rough

29

Tun wir genug?
Der deutsche und europäische Beitrag
zur NATO

Christina Bellmann / Alexander Schuster

39

Japan und die NATO

Wie sich die Kooperation stärken lässt
und strategische Synergien besser genutzt
werden können

Stephen Nagy



Der unverzichtbare Verbündete: US-Präsident Harry Truman setzt 1949 den Nordatlantikvertrag in Kraft. Die USA im Bündnis zu halten, ist für Deutschland und Europa eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.
Foto: © Everett Collection, picture alliance.

52
Fernbeziehung
Die NATO und Australien
[Bertil Wenger / Justin Burke](#)

63
Blick in alle Richtungen
Zur NATO-Mission im Irak und der
Rolle der Allianz an der Südflanke
[Lucas Lamberty](#)

74
**Eine Sicherheitspartnerschaft
mit Substanz**
Kolumbien als globaler Partner der NATO
[Stefan Reith](#)



Im Gespräch

NATO. Die unverzichtbare Allianz

„Der Wesenskern der NATO ist unbedingte Verlässlichkeit“

Ein Gespräch mit Botschafter Géza Andreas von Geyr

40 JAHRE **Ai**

Der deutsche NATO-Botschafter Géza Andreas von Geyr spricht in den Auslandsinformationen über die militärische Abschreckung Russlands, eine mögliche Rückkehr Donald Trumps sowie die Schritte zu einem stärkeren europäischen Pfeiler im Bündnis.

Auslandsinformationen (Ai): Herr Botschafter, die NATO wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Angenommen, Sie sollten auf der Geburtstagsfeier eine Laudatio halten. Was wäre die zentrale Errungenschaft der NATO, die Sie hervorheben würden?

Géza Andreas von Geyr: 75 Jahre NATO bedeuten 75 Jahre Frieden

und Freiheit für die Länder, die unter dem Schutz der NATO waren und sind. Das bedeutet 75 Jahre Frieden und Freiheit im atlantischen Raum und in Europa, einem Kontinent, der über Jahrhunderte durch ständige Kriege geprägt war. Dies wurde auch deshalb möglich, weil sich die USA nach dem Zweiten Weltkrieg dazu entschieden haben, in und für Europa engagiert zu bleiben und die europäische Integration durch Sicherheit zu begleiten – in beidseitigem Interesse.

Ai: Nun mehren sich jedoch die Zweifel daran, dass die USA auch zukünftig ihre Interessenslage derart definieren und sich in Europa weiter so stark einbringen. Vor allem die Aussicht auf eine mögliche abermalige Präsidentschaft Donald Trumps sorgt in Europa bereits jetzt für große Verunsicherung. Diese Verunsicherung erreichte vor einigen Wochen einen vorläufigen Höhepunkt, als Trump die Beistandsgarantie für „säumige“ NATO-Bündnispartner infrage stellte. Wie nimmt man solche Äußerungen bei der NATO auf?

von Geyr: Die NATO hat einen Wesenskern. Dieser Wesenskern

ist unbedingte Verlässlichkeit: Wenn es hart auf hart kommt, stehen alle füreinander ein, ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Das ist der innere Charakter des Artikel 5 des NATO-Vertrags. Der gilt und darf von niemandem leichterhand infrage gestellt werden. Wer das tut, schwächt die Allianz – und damit auch sich selbst.

Gleichzeitig wissen alle, dass die europäischen NATO-Länder mehr der gemeinsamen Verteidigungslasten für den atlantischen Raum auf ihre Schultern nehmen müssen. Dies tun die Europäer bereits seit einigen Jahren, aber es ist ein Prozess. Der NATO-Gipfel im Sommer wird zeigen, dass dieser Prozess erheblich Tempo aufgenommen und an Substanz gewonnen hat und so auf einem guten Weg ist. Das ist die entscheidende Botschaft, die auch in die amerikanische Öffentlichkeit gelangen muss: Die Europäer gewinnen in der NATO und damit auch für die USA als Sicherheitspartner an Relevanz, die Allianz ist und bleibt zentral für die heutigen und absehbaren Sicherheitserfordernisse, und dies ist im beiderseitigen fundamentalen Interesse.

Ai: Woran machen Sie fest, dass dieser Prozess Schwung aufgenommen hat?

von Geyr: Europäische Verteidigungsfähigkeit zeigt sich in min-

destens drei unterschiedlichen Bereichen: Der erste ist die Europäische Union. Dort ist enorm viel gearbeitet worden an strukturellen Fragen und an sehr konkreten, teilweise finanziell kräftig unterlegten Projekten und Initiativen: Stichworte sind da PESCO, also die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, aber auch etwa die neuen tiefgreifenden Förderinstrumente der Rüstungsindustriepolitik.

Der zweite Pfeiler sind die Europäer in der Allianz. Die europäischen NATO-Länder tun sich immer intensiver zusammen, um bestimmte Fähigkeiten gemeinsam zu entwickeln, zu kaufen und sich zu koordinieren; sie achten präziser auf gemeinsame Standards und Nutzbarkeit. Ein sehr konkretes Beispiel ist die European Sky Shield Initiative zur Stärkung der gemeinsamen Luftverteidigung – dringende Fähigkeitslücken werden von derzeit 21 europäischen Alliierten in einem gemeinsamen Ansatz gefüllt.

Der dritte Bereich ist die Vielzahl, das dichte Netz von bi- und multilateralen Kooperationsformen von Europäern untereinander, etwa bei der deutsch-französischen oder deutsch-niederländischen Kooperation oder der Benelux-Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Auch hier geht es um sehr konkretes gemeinsames Planen, Entwickeln und Handeln von Europäern, durch das auch die Allianz insgesamt an Stärke und Schlagkraft gewinnt, also alle profitieren.



Auf Sendung: Russlands Präsident Wladimir Putin verbreitet seine Sicht der Dinge im Interview mit Tucker Carlson, dem ehemaligen Moderator von Fox News. Die russische Propaganda diene auch dazu, Fehlschläge in der Ukraine zu übertünchen, sagt der deutsche NATO-Botschafter Géza Andreas von Geyr. Foto: © Gavriil Grigorov, Russian Look, picture alliance.

Die Europäer stärken ihre Verteidigungsfähigkeit und ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit also auf verschiedenen Ebenen. Dass dieser Prozess auf einem guten Weg ist, sehen Sie auch am Anstieg der Verteidigungsausgaben so gut wie aller europäischen Länder. Es ist ein klarer Trend, gut und wichtig für Europa und auch für Amerika, denn auch die USA brauchen starke und verlässlich stabile Partner in der Sicherheitspolitik. So, wie sich das Sicherheitsumfeld absehbar entwickelt, schafft es keiner allein – und stabilere Partner als uns Europäer sehe ich für die USA nicht.

Ai: Sie sind seit August 2023 deutscher Botschafter bei der NATO. Wenn Sie auf Grundlage Ihrer bisherigen Eindrücke eine Stärke und eine Schwäche der Allianz – vielleicht auch mit Blick auf das konkrete Alltagsgeschäft in Brüssel – nennen müssten, welche wären das?

von Geyr: Die NATO bindet nun 32 Staaten zusammen. Das sind stolze Nationalstaaten mit langer, beeindruckender Geschichte. Sie haben sich aus eigenen Sicherheitsinteressen heraus zusammengetan und organisieren ihre Verteidigung gemeinsam in einer effizienten Allianz, dem stärksten Militärbündnis, das es gibt. Das ist eine enorme Leistung, die vielfältigste tägliche Abstimmung und Fokussierung verlangt. Es ist ein ständig laufender höchst komplexer Prozess, etwas anderes, als wenn es nur um ein Land mit einer einzigen festen Entscheidungsstruktur geht. Daher muss die NATO täglich aufpassen, dass aus dieser Komplexität nicht ein Übermaß an Kompliziertheit in den Abstimmungsprozessen wird. Es muss jeden Tag neu überdacht werden, was wirklich nötig ist, was man tun und vereinfachen kann, ob es mehr Tempo bei Entscheidungen braucht und wie funktionierende Kompromisse machbar werden. Das ständige gemeinsame Anpassen an die Aktualitäten und Erfordernisse, das Ausloten von Möglichkeiten und Notwendigkeiten unter den Alliierten ist unsere tägliche Aufgabe, kurzum: auf meiner Ebene im Nordatlantikrat sowie in den zahlreichen Untergremien gute deutsche NATO-Politik zu machen.

Ai: Auf Glückwünsche aus Moskau zu ihrem 75-jährigen Bestehen wird die NATO vermutlich vergeblich warten. Vor Ihrer Zeit bei der Allianz waren Sie deutscher Botschafter in Russland. Die Klagen der russischen Regierung über die NATO-Osterweiterungen kennen wir; auch die These, diese seien eine Bedrohung für Russland und der Krieg gegen die Ukraine eine Art Notwehr. Sind Sie mit diesen Argumentationsmustern während Ihrer Zeit in Moskau in persönlichen Gesprächen oft konfrontiert worden?

von Geyr: Mit diesen Argumentationsmustern bin ich in Moskau vom ersten Tag an konfrontiert worden, wobei man zwischen der Zeit vor dem Beginn des großangelegten Angriffs auf die Ukraine und danach unterscheiden muss. Zunächst war viele Jahre das ceterum censeo, dass sich die NATO aus eigenem Antrieb ausdehne, angeblich um Russland einzukreisen und zu schwächen. Dabei war natürlich auch dem Kreml immer klar, dass sich die NATO niemandem aufzwingt, sondern dass Staaten aus eigenen sicherheitspolitischen Überlegungen heraus um den Schutz in der Allianz nachsuchen. Da geht es um das Prinzip der freien Bündniswahl, ein völkerrechtliches Prinzip, das für alle gilt – auch wenn es dem Dominanzstreben Moskaus, dessen schlimmste Ausprägung wir im Krieg gegen die Ukraine sehen, entgegensteht.

Als man dann in Russland nach Beginn des Angriffskrieges merkte, dass es nicht gelang, die Ukraine schnell zu überrennen, konstruierte man einen neuen Kriegsgrund: Die NATO führe einen Krieg gegen die Russische Föderation mit dem Ziel, sie zu zerstören. Russland müsse sich verteidigen – wie nach 1941 gegen Nazi-Deutschland. Der Schauplatz dieses Krieges sei die Ukraine. Diese Propaganda-Variante, die man seit etwa Sommer 2022 ständig verkündet und die quasi den Spieß umzudrehen versucht, soll die Fehlschläge in der Ukraine der russischen Bevölkerung gegenüber übertünchen. Die Größe des angeblichen Gegners, eben der NATO, soll der Auseinandersetzung eine epochale Dimension verleihen. Die hinzugemischten Komponenten Antiamerikanismus, Antikolonialismus und Antiliberalismus sollen Länder des „Globalen Südens“ auf die russische Seite ziehen.

Dass beide Argumentationen absichtlich falsche Konstrukte sind, bedarf keiner weiteren Erläuterung – aber wir müssen damit umgehen, auch mit der erheblichen Gefahr, die davon ausgeht: Der Kreml will auf Biegen und Brechen diese grundsätzliche, große Auseinandersetzung mit dem Westen – und der sicherheitspolitische Teil des Westens ist aus seiner Sicht eben vor allem die NATO.

Ai: Hatten Sie denn den Eindruck, dass Ihre Gesprächspartner in Russland diese Argumentationsmuster tatsächlich als zutreffend angesehen haben?

von Geyr: Glauben die Russen selbst, was sie sagen? Ich denke, diejenigen, die wirklich in der Materie drin sind: ganz bestimmt nein. Aber Russland ist ein Land, das sich in den vergangenen Jahren zu einer Diktatur entwickelt hat, die Medien unter rigoroser Kontrolle hält, die eine Wahrheitsfindung abseits der Linientreue nicht mehr duldet, keine Vielfalt der Meinungen mehr akzeptiert und damit auch nicht mehr die Freiheit zum Formulieren selbständiger Überlegungen. Insofern glaube ich, dass es fast müßig ist, zu fragen, ob die Leute daran glauben oder nicht. Es geht nicht mehr um Überzeugungskraft, sondern nur noch um Durchsetzungskraft.

Ai: Im Zusammenhang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird viel mit den Begriffen „Sieg“ und „Niederlage“ operiert. Dabei ist nicht immer klar, was genau damit gemeint ist. Wann müssten wir aus Ihrer Sicht von einem Sieg Russlands sprechen? Und was würde ein solches Szenario für die NATO bedeuten?

von Geyr: Aus guten Gründen definiert niemand einhundertprozentig die Begriffe „Sieg“ oder „Niederlage“. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang die Konstante in unserer Politik hervorheben: Das ist das Prinzip der Souveränität und Integrität der Ukraine als Staat. Diese Souveränität ist mit dem Angriffskrieg Russlands brutal verletzt worden. Russland hat versucht, mit militärischen Mitteln territoriale Beute zu machen. Dieses Ansinnen darf und wird nicht gelingen. Das heißt: Die Russische Föderation muss aus den Gebieten, die ihr völkerrechtlich nicht zustehen, wieder raus.

Andernfalls würden wir akzeptieren, dass sich grundlegende Prinzipien des Völkerrechts und des Miteinanders von Staaten in Europa so ändern, wie der Kreml sich das wünscht: nämlich hin, oder besser: zurück zu einem „Recht des Stärkeren“. Moskau strebt nach

Dominanz über seine souveränen Nachbarn und nach Vetorechten über deren außenpolitische Wege. Diese Dominanzprinzipien spiegeln die Politik des 19. Jahrhunderts wider und passen nicht in eine moderne Sicherheits- und Friedensordnung, auch nicht zu den Vorschriften des Völkerrechts einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, deren Hüter Russland als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats eigentlich sein sollte. Deswegen ist es auch unser vitales Interesse, dass Russland damit keinen Erfolg hat. Unsere freie Lebensweise und die Sicherheit unserer Länder in Europa und im atlantischen Raum basieren ganz wesentlich darauf, dass vereinbartes Recht gilt, und zwar für alle.

Ai: Wie groß ist aus Ihrer Sicht das Risiko, dass sich die russischen Ambitionen nicht auf die Ukraine beschränken, sondern weiterreichen und im Falle eines Erfolges in der Ukraine auch NATO-Mitglieder wie etwa die Baltischen Staaten einschließen könnten?

von Geyr: Der Krieg gegen die Ukraine seit 2022 ist ja nicht der erste Schritt Moskaus. Es gab 2014 die Annexion der Krim, 2008 das Vorgehen in Georgien mit dem Ergebnis zweier dort kreierter Entitäten, die niemand außer Moskau anerkennt. Es gab die russische Unterstützung zur Stabilisierung des Lukaschenka-Regimes in Belarus, außerdem Versuche der Einflussnahme bei mehreren Wahlen in Europa. Das Muster ist klar: Russland strebt nach Kontrolle und Vorherrschaft in seiner Nachbarschaft – und ist bereit zu allen Mitteln. Das unterstreicht der Kreml immer wieder mit eindeutigen oder doppeldeutigen Drohungen gegen unterschiedliche Staaten, auch Alliierte. Diese Drohungen sind unbedingt ernst zu nehmen. Angesichts der Entwicklungen innerhalb Russlands spätestens seit Kriegsausbruch und seinem Gebaren nach Außen, etwa den Kooperationen mit dem Iran und Nordkorea, scheint eine Umkehr der gegenwärtigen russischen Staatsmacht von diesem Kurs kaum mehr möglich. Deshalb ist es verständlich, dass sich auch NATO-Mitglieder und -Partner unsicher fühlen. Aus diesem Grund ist es unbedingt geboten, dass wir als Allianz alles tun, um gewappnet zu sein, um das, was jemand im Kreml möglicherweise im Kopf haben mag, durch Abschreckung zu verhindern und uns jederzeit verteidigen zu können. Außerdem ist es zentral, dass wir als Staaten bilateral die Ukraine mit vielfältigen Mitteln auf Dauer nach Kräften unterstützen, damit sie ihren legitimen Abwehrkampf erfolgreich gestalten kann und es nicht zu weiteren derartigen Aggressionen Russlands kommt.

Ai: Sie haben zu Beginn darauf verwiesen, dass die Verteidigungsausgaben auch der europäischen NATO-Staaten gestiegen sind. Dennoch gibt es immer wieder Stimmen, die sagen, dass wir – Stand heute – noch nicht die Fähigkeiten haben, die wir bräuchten, um einer Bedrohung durch Russland erfolgreich entgegenzutreten. Wo besteht aus Ihrer Sicht im Bereich der Rüstungszusammenarbeit noch Verbesserungsbedarf, weniger mit Blick auf die Finanzen, sondern eher im Organisatorischen?

von Geyr: Ohne Geld geht's nicht. Wir haben jetzt in Deutschland die 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr. Das muss gut genutzt werden. Und auch für die Zeit danach braucht es ausreichende Mittel. Das ist das eine. Das andere ist die Frage: Wie organisiert sich Europa im Rüstungsbereich? Hier ist schon viel gemacht worden. Vor fünf, sechs Jahren hätte niemand gedacht, dass die Europäische



Internationale Übung unter Führung der finnischen Marine: Der Beitritt Finnlands zur NATO stärkt die Schlagkraft des Bündnisses. Gleiches gilt für die Aufnahme Schwedens. Foto: © Vesa Moilanen, Lehtikuva, picture alliance.

Union im Bereich Verteidigungsfähigkeit und bei konkreten Beiträgen zu rüstungsrelevanten Maßnahmen der Mitgliedstaaten dort ankommen würde, wo sie heute ist. Das kann und muss sich weiter intensivieren, aber der Weg ist vorgezeichnet und aus meiner Sicht gut. Auch die Europäer in der NATO tun viel, das Stichwort Sky Shield Initiative habe ich schon genannt. Jetzt kommt es in einem nächsten Schritt darauf an, gerade bei der Unterstützung der Rüstungsindustrie die produktivitätsfördernden Möglichkeiten der NATO und der EU ideal zusammenzubringen und zu einem Höchstmaß an Kooperation und Koordination zu kommen. Da sehe ich am meisten Raum für Optimierungen. Wir haben europäische Rüstungsindustrien, die sehr unterschiedlich aufgebaut sind. In manchen Ländern sind sie stark marktwirtschaftlich organisiert, in anderen hält der Staat große Anteile an Rüstungsfirmen, aber alle brauchen Planungssicherheit und Rückhalt. Am Ende geht es darum, gemeinsam Lücken zu erkennen und entsprechend zu investieren. Der Weg ist klar vorgezeichnet.



Ai: Stichwort Kooperation und gemeinsames Vorgehen: Nicht immer hat man den Eindruck, dass die Mitglieder der NATO in zentralen Fragen vollständig an einem Strang ziehen. Ein Beispiel ist der Aufnahmeprozess von Finnland und Schweden, den speziell Ungarn und die Türkei lange verzögert haben. Auch in anderen Fragen zeigen sich diese Staaten nicht nur aus deutscher Sicht als eine Art „problematische“ Verbündete. Können Sie uns erklären, warum sie trotzdem wichtige Verbündete sind?

von Geyr: Lassen Sie mich zunächst kurz auf das Thema Finn-

land und Schweden eingehen, das Sie angesprochen haben: Im Grunde geht es da ja nur um eine einzige Frage: Sind Finnland und Schweden eine Bereicherung für die Sicherheit der NATO? Da ist die Antwort völlig eindeutig und wird von allen in der Allianz gleich beantwortet: Ja, beide mehren die Sicherheit der Allianz. Einige Partner haben das Thema mit anderen Fragen angereichert. Aber wie es so ist im Leben: Man muss den Fokus auf

der Kernfrage halten. Keiner ist naiv: Natürlich hat jedes Land seine eigene Innenpolitik im Kreuz, auch wir. Aber das darf kein Grund dafür sein, fundamentale Entscheidungen unserer gemeinsamen Sicherheit im Übermaß zu verzögern.

Nun zu Ihrer eigentlichen Frage: Wir sitzen hier in der Allianz alle mit dem Interesse an einem Tisch, unsere Sicherheit gemeinsam zu gestalten. Jedes Mitglied leistet seinen Beitrag für die Sicherheit der Allianz. Weil Sie die Türkei und Ungarn ausdrücklich angesprochen haben: Die Türkei hat eine geografische Lage, die für die NATO ungeheuer wichtig ist, und sie spielt im Schwarzen Meer eine ganz zentrale Rolle. Aus diesen und anderen Gründen ist die Türkei für uns seit Jahrzehnten ein wichtiger Partner in der Allianz. Umgekehrt wird die Bedeutung der NATO für Ankara gewiss nicht geringer sein.

Das gilt für Ungarn ähnlich. Ich bin mir sicher, dass es Ungarn völlig klar ist, dass die Sicherheit des Landes am besten unter dem kollektiven Schutzschirm der NATO gewährleistet ist, der Verlässlichkeit verlangt. Eine Alternative erkenne ich nicht, übrigens auch nicht mit Blick auf die Geschichte des Landes. Ungarn zeigt sich als sicherheitspolitischer Partner in der Allianz übrigens durchaus anders als in der EU. In der Vielzahl der Fragen des täglichen Miteinanders nehmen wir Ungarn als soliden Alliierten wahr – umso verstörender wirken die gelegentlich plakativen Abweichungen Ungarns bei einigen zentralen politischen Einschätzungen und Themen.

Ai: In ihrem Strategischen Konzept von 2022 bekennt sich die NATO sowohl zur Bündnisverteidigung als auch zu Krisenprävention und -bekämpfung, genau wie zum Ansatz der kooperativen Sicherheit durch Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, die nicht Teil der NATO sind. Das sind ganz schön viele Aufgaben. Haben die NATO und ihre Mitglieder die Ressourcen, um diesen Ansatz wirklich mit Leben zu füllen?

von Geyr: Klar ist, dass das Thema Russland derzeit dominiert,

und man kann prophezeien, dass das auch für die nächsten Jahre gilt. Danach richtet sich die Allianz aus. Gleichzeitig behalten alle Aufgaben, die Sie genannt haben, ihre Bedeutung. Die NATO kann es sich nicht leisten, aus dem auszusteigen, was als 360-Grad-Betrachtung der Sicherheit bezeichnet wird.

Sie haben die NATO-Partnerschaftspolitik erwähnt, die sehr wichtig ist, um die Bindungen der Allianz in ihrer Nachbarschaft und auch weit darüber hinaus zu festigen und zu vertiefen – übrigens auch, um andere Staaten von unserer Position mit Blick auf die Ukraine zu überzeugen und den Versuchen des Kremls etwas entgegenzusetzen, in diesen Staaten die russischen Argumente unter die Leute zu bringen. Die NATO-Partnerschaftspolitik ergänzt in diesem Punkt also auch die Abschreckungspolitik gegenüber Russland.

Und die durchaus brisanten Vorkommnisse im Kosovo im vergangenen Jahr haben uns daran erinnert, dass auf dem Westlichen Balkan die Stabilität noch nicht das Niveau erreicht hat, das uns Sorgen nimmt – im Gegenteil verstärkt die NATO dort gerade ihre Präsenz. Die Ausrichtung auf die große Gefahr Russland hat also Priorität. Aber das heißt nicht, dass das andere völlig nachrangig wird.

Ai: Sie haben nun Russland als das derzeit bestimmende Thema genannt. Was sind denn daneben in der näheren und mittleren Zukunft Herausforderungen, die Sie sehen und die vielleicht im öffentlichen Diskurs noch nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen?

von Geyr: Ich würde drei nennen:

Die erste Herausforderung ist die

Frage des Tempos, der Zeitfaktor. Schaffen wir es, bei der Anpassung der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit der Allianz das nötige Tempo reinzubringen? Das wird enorme Anstrengungen erfordern.

Zweitens müssen wir die Notwendigkeiten der Sicherheitspolitik in die Köpfe der Menschen bringen. Auch da müssen sich alle anstrengen, das gilt für uns in Deutschland genauso wie für die anderen NATO-Staaten. Die Veränderungen der „Zeitenwende“ und ihre tiefgreifenden Umsetzungen müssen von der Überzeugung der Bevölkerung getragen werden. Dafür müssen die Menschen nachvollziehen können, dass die Weltlage und die Situation im euro-atlantischen Raum es leider nötig machen, dass wir entsprechend in sicherheitsrelevante Bereiche investieren und daher in anderen Bereichen mit den Mitteln sparsamer umgehen müssen. Es braucht also viel Überzeugungsarbeit.

Das dritte Thema ist das Gefahrenspektrum aus dem Informationsraum durch Manipulationsmöglichkeiten der Wahrheit – wenn sich Desinformation in einer Weise entwickelt und technisch perfektioniert, sodass man den Wahrheitsgehalt einer Aussage oder eines Bildes kaum noch sicher feststellen kann. Für mich kann das zur vielleicht entscheidendsten Zukunftsfrage auch für unsere Sicherheit werden.

Die Fragen stellten Sören Soika und Fabian Wagener.



Dr. Géza Andreas von Geyr ist seit August 2023 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO. Zuvor war er unter anderem Botschafter in Moskau, Politischer Direktor im Bundesministerium der Verteidigung, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes und Referatsleiter in der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt.



Foto: © Geert Vanden Wijngaert, AP, picture alliance.

NATO. Die unverzichtbare Allianz

Erst allmählich, dann plötzlich

Eine Einordnung des US-amerikanischen Engagements
in Europa in einer Vorkriegswelt

Peter Rough

40 JAHRE **Ai**

Das internationale Sicherheitsumfeld hat sich in den vergangenen Jahrzehnten fundamental verändert. Das gilt auch für die Politik in den USA. Ob Isolationisten oder Progressive: Die Ideengeber der US-amerikanischen Außenpolitik bieten ihrem Volk auf der Suche nach Antworten nur alten Wein in neuen Schläuchen an. Es ist noch völlig offen, ob ihre Konzepte sich durchsetzen werden. Die größte Bewährungsprobe für die Europapolitik der Vereinigten Staaten wird aber die Festlegung des Verhältnisses der Ukraine zur NATO sein.

Vor 25 Jahren lud US-Präsident Bill Clinton die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten nach Washington ein, um das 50-jährige Bestehen des Bündnisses zu feiern. Der gegenwärtig amtierende Präsident Joe Biden hat für die Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der Organisation in diesem Sommer ebenfalls Einladungen ausgesprochen. Der Jubiläumscharakter ist aber auch schon das Einzige, was die beiden Treffen gemein haben.

Was ist der Grund für diese Diskrepanz? Wie kann es sein, dass zwei Feierlichkeiten zu ein und demselben Bündnis, die nur ein Vierteljahrhundert auseinanderliegen, selbst einem flüchtigen Beobachter des globalen Geschehens so erscheinen, als fänden sie in völlig unterschiedlichen Welten statt? Es besteht kein Zweifel daran, dass sich das internationale Sicherheitsumfeld in diesen 25 Jahren grundlegend verändert hat. Der britische Verteidigungsminister Grant Shapps formulierte es im Januar so: „Der Kreis schließt sich: Wir sind von einer Nachkriegswelt in eine Vorkriegswelt gelangt.“¹

Nach ihrem Sieg im Kalten Krieg waren die Vereinigten Staaten von der naiven Überzeugung beseelt, dass freie Märkte und die Globalisierung Moskaus Rivalität mit Washington zähmen würden. Mehr noch: Mit ein bisschen Glück könnten sie sogar die liberale Demokratie nach Russland bringen. Diese Vorstellung war populär und weit verbreitet – und sie war gleichermaßen geschichtsvergessen.

Es war indes leicht, sich nach dem Kalten Krieg an diese idyllische Illusion zu klammern, ohne dass die Wirklichkeit dabei allzu sehr störte. Diejenigen unter uns, die die Realität ausblenden wollten, konnten das in der relativen weltgeschichtlichen Ruhe der ersten zehn Jahre nach Auflösung der Sowjetunion tun – und es wirkte sogar vergleichsweise plausibel. Die Ereignisse des 11. September 2001 waren so gewalttätig, so grausam, dass viele Analysten nachvollziehbar argumentieren konnten, sie hätten sich ganz außerhalb der Geschichte ereignet.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat diese weltfremden Ansichten ein für alle Mal widerlegt. Bis auf die hartnäckigsten Realitätsverweigerer hat er allen offenbart, dass der Zerfall der internationalen Ordnung, der die Stimmung bei den NATO-Feierlichkeiten in diesem Sommer trüben wird, so vonstattengegangen ist, wie Hemingway einst den Bankrott charakterisierte – nämlich etwas, das „erst allmählich und dann plötzlich“ eintritt. Der neue Normalzustand ist nicht mehr Frieden, sondern Krieg.

Dieser erst allmählich und dann plötzlich eingetretene Zusammenbruch der Illusionen hat zu einem großen Nachholbedarf in der US-amerikanischen Politik geführt. Die Zahl der Sowjet- und Kreml-Experten in den Vereinigten Staaten ist in den vergangenen 30 Jahren stetig zurückgegangen. Arabisch sprechende Spezialisten für Aufstandsbekämpfung ersetzen die Veteranen aus der Ära des Kalten Krieges, die sich mit ihrem Wissen über

Russland einen Namen gemacht hatten. Wenn das Wesen Russlands „ein Rätsel, eingewickelt in ein Mysterium innerhalb eines Enigmas“² ist, wie Churchill es zu Beginn des Zweiten Weltkriegs beschrieb, so erscheint dieses Rätsel noch unverständlicher für diejenigen, die Russland heute hinter einem Schleier relativer Unwissenheit betrachten. Das ist ein echtes Problem, denn es ist offensichtlich, dass Russland die von den Vereinigten Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs errichtete internationale Ordnung infrage stellt.

Und diese Herausforderung wird so schnell nicht weggehen. Es ist klar erkennbar, dass Russlands Hardliner-Politik nicht nur die eigenwillige Weltsicht seines Präsidenten Wladimir Putin

widerspiegelt. Sie ist vielmehr ein tief verwurzelter Antrieb des politischen Lebens in Russland, der im Laufe der Jahre von Männern wie Nikolai Patruschew und Alexander Bortnikow weiterentwickelt wurde, zwei führende Persönlichkeiten der Silowiki-Elite, unter deren Kontrolle die Sicherheitsdienste stehen und die das heutige Russland lenken. Wenn Putin heute von der Bildfläche verschwände, sähe die Politik des Kremls morgen nicht besser aus.

Seit seinem Einmarsch in die Ukraine hat Russland den Einsatz noch weiter erhöht. Die russische Führung hat taktische Atomwaffen in Belarus stationiert und die Wagner-Gruppe an der Suwalki-Lücke aufgestellt.³ Putin selbst liefert eine



Nur 25 Jahre und doch Welten entfernt: Seit Bill Clinton 1999 die Staats- und Regierungschefs der NATO zum 50. Jahrestag des Bündnisses einlud, hat sich die internationale Sicherheitslage verschlechtert – erst allmählich, dann plötzlich. Foto: © Timothy A. Clary, dpa, picture alliance.

rhetorische Breitseite nach der anderen. Zuletzt ließ er die Alarmglocken läuten, als er die baltischen Staaten beschuldigte, „Russen über die Grenze zu werfen“⁴ – ein Vorwurf, der an seine früheren Kriegsvorwände erinnert.

Ideologische Ansätze in der Außenpolitik rücken immer näher an die Schaltstellen der Macht.

Konkurrierende Ansätze gegenüber Europa

In früheren Zeiten haben sich US-Präsidenten solchen Situationen gestellt und ernsthafte Herausforderungen für die globale Stabilität abgewehrt. Doch nach zwei Jahrzehnten enttäuschend verlaufener Militäraktionen im Irak, in Syrien, Libyen und Afghanistan sowie unbefriedigenden Einsätzen in Niger, Jemen, Somalia und anderswo hat die US-amerikanische Öffentlichkeit weniger Vertrauen in die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten, im Ausland etwas Wesentliches zu erreichen. Diese Fehlschläge haben zu einer echten Skepsis gegenüber den US-amerikanischen Außenpolitikern und ihrer Fähigkeit geführt, die internationale Ordnung zu wahren.

Gleichzeitig haben sie den Weg für alternative Ideen geebnet, die lange Zeit in Misskredit geraten waren. In den vergangenen Jahren war eine Zunahme unterschiedlicher Ansätze mit Blick auf Europa und die Welt zu beobachten, von denen viele derzeit in Washington um Einfluss ringen. Das Aufkommen dieser Ideen kann sowohl als Folge wie auch als weiterer Verstärker des Verfalls der internationalen Ordnung angesehen werden.

Und es hat dazu geführt, dass diejenigen, die offen ideologische Ansätze in der Außenpolitik vertreten, näher an die Schaltstellen der Macht heranrücken konnten. Heute konkurrieren Neo-Isolationisten und traditionelle Falken um die Seele der Republikanischen Partei, während linke Progressive die moderaten Demokraten herausfordern und um die Macht kämpfen. Der

verstorbene Charles Krauthammer hat es so ausgedrückt: Weder der isolationistische Glaube, dass Amerika zu gut für die Welt sei, noch die progressive Auffassung, dass die Welt zu gut für Amerika sei, eigneten sich für eine robuste US-amerikanische Außenpolitik, die das nationale Interesse verteidigte.⁵ Dennoch haben beide Sichtweisen heute mehr Einfluss als zu jedem anderen Zeitpunkt in der jüngeren Vergangenheit.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die US-amerikanische Führung heute mit Veränderungen in der internationalen Ordnung auseinandersetzen muss, die über den russischen Revanchismus hinausgehen. Die Entscheidung von Präsident Xi Jinping, sich von Deng Xiaopings Leitstrategie „Verstecke deine Stärke und warte ab“ zu verabschieden, bevor China die Vereinigten Staaten verdrängen konnte, könnte als der größte geopolitische Fehltritt unserer Zeit in die Geschichte eingehen.⁶ Mit der Abschaffung der Freiheitsrechte in Hongkong, der Vertuschung der von China ausgegangenen Coronapandemie, ihrem aggressiven Vorgehen im Südchinesischen Meer, den Zöllen und Sanktionen gegen die Verbündeten der USA und der militärischen Bedrohung Taiwans hat die chinesische Führung das US-amerikanische Volk für die Gefahren sensibilisiert, die von der Kommunistischen Partei Chinas ausgehen.

Russland und/oder China?

Dieses neue Bewusstsein hat erhebliche Auswirkungen darauf, wie die US-Amerikaner Europa sehen. Während die Isolationisten in den USA ein umfassendes Engagement im Ausland grundsätzlich ablehnen, hat eine neue Generation von sogenannten Priorisierern die Bühne betreten, die die Bedrohung durch China in den Vordergrund stellen und argumentieren, dass sich die USA von Europa nach Asien umorientieren sollten. Diese Priorisierer vertreten zwar die Auffassung, dass die USA ihr Abschreckungspotenzial auch in Zukunft zugunsten ihrer NATO-Partner einsetzen sollten. Sie sind jedoch gleichzeitig der Meinung, dass die USA Europa auffordern sollten, die Hauptlast bei der Unterstützung der Ukraine und der Abschreckung Russlands zu tragen.



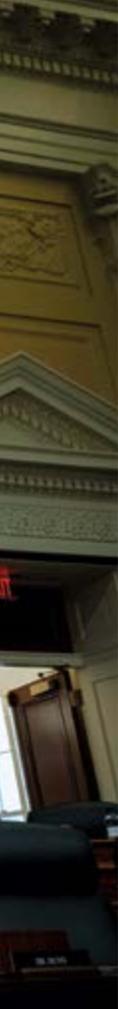
Nicht zu trennen: In den USA sehen traditionelle Falken und klassische Liberale Russland und China als zwei Seiten desselben Problems – und fordern eine umfassende Gegenstrategie. Foto: © Graeme Sloan, Sipa USA, picture alliance.

Die militärische Unterstützung Russlands durch Nordkorea und den Iran verstärkte das Bild vom antiamerikanischen Block.

Sowohl die Isolationisten als auch die Priorisierer befinden sich in einem erbitterten Streit mit den traditionellen Falken und den klassischen Liberalen, nach deren Auffassung die von Russland und China ausgehenden Herausforderungen miteinander zusammenhängen und Teil derselben Problematik sind. Die einstige Hoffnung der USA, China und Russland voneinander zu trennen, ist nach Ansicht dieser Konservativen und Liberalen nun einer stillschweigenden Anerkennung der

chinesisch-russischen Annäherung gewichen. Sie sind der Meinung, dass die einzige Antwort auf diese Bedrohung ein umfassender Plan ist, mit dem man beiden Herausforderern begegnen kann.

Die Biden-Administration ist zu häufig dem Hang erlegen, einzelne Themen und Krisen getrennt voneinander zu betrachten, um auch mit Russland und China bei manchen Fragen Wege der Zusammenarbeit zu finden.⁷ Allerdings hat das Team um Biden auch erkannt, dass sich die Anzeichen für einen neuen, feindseligen Block häufen, wenngleich bislang zu wenig unternommen wurde, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die Bemerkungen von Xi an Putin in Moskau im vergangenen Jahr, wonach sie „Veränderungen



erleben, wie wir sie seit 100 Jahren nicht mehr gesehen haben, und wir diejenigen sind, die diese Veränderungen gemeinsam vorantreiben“⁸, wurden in den Vereinigten Staaten breit diskutiert und allgemein als ein weiterer Ausdruck der Allianz zwischen den einstigen Rivalen interpretiert. Die militärische Unterstützung Russlands durch Nordkorea und den Iran hat den Eindruck eines antiamerikanischen revisionistischen Blocks, der sich nicht mehr in seine Einzelteile zerlegen lässt, nur noch verstärkt.

Hinsichtlich der Lastenteilung innerhalb der NATO besteht in den USA Einigkeit zwischen den Parteien.

Lastenteilung wird ein Thema bleiben

Natürlich verändert sich auch die NATO. Mit den Beitritten Finnlands und Schwedens zum Bündnis hat sich die Situation in Bezug auf Russland geändert, und viele von dessen Annahmen aus der Vorkriegszeit wurden widerlegt. Die baltischen Staaten sind zwar weiterhin verwundbar für Angriffe, insbesondere jetzt, wo Belarus praktisch ein Anhängsel Russlands wird. Aber die Fähigkeit der NATO, diese Länder zu verteidigen und die Exklave Kaliningrad unter Druck zu setzen, verbessert sich mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zum Bündnis erheblich. Als der US-Senat über die Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands abstimmte, fiel die Abstimmung mit 95:1 Stimmen zugunsten der Ratifizierung aus. Dies relativiert die überzogene Annahme, dass Washington sich immer mehr nach innen wende.

Auch hinsichtlich der Bedeutung der Lastenteilung innerhalb der NATO besteht in den USA Einigkeit zwischen den Parteien. Seit dem umfassenden Einmarsch Russlands in die Ukraine haben zwei NATO-Gipfel stattgefunden. In Madrid verabschiedete das Bündnis ein neues Strategisches Konzept, in Vilnius wurden neue regionale Militärstrategien beschlossen.

Zukünftig wird sich Washington darauf konzentrieren, diese politischen und militärischen Entscheidungen umzusetzen und die von ihnen ausgehende Dynamik aufrechtzuerhalten.

Positiv kommt dabei zum Tragen, dass Europa in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht hat. Dies wird inzwischen sogar von Republikanern anerkannt, die Europa eher skeptisch gegenüberstehen. Europa hat im Jahr 2022 fast sechs Prozent mehr für die Verteidigung ausgegeben als im Jahr zuvor, wobei die Staaten an der Ostflanke den größten Anteil daran haben.⁹ Fast alle NATO-Staaten erhöhen ihre Verteidigungsausgaben und Europa hat nach jetzigem Stand mehr als doppelt so viel Unterstützungsleistungen an die Ukraine vorzuweisen wie die USA.

Die Europäer haben jedoch weiterhin große Defizite bei den Luft- und Seestreitkräften, der Munition und anderen wichtigen Faktoren. Unterdessen hat Putin die russische Wirtschaft auf Kriegsmodus gestellt und die Verteidigungsausgaben auf sechs Prozent des BIP gesteigert. Ganz gleich, wer im nächsten Jahr im Weißen Haus sitzen wird: Die USA werden sich darauf konzentrieren, aus Zusagen Verpflichtungen zu machen und aus Verpflichtungen tatsächliche Fähigkeiten. Es wird aus den USA also anhaltenden Druck von höchster Ebene auf die europäischen Verbündeten geben, damit diese mindestens ihren Versprechen vom NATO-Gipfel in Wales 2014 nachkommen.

Ebenso wird derjenige, den die US-amerikanischen Bürger im kommenden November ins Oval Office wählen werden, die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine ziehen müssen. Dieser Krieg verändert die Vorstellung der Welt von moderner Kriegsführung. Schließlich wird unsere Vorstellung davon, was dort möglich ist und was nicht, gerade angesichts des ukrainischen Erfindungsreichtums und einer Vielzahl neuartiger und bahnbrechender Technologien wie FPV-Drohnen¹⁰ auf den Prüfstand gestellt. Und trotz all dieser Veränderungen ist die größte Frage, die sich dem nächsten US-Präsidenten stellt, vielleicht nicht, welche Lehren er aus dem Krieg ziehen, sondern wie er mit der Ukraine insgesamt umgehen soll.

Umgang mit der Ukraine: Aufnehmen oder auf Abstand halten?

Auf der einen Seite des Spektrums steht Präsident Biden, der die Ukraine aus dem Schutzbereich der NATO heraushalten will, um zu verhindern, dass die sonst entstehenden Bündnisverpflichtungen in einen offenen Krieg mit Russland führen, den seine Regierung nicht will. Er hat immer wieder deutlich gemacht, dass Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, wonach jeder Bündnispartner verpflichtet ist, im Falle eines Angriffs die für notwendig erachteten Maßnahmen zu ergreifen,¹¹ für ihn eine Verpflichtung zum Krieg gegen den Angreifer bedeutet. Alles andere, so befürchtet Biden, könnte Russland dazu verleiten, die NATO anzugreifen.

Es wäre enorm teuer, die Ukraine militärisch auf Augenhöhe mit Russland zu bringen.

Daraus hat Putin den Schluss gezogen, dass Angriffe auf einen NATO-Staat zwar eine Reaktion nach sich ziehen, militärische Maßnahmen gegen Staaten außerhalb des Bündnisses aber durchaus möglich sind. Vor diesem Hintergrund ist klar, warum Putin Truppen in Georgien, der Ukraine und Moldau stationiert oder Gewalt gegen diese Staaten angewandt hat, und zwar mit katastrophalen Folgen für den Westen, während er gleichzeitig bislang gezögert hat, gegen die baltischen Staaten vorzugehen.

Einige Kritiker der Biden-Administration argumentieren, dass deren Vorgehen in Bezug auf die Ukraine daran krankt, dass sie Krieg als altmodischen Lichtschalter betrachte, der nur ein- oder ausgeschaltet werden könne – und nicht als Dimmschalter mit unterschiedlichen Hell- und Dunkelstufen. Analysten wie der ehemalige US-Botschafter bei der NATO, Kurt Volker, argumentieren, dass der Wettbewerb zwischen den USA und Russland besser als ein Kontinuum offensiver und defensiver Maßnahmen zu

verstehen sei: Eine Luftverteidigungsmission der NATO über ukrainischen Großstädten oder eine Minenräumungskampagne im Schwarzen Meer seien etwas völlig anderes, als Kampftruppen in die Russische Föderation zu entsenden, so Volker.¹² Anstatt den Beitritt der Ukraine zu verzögern, würden einige dieser Kritiker die Ukraine sogar am liebsten schon jetzt in die NATO aufnehmen und alle Zweifel am Engagement des Westens für das Überleben der Ukraine ausräumen. Natürlich birgt die sofortige Aufnahme der Ukraine das Risiko, dass der US-Präsident gezwungen sein könnte, zwischen einer Verwässerung von Artikel 5 und dem Risiko einer Eskalation des Konflikts mit Russland zu wählen.

Das eigentliche Ringen in der Washingtoner Debatte über die Zukunft Europas findet zwischen diesen beiden Polen statt: Die Ukraine auf Distanz halten oder sie voll und ganz in den Westen integrieren? Eine wiedergewählte Biden-Regierung könnte sich für eine Spielart des Ersten entscheiden, die sogenannte Israel-Option. Washington würde Kyjiw zwar sicherheitspolitische Unterstützung gewähren, aber nur lockere Sicherheitsgarantien abgeben, die eine NATO-Mitgliedschaft in weite Ferne rücken ließen. Die Risiken eines solchen Ansatzes sind offensichtlich, wie der Analyst Peter Feaver aufzeigt: Israel verfügt nicht nur über Atomwaffen, sondern die USA verschaffen dem Land auch einen qualitativen militärischen Vorteil gegenüber den anderen Staaten in der Region. Eine atomar bewaffnete Ukraine läge nicht im Interesse der Vereinigten Staaten und es wäre enorm teuer, das Land ausreichend auszustatten, um es militärisch auf Augenhöhe mit Russland zu bringen. Wahrscheinlich müsste der Westen die Ukraine auch mit Waffen ausstatten, die tief in die Russische Föderation eindringen könnten, was den Dimmschalter weiter hochdrehen würde als je zuvor.¹³

Und die lockeren Sicherheitsgarantien? Nach den potemkinschen Verpflichtungen des Budapester Memorandums kann man es Kyjiw nicht verdenken, wenn es skeptisch ist gegenüber solchen Versprechen. Die Ukraine würde eine felsenfeste bilaterale Sicherheitsgarantie der USA sicherlich

begrüßen. Aber eine solche Garantie würde die US-amerikanischen Bemühungen, die europäische Sicherheitsverantwortung mit den europäischen Verbündeten zu teilen, zunichtemachen. Die zweite Option, nämlich die vollständige und sofortige Einbeziehung der Ukraine in die Sicherheitsgarantien der NATO, nennen wir sie die baltische Option, birgt das Risiko ungewollter Nebeneffekte, wenn sie mit einer minimalistischen Auslegung des Artikels 5 einhergeht: Anstatt einen Konflikt zu verhindern, könnte eine solche Haltung Putin dazu verleiten, sein Glück zu versuchen.

Damit bleibt eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine *nach Beendigung des Krieges* als das von US-Analysten am häufigsten diskutierte mögliche Ergebnis übrig. Die Ukraine hat in den vergangenen zwei Jahren sowohl ihren Unterstützern als auch ihren Skeptikern bewiesen, dass sie eine militärische Verstärkung für das Bündnis wäre, und sie wird aus dem Krieg mit dem kampferprobtesten Militär hervorgehen, das es in Europa seit mehr als einem Dreivierteljahrhundert gegeben hat. Für die NATO wäre sie ein enormer Gewinn. Wenn das Bündnis beschließt, eine Einladung an Kyjiw auszusprechen, sofern die Sicherheitsbedingungen dies zulassen, wäre dies ein deutliches Signal an den Kreml, dass der Westen sich für eine lebensfähige Ukraine einsetzt und bereit ist, sie auf unbestimmte Zeit und mit höherem Engagement zu unterstützen, ganz gleich, welche Absichten Putin hat.¹⁴

Selbst wenn Putin versuchen sollte, einem solchen Szenario zuvorzukommen, indem er den Kampf so lange fortsetzt, bis die russischen Gefängnisse keine Rekruten mehr hergeben, ist es unwahrscheinlich, dass er das heutige Einsatztempo auf Dauer aufrechterhalten kann. Wenn der Westen der Ukraine die Waffen und die Unterstützung gibt, die sie braucht, könnte sie diesen Krieg sehr wohl gewinnen und sich damit ihren realistischsten Weg zur NATO-Mitgliedschaft ebnen. Aber selbst wenn die Ukraine nicht alle ihre Gebiete zurückerobert und sich für Friedensgespräche mit Russland entscheidet, könnte der Sicherheitsschirm der NATO nach einer weitgehenden Beendigung der Kampfhandlungen auf die von

den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebiete ausgedehnt werden, wobei das Bündnis Kyjiw die Zusage abringen könnte, als Bedingung für die Mitgliedschaft auf die Anwendung von Gewalt gegen die besetzten Gebiete zu verzichten. Damit würde ein Konzept, das ursprünglich für Georgien vorgeschlagen wurde, auf die Ukraine angewandt.¹⁵

Was es in diesem Zusammenhang bedeuten würde, wenn ein Republikaner ins Weiße Haus gewählt wird, ist ungewiss. Der ehemalige Präsident und derzeitige Favorit auf die republikanische Präsidentschaftskandidatur Donald Trump pendelt immer wieder zwischen aggressivem Internationalismus und modernem Isolationismus. Im Laufe der Zeit hat er im Grunde schon jede der Denkschulen vertreten, die heute in der Partei um die Vorherrschaft ringen. Wie er im Falle seiner Wahl zur Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO stehen würde, ist schwer vorherzusagen, wenngleich seine jüngsten Äußerungen auf eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Krieg und den Erfolgsaussichten der Ukraine schließen lassen.

Ungeachtet der Frage, wer Präsident wird, wird es die Aufgabe der nächsten US-Regierung sein, die verschiedenen Kräfte in ihrem jeweiligen Lager zu vereinen und Putin zu beweisen, dass er in der Ukraine nicht gewinnen kann. Gelingt ihr das nicht, wird es möglicherweise keine Einladungen zur Hundertjahrfeier der NATO geben.

– übersetzt aus dem Englischen –

Peter Rough (Fletcher School of Law and Diplomacy, MALD) ist Senior Fellow und Leiter des Center on Europe and Eurasia am Hudson Institute.

- 1 Shapps, Grant 2024: Defending Britain from a more dangerous world, Rede, 15.01.2024, in: <https://ogy.de/njlp> [01.02.2024].
- 2 BBC: Winston Churchill's first wartime broadcast, 01.10.1939, in: <https://bbc.in/49yky9U> [01.02.2024].
- 3 Detsch, Jack / Gramer, Robbie 2024: Russia's Nuclear Weapons Are Now in Belarus, Foreign Policy, 14.03.2024, in: <https://ogy.de/wi7w> [18.03.2024]; Kasapoğlu, Can 2023: Ukraine Military Situation Report, Hudson Institute, 02.08.2023, in: <https://ogy.de/q2sd> [01.02.2024].
- 4 RIA Novosti 2024: В Прибалтике русских людей выбрасывают за кордон, заявил Путин (In Baltikum werden Russen über die Grenze geworfen, sagte Putin), 16.01.2024, in: <https://ogy.de/14cg> [01.02.2024].
- 5 Krauthammer, Charles 2016: After a mere 25 years, the triumph of the West is over, The Washington Post, 01.12.2016, in: <https://wapo.st/3uFQWsm> [01.02.2024].
- 6 Harshaw, Tobin 2018: Emperor Xi's China Is Done Biding Its Time, Bloomberg, 03.03.2018, in: <https://bloom.bg/3OF8GLf> [01.02.2024].
- 7 Gordon, Michael R. 2024: Russia Rejects U.S. Proposal to Reopen Arms-Control Dialogue, The Wall Street Journal, 18.01.2024, in: <https://on.wsj.com/3SzCDgZ> [01.02.2024]; The White House 2023: Remarks by President Biden and President Xi Jinping of the People's Republic of China Before Bilateral Meeting, 15.11.2023, in: <https://ogy.de/a6kn> [01.02.2024].
- 8 The Telegraph 2023: Xi Jinping and 'dear friend' Putin agree that 'change is coming' in final exchange in Moscow, via Youtube, 22.03.2023, in: <https://youtu.be/yMSv-jALIAM> [01.02.2024].
- 9 Forum for American Leadership 2024: Europe Is Stepping Up On Defense And Ukraine, But Obstacles Remain, 30.01.2024, in: <https://ogy.de/g153> [05.02.2024].
- 10 D., David 2024: Post, 24.01.2024, via X, in: <https://ogy.de/fzrs> [01.02.2024].
- 11 NATO 2023: Der Nordatlantikvertrag, 04.04.1949, in: <https://ogy.de/2eu4> [01.02.2024].
- 12 Volker, Kurt 2023: Bringing Ukraine Into NATO Without World War III, Center for European Policy Analysis (CEPA), 29.11.2023, in: <https://ogy.de/rihu> [01.02.2024].
- 13 Feaver, Peter D. 2023: 2 Options to Prevent the Next Russian Invasion of Ukraine, Foreign Policy, 08.07.2023, in: <https://ogy.de/evhr> [01.02.2024].
- 14 Volker 2023, N. 12.
- 15 Coffey, Luke 2018: NATO Membership for Georgia: In U.S. and European Interest, The Heritage Foundation, 29.01.2018, in: <https://ogy.de/y17n> [01.02.2024].



[NATO. Die unverzichtbare Allianz](#)

Tun wir genug?

Der deutsche und europäische Beitrag zur NATO

Christina Bellmann / Alexander Schuster

2024 hat das Potenzial, als Schicksalsjahr für die europäische Verteidigung in die Geschichte einzugehen. Die Wahl zum 47. US-Präsidenten kann die Zukunft der NATO maßgeblich verändern. Deutschland und die Europäer sind ihrem Schicksal allerdings nicht ohne Handlungsoptionen ausgeliefert. Was sollte jetzt konkret getan werden?

Die 75-jährige Allianz vor einer Weggabelung

Die NATO sieht sich im 75. Jahr ihres Bestehens großen Aufgaben gegenüber. Mit seinem Krieg gegen die Ukraine bedroht Russland die europäische Sicherheitsordnung in überwunden geglaubter revisionistischer Weise. Die Verteidigungsallianz ist zu ihrem Kernauftrag zurückgekehrt: Abschreckung und Verteidigung des Bündnisgebiets gegen einen staatlichen Aggressor. Dies hat zu einem grundlegenden Umdenken in der deutschen Verteidigungspolitik geführt, das sich in neuen Strategiedokumenten niederschlägt und in einer umfangreichen Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen den russischen Angreifer.

Die Fortsetzung dieser militärischen, finanziellen und humanitären Unterstützung stellt die transatlantischen Partner im dritten Jahr dieses völkerrechtswidrigen Angriffskriegs zunehmend vor Herausforderungen. Die wachsende Bedrohung durch ein nuklear und konventionell hochrüstendes China wird von den USA als noch größere Gefahr wahrgenommen als das kriegführende Russland. Die US-Präsidentenwahl Ende des Jahres und die Möglichkeit eines isolationistisch denkenden Präsidenten schweben deshalb wie ein Damoklesschwert über der Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur.

In seinem Beitrag in dieser Ausgabe der Auslandsinformationen schildert Peter Rough die innenpolitische Diskussion des US-amerikanischen NATO-Engagements und die möglichen Folgen einer demokratischen oder einer republikanischen

Präsidentschaft. Angesichts möglicher Änderungen in der US-amerikanischen Transatlantik-Politik stellt sich die Frage: Was müssen Deutsche und Europäer tun, um die USA in der NATO zu halten? Und inwieweit schlägt sich das grundsätzliche Umdenken tatsächlich in konsequentem sicherheitspolitischem Handeln nieder?

Der US-amerikanische Beitrag zur europäischen Sicherheit

Mit dem Ende des Kalten Krieges schrumpften die Armeen der einzelnen NATO-Länder als Teil der Friedensdividende teilweise drastisch. Ebenso nahm die Zahl der in Europa stationierten US-Truppen ab, die seit dem Zweiten Weltkrieg in wechselnder Stärke dauerhaft auf dem europäischen Kontinent präsent waren: 2018 erreichte diese Zahl einen Tiefpunkt mit rund 65.000 Soldatinnen und Soldaten.¹ Zu Spitzenzeiten im Jahr 1957 waren es 450.000.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Aktivierung der NATO-Verteidigungspläne wurde 2022 erstmals wieder die Marke von 100.000 US-amerikanischen Soldatinnen und Soldaten auf europäischem Boden überschritten. Die größten Kontingente US-amerikanischer Militärpräsenz befinden sich in Deutschland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Polen.² Für die polnische Sicherheitspolitik spielen die USA in ihrer Funktion als eFP³-Rahmennation eines multinationalen Kampfverbands seit 2017 eine besondere Rolle.

Nicht nur Polen, sondern alle Staaten der NATO-Ostflanke erhielten US-Truppenverstärkungen.

Der Befehlshaber des US-Europakommandos und gleichzeitige Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) der NATO, General Christopher G. Cavoli, begründete diesen Schritt mit der notwendigen Abschreckung russischer Aggressionen. Im an Estland, Lettland und die Ukraine grenzenden westlichen Militärbezirk Russlands hätten die Bodentruppen Moskaus weiterhin einen Vorteil gegenüber den regionalen Streitkräften und den NATO-Streitkräften an der Ostflanke.⁴ Gerade den baltischen Staaten mangelt es an strategischer Tiefe zur Verteidigung, weshalb im Falle eines russischen Angriffs nahezu keine Zeit bliebe, um auf NATO-Verstärkung zu warten.

Zum Vergleich wird hier häufig auf das aktuell von Russland besetzte Gebiet der Ukraine verwiesen – das Baltikum ist insgesamt so breit wie die aktuell umkämpften Bezirke. Die NATO passte deshalb ihre Verteidigungsstrategie bereits nach 2016 entsprechend an und sichert die Ostflanke seitdem durch eine verstärkte Präsenz in der Region. Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt. Die Rüstungsindustrie produziert in Folge wesentlich mehr Munition, als die westlichen Unterstützer der Ukraine liefern können. Innerhalb der NATO geht man davon aus, dass das Land in fünf bis acht Jahren in der Lage wäre, einen Angriff auf ein Mitgliedsland zu verüben – das Baltikum gilt als einer der wahrscheinlichsten Angriffspunkte.

Konsens herrscht in der Einschätzung, dass die Europäer endlich für ihre eigene Sicherheit zu sorgen hätten.

Die USA sind über die konventionelle Abschreckung hinaus durch die Bereitstellung von Nuklearwaffen Sicherheitsgarant gegenüber Russland. Diese und weitere zentrale militärische Fähigkeiten gewährleisten aktuell die Sicherheit der europäischen NATO-Staaten.

Verringerung des US-Engagements in Europa?

Zur künftigen US-amerikanischen Truppenpräsenz und zum US-amerikanischen Einsatz im Rahmen der NATO gibt es zu Beginn des Jahres 2024 verschiedenste Einschätzungen. Einige sind sich die sicherheitspolitischen Experten, dass eine Wahl Donald Trumps für das US-amerikanische NATO-Engagement nichts Gutes verheißend würde. Bereits in seiner Amtszeit von 2017 bis 2021 äußerte sich Trump skeptisch bis abfällig angesichts europäischen Trittbrettfahrens im Verteidigungsbereich zulasten der Vereinigten Staaten und drohte mehrmals mit einem Austritt der USA aus der NATO, sollten die Verbündeten nicht zeitnah das vereinbarte Ziel von zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben erreichen.⁵

Neben einem kompletten Austritt aus der NATO hat beispielsweise das Konzept der *dormant NATO*, einer schlafenden NATO, große Aufmerksamkeit erregt. Sumantra Maitra, ein britischer Forscher und aktuell Redakteur des Magazins *The American Conservative*, beschreibt dies in einem Beitrag für das Center for Renewing America wie folgt: Die USA sollten sich primär auf die internationale Freiheit von See- und Handelswegen konzentrieren und die Präsenz von Luftwaffe und Marine in Europa auf ein Minimum reduzieren. Die NATO-Erweiterung müsse beendet und sämtliche Aktivitäten, die nicht in den streng militärischen Bereich fielen, ausgesetzt werden. Dieser Vorschlag sieht ebenfalls einen substanziellen Abzug militärischen Personals aus den NATO-Strukturen vor.⁶

Andere Kommentatoren halten eine moderatere Verringerung des oben beschriebenen US-Engagements für möglich: bei der finanziellen und militärischen Ukraine-Unterstützung, den Krisenreaktionskapazitäten für Europa und in angrenzenden Regionen (Nahe Osten, Afrika), den Verpflichtungen gegenüber den Staaten der NATO-Ostflanke oder bei Ausbildung und Übungen mit NATO-Verbündeten.⁷ Konsens herrscht darin, dass China mittel- und langfristig die größere Bedrohung für die USA sein werde, weshalb



Unklares Bild: Ob Donald Trump im November erneut zum US-Präsidenten gewählt wird, ist genauso offen wie die Frage nach seiner konkreten Politik gegenüber der NATO. Klar ist dagegen, was Deutschland und Europa tun können: mehr in ihre eigene Verteidigung investieren. Foto: © Matt Rourke, AP, picture alliance.

es die US-Kräfte entsprechend einzuteilen gelte und die Europäer endlich für ihre eigene Sicherheit zu sorgen hätten.

Interessant ist vor diesem Hintergrund ein Mitte November 2023 erschienener Bericht zur nuklearen strategischen Ausrichtung der USA, wonach China sein Atomwaffenarsenal in einem beispiellosen und sehr überraschenden Tempo aufgestockt habe. Die Vereinigten Staaten müssten sich bis 2030 auf das Bedrohungsszenario einer tripolaren nuklearen Weltordnung (USA, China, Russland) einstellen, worauf man aktuell schlecht vorbereitet sei. Der Bericht warnt explizit davor, sich aus bestehenden Sicherheitsallianzen zurückzuziehen, weil dies Gegnern direkt zugutekäme und die Sicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand sowohl der USA als

auch ihrer Partner in Gefahr bringen könnte.⁸ Ob diese Warnung Gehör findet, bleibt abzuwarten.

Kosten-Nutzen-Analyse eines Abzugs aus Europa

Ein Blick auf die in Europa stationierten Truppenverbände zeigt, dass ein kurzfristiger Abzug die Sicherheit im Indopazifik kaum erhöhen würde. Die in Europa vorhandene leichte Infanterie und die gepanzerten Verbände wären in einem Konflikt mit China nur von geringem Nutzen. Die Hauptlast in einem angenommenen Konfliktsszenario mit China käme der US Navy und der US Air Force zu.

Nicht von der Hand zu weisen ist dagegen das Argument der Befürworter eines *pivot away from*

Europe, wonach die im Indopazifik benötigten Fähigkeiten Kosten in der Entwicklung verursachen und finanzielle Ressourcen längerfristig durch einen Rückzug aus Europa eingespart werden könnten.

Dazu kommt, dass einige Waffensysteme in beiden Regionen benötigt werden und es hier zu Engpässen in der Produktion kommt. Während die bisherigen Waffenlieferungen an die Ukraine größtenteils aus US-Lagerbeständen stammten, hängt die künftige Beschaffung von der Fähigkeit der US-Waffenhersteller ab, Aufträge zügig auszuliefern. Insbesondere die Luftwaffe könnte durch die steigende Nachfrage in beiden Regionen nach Luftbetankung und Transport sowie nach Nachrichten-, Überwachungs- und Aufklärungsfähigkeiten überfordert sein. Langfristig würde dies asiatische und europäische Bedürfnisse in Konflikt miteinander bringen.⁹

Deutschland hat mit der Beschaffung von F-35-Kampffjets die nukleare Teilhabe sichergestellt.

Aufgaben für Deutschland und Europa

Der Ausgang der US-Präsidentenwahl 2016, die Donald Trump überraschend und entgegen den meisten Vorhersagen gewann, hat viele Politologen mit Prognosen vorsichtig werden lassen. Das Rennen sei noch offen, Umfrageergebnisse seien Momentaufnahmen. Genauso wenig lässt sich in dieser komplexen geopolitischen Lage vorhersagen, welche Außenpolitik mit Blick auf Europa ein republikanischer Präsident verfolgen wird, was teils im Konzept der strategischen Ambiguität begründet liegt. Das heißt nicht, dass Deutschland und Europa nichts für ihre eigene Sicherheit tun könnten, das sich vielleicht positiv auf die künftigen transatlantischen Beziehungen auswirkt. Denn die Erwartung, dass Europa mehr für seine eigene Sicherheit tun muss, ist überparteilich immer wieder klar von US-amerikanischer Seite kommuniziert worden. Letztlich wird die

US-Innenpolitik den größten Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen haben – selbst bei einem Präsidenten, der weniger isolationistisch agiert als Donald Trump.

Deutschland hat mit der Entscheidung vom März 2023 für den Kauf von 35 US-amerikanischen F-35 als Nachfolge für die veralteten Tornado-Kampffjets die nukleare Teilhabe sichergestellt. Laut Torben Arnold von der Stiftung Wissenschaft und Politik wird so „Anschluss an den fortgeschrittensten Stand der Fähigkeiten im NATO-Bündnis hergestellt“¹⁰ und damit die Beziehung zu den USA gestärkt. Dies gilt besonders, sollte künftig von den USA ein Fokus auf nukleare Abschreckung Chinas und Russlands gelegt werden. Gleichzeitig sind Bedenken der europäischen Vertragspartner des Projekts Future Combat Air System (FCAS) – Frankreich und Spanien – zu zerstreuen, dass der Kauf der F-35 finanzielle Mittel von der Entwicklung der Flugzeugkomponente des Luftabwehrsystems FCAS abzieht. Da die Frage nach dem Trägersystem französischer Nuklearwaffen in Verbindung mit FCAS noch nicht gelöst ist (geschweige denn einer möglichen deutschen Teilhabe an französischen Nuklearfähigkeiten) und eine Zertifizierung von Flugzeugen für sowohl US-amerikanische als auch französische Atomwaffen noch ungewisser erscheint,¹¹ ist diese lange aufgeschobene Entscheidung zur Stärkung der NATO-Einbettung aus deutscher Sicht zu begrüßen.

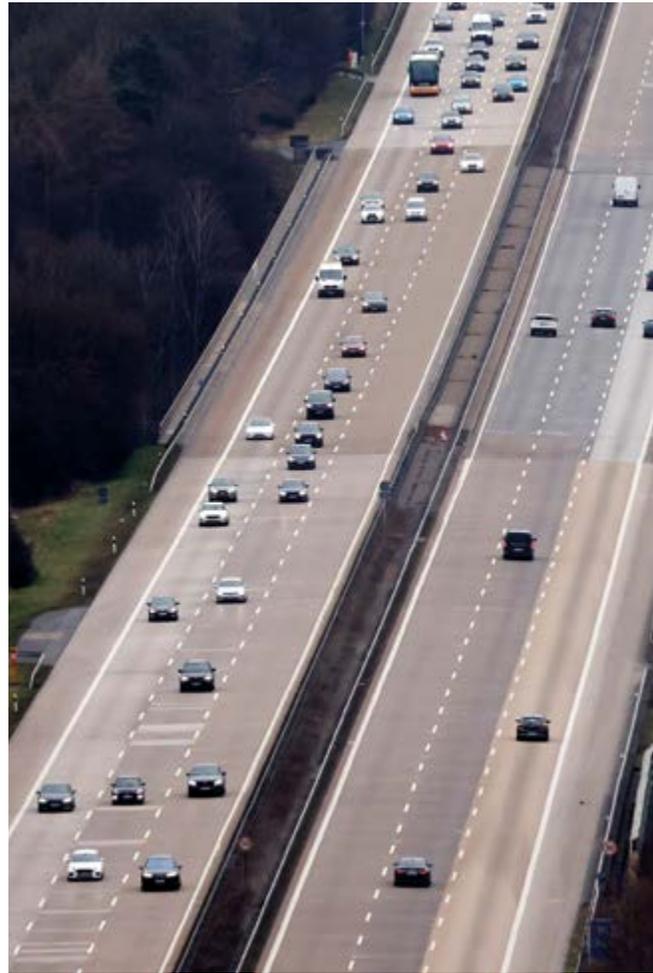
Der Bundesrepublik fehlt nach wie vor eine breite strategische Debatte, wie beispielsweise in den angelsächsischen Nationen. Es gilt, bisher isoliert behandelte Themenbereiche der sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatte in Deutschland zu verknüpfen. Dem Land kommt aufgrund der geografischen Lage, der volkswirtschaftlichen Stärke sowie der Bevölkerungszahl eine herausgehobene Rolle bei der Sicherheit Europas zu. Die Entscheidung für den Kauf einzelner moderner Waffensysteme, um seit Jahren bestehende Fähigkeitslücken der Bundeswehr zu schließen, ist daher nur ein Baustein für einen substanziellen deutschen Beitrag zur Sicherheit Europas. Priorität muss daher die nachhaltige Finanzierung der Streitkräfte haben.

Berlin hat bereits 2014 gegenüber den NATO-Verbündeten versprochen, das Zwei-Prozent-Ziel ab 2024 zu erfüllen.¹² Angesichts der Sicherheitslage ist das eher Mindestanforderung als Zielmarke. Derzeit ist die Bundesrepublik jedoch noch weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Im Gegenteil: Das Verteidigungsbudget wird laut Planung der Bundesregierung bis 2027 konstant sinken. Nur mithilfe des Sondervermögens der Bundeswehr wird die gesetzte Marke von zwei Prozent vorübergehend erreicht.¹³ Das Haushaltsproblem wird jedoch nur unzureichend in der politischen Debatte reflektiert: Mit Auslaufen des Sondervermögens wird eine dauerhafte Finanzierungslücke im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts von circa 40 Milliarden Euro zum Ausgabenziel von zwei Prozent entstehen.¹⁴

Das Sondervermögen verschlechtert die reguläre Haushaltslage der Bundeswehr sogar.

Zur Lösung dieser Haushaltsmisere wird aus verschiedenen politischen Lagern die erneute Aussetzung der Schuldenbremse gefordert.¹⁵ Damit könnte die Bundesregierung gezielt neue Schulden aufnehmen, um den Wehretat substanziell zu erhöhen. Dieses Mittel wäre jedoch mit größter Vorsicht zu behandeln: Der Haushaltsspielraum für die Bundesregierung nimmt in den nächsten Jahren stark ab. Gleichzeitig werden die Ausgaben für soziale Sicherung ansteigen. Zudem muss bedacht werden, dass ab 2028 die ersten Tilgungsbeträge für die Krisenkredite aus den Jahren 2020 bis 2022 bezahlt werden müssen.¹⁶ Zusätzliche Schulden würden den Gesamthaushalt mittel- und langfristig stark belasten.

Ähnlich verhält es sich mit der Einführung des Sondervermögens für die Bundeswehr: Das Sondervermögen, eigentlich ein Kreditrahmen, ist dazu gedacht, die dringendsten Neuanschaffungen für die Bundeswehr schnell auf den Weg zu



bringen. Der gordische Knoten der Unterfinanzierung der Bundeswehr kann damit jedoch nicht gelöst werden – im Gegenteil: Das Sondervermögen verschlechtert die reguläre Haushaltslage der Streitkräfte sogar. Die erwähnte Beschaffung der F-35 ist militärisch absolut notwendig, um weiterhin die Pflichten innerhalb der nuklearen Teilhabe der NATO erfüllen zu können. Die Beschaffung der Kampfflugzeuge aus dem Sondervermögen wird jedoch den regulären Wehretat stark belasten, da die enormen Kosten für Wartung und Unterbringung des neuen Geräts aus dem Einzelplan 14 des Bundeshaushalts bestritten werden müssen. Wenn der reguläre Verteidigungshaushalt nicht entschieden aufgestockt wird, werden die Beschaffungen aus dem Sondervermögen mittelfristig eher zur Be- als zu Entlastung der Streitkräfte beitragen.



Im Ernstfall kriegsentscheidend: Über das deutsche Schienen- und Autobahnnetz müssten im Bündnisfall anlandende Truppen von den Häfen Westeuropas nach Osten transportiert werden. Foto: © Christoph Hardt, Panama Pictures, picture alliance.

Die Bundeswehr sucht händeringend nach Möglichkeiten, mehr Rekruten für den Dienst an der Waffe zu interessieren.

Die mangelnde Budgetierung der Bundeswehr bleibt daher das größte Problem für einen substanziellen Beitrag Deutschlands zur Sicherheit Europas. In Deutschland muss somit dringend die politische Debatte geführt werden, wie der reguläre Verteidigungshaushalt erheblich aufgestockt werden kann, um die Mindestmarke von zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Angesichts der voraussichtlich schwierigen Lage

im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren führt an einer Priorisierung der Verteidigungsausgaben zulasten anderer Ressorts kein Weg vorbei.

Neben der wachsenden Finanzierungslücke im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts gibt noch ein weiteres Thema Anlass zu Kopfzerbrechen: die Lücke im Personalbestand der Bundeswehr. Derzeit beläuft sich das Delta zwischen der Soll- und Iststärke auf rund 20.000 Soldaten. Die Bundeswehr sucht bereits seit Jahren händeringend nach Möglichkeiten, mehr Rekruten für den Dienst an der Waffe zu interessieren. Die derzeit an Fahrt aufnehmende Debatte über die Möglichkeiten der Rekrutierung und Integration von Ausländern in die Bundeswehr illustriert den Bedarf der Streitkräfte, schnell neue Wege zu finden, um den Personalnotstand zu beheben.

Dabei darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden, dass die Personalplanung, die eine Sollstärke der Bundeswehr von circa 200.000 Soldaten vorgibt, aus Zeiten stammt, als das Haupteinsatzszenario Einsätze aus dem Bereich des internationalen Krisenmanagements vorsah. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine bereitet sich die NATO (und damit auch die Bundeswehr) hauptsächlich auf Landes- und Bündnisverteidigung vor. Für einen erfolgreichen Einsatz im hochintensiven Gefecht reichen diese Personalplanungen bei Weitem nicht aus.

Es geht nicht nur um materielle Ressourcen

Deutschland ist jedoch nicht nur finanziell gefordert, seinen Beitrag zur Sicherheit Europas in der NATO zu leisten. Spätestens seit der russischen Annexion der Krim 2014 fühlen sich die osteuropäischen NATO-Verbündeten von Moskau direkt bedroht. Dem aggressiven Verhalten Russlands muss durch die Verstärkung der Glaubwürdigkeit des Schutzversprechens für alle NATO-Verbündeten begegnet werden. Daher ist

die Entscheidung zur permanenten Stationierung einer schweren Kampfbrigade der Bundeswehr in Litauen sehr zu begrüßen. Sie ist das richtige Signal, um den Sicherheitsbedenken unserer baltischen Verbündeten zu begegnen und den deutschen Willen zu untermauern, mehr direkte Verantwortung für die Sicherheit Europas im Rahmen der NATO zu übernehmen. Gleichzeitig stellt die Stationierung der Brigade die Bundeswehr angesichts großer Engpässe bei Personal und Material vor zahlreiche Herausforderungen. Nichtsdestotrotz zeigt Berlin damit klar, dass es zu einer faireren Lastenteilung innerhalb der NATO, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten, bereit ist.

Die Bedrohung durch Russland ist in Deutschland kaum angekommen.

Deutschland ist zudem als Rahmennation innerhalb der NATO gefordert: als Anlehnungspartner für kleinere europäische Verbündete. Für die Bundesrepublik muss es daher das Ziel sein, die Bundeswehr zum Rückgrat der konventionellen Verteidigung in Europa werden zu lassen.¹⁷ Das Ziel ist sehr ambitioniert angesichts der prekären Haushaltslage der deutschen Streitkräfte und der bisher eher halbherzigen Bemühungen, die Lücken wieder aufzufüllen, die durch die Weitergabe von Waffen und Munition an die Ukraine entstanden sind. Außerdem schickt sich derzeit Warschau an, durch die angekündigten enormen Aufrüstungsmaßnahmen diese Rolle mittelfristig auszufüllen. Deutschland muss daher im Schulterschluss mit Polen und den anderen Verbündeten in Europa eine kluge, sich ergänzende Fähigkeitsplanung forcieren, um zu einem klaren Zielbild zu kommen, das es braucht, um die Rolle als NATO-Rahmennation in Europa auszufüllen.

Für eine zielführende strategische Debatte dürfen aber nicht nur die bisher angerissenen Felder gesehen und verknüpft werden. Die Anstrengungen für unsere Sicherheit sind nicht nur auf den Bereich Bundeswehr beschränkt. Es muss auch

die große Bedeutung der deutschen Infrastruktur gesehen werden. Deutschland dient in der NATO-Planung als Logistik-Drehscheibe. Überspitzt formuliert: Einer der wichtigsten Beiträge der Bundesrepublik zur Verteidigung Europas lastet auf den Schultern der Deutschen Bahn. Im Bündnisfall nach Artikel 5 wäre es eine zentrale Aufgabe Berlins, die anlandenden Truppen unserer Alliierten (vor allem der USA) von den Häfen Westeuropas in Richtung Osten zu transportieren. Der Transport würde nicht ausschließlich über das Schienennetz erfolgen, das deutsche Autobahnnetz wäre in ähnlichem Ausmaß gefordert wie die Gleise.

Glaubhafte Abschreckung gegenüber Moskau und anderen Aggressoren kann nur mit einer gesicherten Resilienz der zentralen Infrastruktur gelingen. Das bedeutet, dass in den kommenden Jahren allein aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus enorme Summen für den Ausbau und die Modernisierung von Bahnstrecken, Brücken und Straßen ausgegeben werden sollten. Nicht nur für die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Schienen- und Straßennetzes, sondern auch, um dringend benötigte Redundanzen im Netz zu schaffen, um im Konfliktfall nicht zu anfällig für Angriffe auf unsere Infrastruktur zu sein.

Damit der enorme nationale Kraftakt gelingen kann, braucht es für die erforderlichen Maßnahmen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Voraussetzung für die Unterstützung in der Bevölkerung ist jedoch, dass die Dringlichkeit und Notwendigkeit dieser Schritte auch gesehen werden. Die Bedrohungswahrnehmung innerhalb der deutschen Bevölkerung ist hier der Schlüssel. Im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten im Norden und Osten Europas ist die unmittelbare Bedrohung durch Russland kaum in Deutschland angekommen. Neben einer sehr viel klareren Kommunikation seitens der Bundesregierung über die sicherheitspolitische Lage Europas wäre auch eine Abkehr von der passiven Kommunikation mit der deutschen Bevölkerung notwendig. Seit Beginn des Angriffskriegs Moskaus gegen die Ukraine war es das Ziel der derzeitigen Bundesregierung, die Bevölkerung vor möglichst allen politischen und vor allem

ökonomischen Folgen durch diverse Hilfspakete abzuschirmen. Dafür wird bald kein Geld mehr da sein und das ist auch nicht die Aufgabe vorausschauender und verantwortungsvoller Regierungsarbeit. Die Aufgabe ist vielmehr, die richtigen, wenn auch schmerzhaften Entscheidungen zu treffen, um die Weichen für eine prosperierende und vor allem sichere Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen.

Europa in der NATO

Auf europäischer Ebene sind die Herausforderungen ähnlich groß. Um die europäische Säule innerhalb der NATO zu stärken, müssen die großen Lücken bei Ausrüstung und Munition in den europäischen Armeen schnell geschlossen werden. Der Schlüssel dazu ist eine gemeinschaftlich koordinierte Rüstungsplanung, um einen europäischen Kapazitätenaufbau zu ermöglichen. Die Rolle der EU liegt dabei vor allem in der Rüstungskoordination und Kooperation. Die einzelnen nationalen Haushalte der europäischen Verbündeten für Verteidigung, Forschung und Entwicklung werden nicht mehr ausreichen, um nationale Alleingänge bei der Rüstungsbeschaffung zu ermöglichen.

Nicht nur die Kosten für die Beschaffung neuer Waffensysteme werden in Zukunft weiter steigen, auch die Entwicklungszyklen im Bereich der Wehrtechnik werden immer kürzer. Das heißt, dass in immer kürzeren Abständen große Investitionen nötig sind, um wehrtechnisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Die europäischen NATO-Verbündeten können durch eine intensivierte Kooperation im Rüstungsbereich eine verbesserte Interoperabilität zwischen den Armeen des transatlantischen Bündnisses herstellen. Sie ist der Schlüssel zu einer glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit gegenüber Moskau und anderen Herausforderern. Zudem können durch eine verbesserte Interoperabilität der Streitkräfte innerhalb der NATO die Vereinigten Staaten erheblich entlastet werden.

Die drängendste Aufgabe auf europäischer Ebene ist die Nachbeschaffung des an die Ukraine abgegebenen Materials, vor allem die Aufstockung der

zur Neige gehenden Munitionsbestände. Die EU hat mit den beiden Initiativen ASAP (Act in Support for Ammunition Production) und EDIRPA (European Defence Industry Reinforcement through Common Procurement Act) bereits wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Die Europäische Friedensfazilität, mithilfe derer die Unterstützungslieferungen der europäischen Länder an die Ukraine refinanziert werden können, ist ebenfalls ein wichtiges und effektives Instrument. Erst durch diese Refinanzierung werden zahlreiche der Unterstützungsleistungen für die Ukraine überhaupt möglich.

Liefern müssen in erster Linie die europäischen Staaten, vor allem Deutschland.

Die Initiativen auf europäischer Ebene sind ein wertvoller Beitrag zu einer gerechteren Lastenteilung gegenüber den USA. Dennoch sollten die Programme und Initiativen finanziell erheblich stärker unterlegt werden. Trotz der enormen finanziellen Herausforderungen wird die Bereitstellung der Geldmittel die leichtere Aufgabe sein. Die politischen Kosten, um eine europaweit einheitliche Haltung angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu erreichen, werden um ein Vielfaches höher sein.

Fünf vor zwölf

Aus europäischer Perspektive muss klar sein, dass die USA sich künftig nicht mehr, sondern eher weniger für europäische Verteidigung im Kontext der NATO engagieren werden. Dies scheint ein realistisches Szenario unabhängig vom Ausgang der Wahl in den USA.

Aktuell lässt sich nicht vorhersagen, wie das US-NATO-Engagement durch einen künftigen Präsidenten genau angepasst würde und ob die Europäer darauf überhaupt Einfluss haben. Zumindest ein Austritt im Alleingang scheint durch eine entsprechende Gesetzesanpassung des US-Kongresses 2023 verhindert. Es spricht

jedoch vieles dafür, dass die Europäer und auch Deutschland den seit einem Jahrzehnt gemachten Zusagen, mindestens zwei Prozent ihrer BIPs für Verteidigung auszugeben, Taten folgen lassen müssen. Das bedeutet, dass künftig die Lastenteilung in der Verteidigung des Kontinents substanzial und nachhaltig gewährleistet sein muss, was einen Anstieg der Verteidigungsbudgets aufseiten derjenigen Europäer bedeutet, die dies noch nicht leisten.

Liefen müssen in erster Linie die europäischen Nationalstaaten, muss vor allem Deutschland. Die gute Nachricht: Trotz der teils erheblichen Unterschiede in der Tonalität steht weder die französische Forderung nach größerer europäischer Souveränität noch die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ im Konflikt mit der US-amerikanischen Forderung nach größerer Lastenteilung. Der brutale russische Krieg gegen die Ukraine scheint im Gegenteil den Boden bereitet zu haben für eine neue transatlantische Verteidigungsrealität, in der der NATO-Generalsekretär nicht wie ein einsamer Rufer in der Wüste erscheint mit seinem Zwei-Prozent-Mantra. Noch haben Deutschland und die EU Zeit, die Weichen zu stellen für eine Ausgangslage, die sogar einen republikanischen Präsidenten Trump im Jahr 2025 überzeugen könnte, die NATO nicht aufzugeben. Aber es ist fünf vor zwölf.

Christina Bellmann ist Referentin Transatlantische Beziehungen in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Alexander Schuster ist Referent für Europäische Sicherheit in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Basu, Zachary 2022: Where 100,000 U.S. troops are stationed in Europe, Axios, 22.03.2022, in: <https://ogy.de/i5n9> [11.01.2024].
- 2 Ebd.
- 3 eFP – *enhanced Forward Presence*, die sogenannte „verstärkte Vornepräsenz“, die zur Sicherung der NATO-Ostflanke 2016 beschlossen wurde.
- 4 Radin, Andrew / Gentile, Gian 2023: Why the United States Still Needs Ground Forces in Europe, Rand Corporation, 24.07.2023, in: <https://ogy.de/7fnc> [11.01.2024].
- 5 Suebsaeng, Asawin / Rawnsley, Adam 2023: Trump Plots to Pull Out of NATO – If He Doesn’t Get His Way, Rolling Stone, 23.10.2023, in: <https://ogy.de/k606> [11.01.2024].
- 6 Maitra, Sumantra 2023: Pivoting the US Away from Europe to a Dormant NATO, Center for Renewing America, 16.02.2023, in: <https://ogy.de/y9vy> [11.01.2024].
- 7 Radin / Gentile 2023, N. 4.
- 8 Tirpak, John A. 2023: US Must Modernize Nuclear Posture for Tri-Polar World, Air & Space Forces Magazine, 16.11.2023, in: <https://ogy.de/3yca> [13.03.2024].
- 9 Ashford, Emma / Shiffrinson, Joshua / Wertheim, Stephen 2023: Europe Must Step Up, Cato Institute, 22.05.2023, in: <https://ogy.de/pnmp> [11.01.2024].
- 10 Arnold, Torben 2023: Die Entscheidung zum Kauf von F-35-Kampffjets für die Luftwaffe, SWP-Aktuell 2023/A 23, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 27.03.2023, in: <https://ogy.de/I93z> [11.01.2024].
- 11 Vogel, Dominic 2020: Future Combat Air System: Too Big to Fail, SWP-Aktuell 2020/A 98, SWP, 11.12.2020, in: <https://ogy.de/nm4t> [12.01.2024].
- 12 Zeit Online 2023: Stoltenberg fordert von Deutschland mehr Geld für Verteidigung, 18.05.2023, in: <https://ogy.de/h2tc> [14.01.2024].
- 13 Bardt, Hubertus / Christofzik, Désirée I. / Meyer, Dirk et al. 2023: Haushaltspolitik im Zeichen der „Zeitenwende“ – auf was müssen wir zugunsten der Verteidigung verzichten?, ifo Schnelldienst 76: 7, 12.07.2023, S. 4 f., in: <https://ogy.de/g2ni> [14.01.2024].
- 14 Ebd., S. 5.
- 15 Brogsitter, Roana 2023: SPD fordert Aussetzen der Schuldenbremse – FDP weist das zurück, BR24, 30.10.2023, in: <https://ogy.de/y89b> [14.01.2024].
- 16 Christofzik, Désirée I. 2023: Die Zeitenwende im Bundeshaushalt steht noch aus, ifo Schnelldienst 76: 7, 12.07.2023, S. 7 f., in: <https://ogy.de/zcez> [14.01.2024].
- 17 Wadehul, Johann 2023: Die stärksten konventionellen NATO-Streitkräfte in Europa, in: Lammert, Norbert / Koch, Wolfgang (Hrsg.): Bundeswehr der Zukunft, S.178-189, hier: S.178 ff., in: <https://ogy.de/8h6r> [14.01.2024].



NATO. Die unverzichtbare Allianz

Japan und die NATO

Wie sich die Kooperation stärken lässt und strategische Synergien besser genutzt werden können

Stephen Nagy

40 JAHRE **Ai**

Die Beziehung Japans zur NATO entwickelt sich kontinuierlich weiter. Es geht um die Schaffung von Synergien. Die Partner blicken mit Sorge auf autoritäre Staaten wie insbesondere China und Russland, die sich zusammenschließen, um die regelbasierte internationale Ordnung zu schwächen – eine Ordnung, die sowohl im Interesse Japans als auch der NATO-Mitglieder liegt.

Der russische Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat gezeigt, dass autoritäre Staaten ein außenpolitisches Machiavellismus-Konzept, nach dem das Recht des Stärkeren gilt, nach wie vor als legitimes Mittel zur Gestaltung der internationalen Beziehungen ansehen. Zu den Auswirkungen der Invasion zählen höhere Energiepreise und eine Unterbrechung von Lieferketten, die zur weltweiten Inflation, zu Problemen bei der Ernährungssicherheit und zu einer erhöhten Instabilität im Globalen Süden beitragen.

Zuletzt haben der brutale Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die anschließende militärische Reaktion Israels im Gazastreifen mit dem Ziel, die Hamas zu zerschlagen, zu weiterer Instabilität und Disruptionen geführt, wobei zehntausende Palästinenser ums Leben kamen. Zur Instabilität tragen unter anderem auch die Raketenangriffe der Huthi-Miliz auf Schiffe bei, die das Rote Meer auf dem Weg zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean durchqueren.

Diese Angriffe haben Unternehmen dazu veranlasst, das Rote Meer über das Kap der Guten Hoffnung und die Magellanstraße zu umfahren, was laut Marco Forgione, dem Generaldirektor des Institute of Export & International Trade, die Transportkosten um 175 bis 200 Prozent erhöht.¹ Außerdem wächst die Sorge vor einem großen Konflikt im Nahen Osten. Ein solcher würde die Energiekosten durch eine Unterbrechung der Energietransporte weiter in die Höhe treiben. Dies würde wiederum zu einem Abschwung der Wirtschaft infolge der Energie- und der damit

zusammenhängenden Ernährungsunsicherheit führen – in Industrie- wie Entwicklungsländern. Für Japan und die NATO haben diese Ereignisse überdeutlich gezeigt, dass es weltweit wichtig ist, eine regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten, zu schützen und in sie zu investieren.

Hinzu kommt, dass die russische Invasion für Staaten wie Japan, die in hohem Maße von Seeverbindungslinien abhängig sind, ein Hinweis auf die Probleme sein könnte, die im eigenen Umfeld drohen. Dies gilt ebenso für die Unterbrechung der Seewege durch das Rote Meer.

Das japanische Sicherheitsumfeld und das Potenzial für eine Zusammenarbeit

Im Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Bedenken Japans steht China. Tokio sieht in der Volksrepublik einen wichtigen wirtschaftlichen Nachbarn, aber auch ein Land, das die internationale regelbasierte Ordnung auf den Seeverbindungslinien im Südchinesischen Meer, in der Straße von Taiwan und im Ostchinesischen Meer nach wie vor infrage stellt. Diese Seewege sind wichtige Verkehrsadern, über die jährlich Ein- und Ausfuhren in Höhe von etwa 5,5 Billionen US-Dollar abgewickelt werden.² Auf ihnen werden auch Energieressourcen transportiert, die für die japanische, die chinesische und die südkoreanische Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind und das Wirtschaftswachstum in der indopazifischen Region und der Welt insgesamt antreiben.

Die eng abgestimmte Reaktion Japans, der Vereinigten Staaten, der EU, Australiens, Neuseelands,

Südkoreas und der NATO auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig es ist, mehr Synergien in den Beziehungen zwischen Japan und der NATO zu schaffen. Gerade diese stark koordinierte Reaktion hat der Ukraine geholfen, sich gegen die russische Aggression zu wehren. Bestandteile dieser Reaktion waren unter anderem Wirtschaftssanktionen, Finanzinstrumente und die Drohung, die NATO zur Verteidigung ihrer Mitglieder zu mobilisieren.

Japanische Politiker dachten lange, ihre Gesellschaft sei immun gegen Desinformation.

Die enge Koordinierung zeigt zudem, dass eine vielschichtige und multinationale Vorgehensweise notwendig ist, um die regelbasierte internationale Ordnung, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur in der Region, sondern auch global Frieden und Stabilität gefördert hat, zu stärken. Die Zusammenarbeit mit der NATO sollte für Japan den Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, Maßnahmen zum Schutz des Seeverkehrs und anderer Bereiche, die Stärkung von Verteidigungssystemen (auch im Cyberspace) und die Koordinierung von Übungen für Szenarien mit möglicherweise globalen Auswirkungen umfassen, etwa eine erzwungene Wiedervereinigung Taiwans mit China, ein Zwischenfall auf der koreanischen Halbinsel oder kriegerische Handlungen im Südchinesischen Meer.

Parallel zur koordinierten Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine veränderte Japan seine sicherheitspolitische Ausrichtung durch Maßnahmen auf unilateraler, bilateraler und minilateraler Ebene. Auf unilateraler Ebene verabschiedete Japan im November 2022 eine neue nationale Sicherheitsstrategie, die eine Verdoppelung der Verteidigungsausgaben innerhalb von fünf Jahren und den Erwerb von Gegenschlagskapazitäten vorsieht, um einem zunehmend schwierigen regionalen Sicherheitsumfeld begegnen zu können.³

Auf bilateraler Ebene hat Japan seine Zusammenarbeit mit den USA vertieft. Zudem hat Tokio mit London und Canberra Abkommen unterzeichnet, mit denen „die Durchführung kooperativer Aktivitäten zwischen den Verteidigungskräften beider Länder erleichtert und die bilaterale Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit weiter gefördert wird“.⁴

Daneben hat Japan minilaterale Foren wie den Quadrilateral Security Dialogue gemeinsam mit den USA, Australien und Indien, die trilaterale Zusammenarbeit mit den USA und Südkorea im Rahmen der Camp David Principles⁵ sowie die Kooperation mit den USA, Australien und den Philippinen genutzt, um seine Sicherheit durch ein verteidigungsorientiertes Zusammenwirken zu verbessern.⁶

Cybersicherheit und Desinformation

Cybersicherheit und die Aufdeckung von Desinformation stehen ganz oben auf Japans Liste hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der NATO. Dies ist sowohl auf die Bedeutung dieser beiden Bereiche als auch auf die Erfahrungen der NATO mit russischer Desinformation zurückzuführen. Beide Bereiche werden als grenzüberschreitende, nicht-traditionelle Sicherheitsherausforderungen betrachtet, die jeden betreffen und von autoritären Kräften für Aktivitäten genutzt werden, die keinen geografischen Schwerpunkt haben. So zielt beispielsweise die von China gegenüber Taiwan und Hongkong eingesetzte Desinformation nicht nur auf chinesischsprachige Menschen dort ab, sondern auch auf ethnische Chinesen weltweit. Die Ansichten ethnischer Chinesen, die etwa in Ländern beziehungsweise Regionen wie Kanada, Japan oder der Europäischen Union leben, sollen beeinflusst werden, um auf lokale demokratische Entscheidungen und Prozesse einzuwirken.

In ähnlicher Weise hat Russlands Einsatz von Desinformation in Europa und bei den US-Wahlen 2016 Auswirkungen auf Japan und die NATO-Länder, was eine Zusammenarbeit notwendig macht. In diesem Fall umfasst die Kooperation die Identifizierung, Verfolgung und

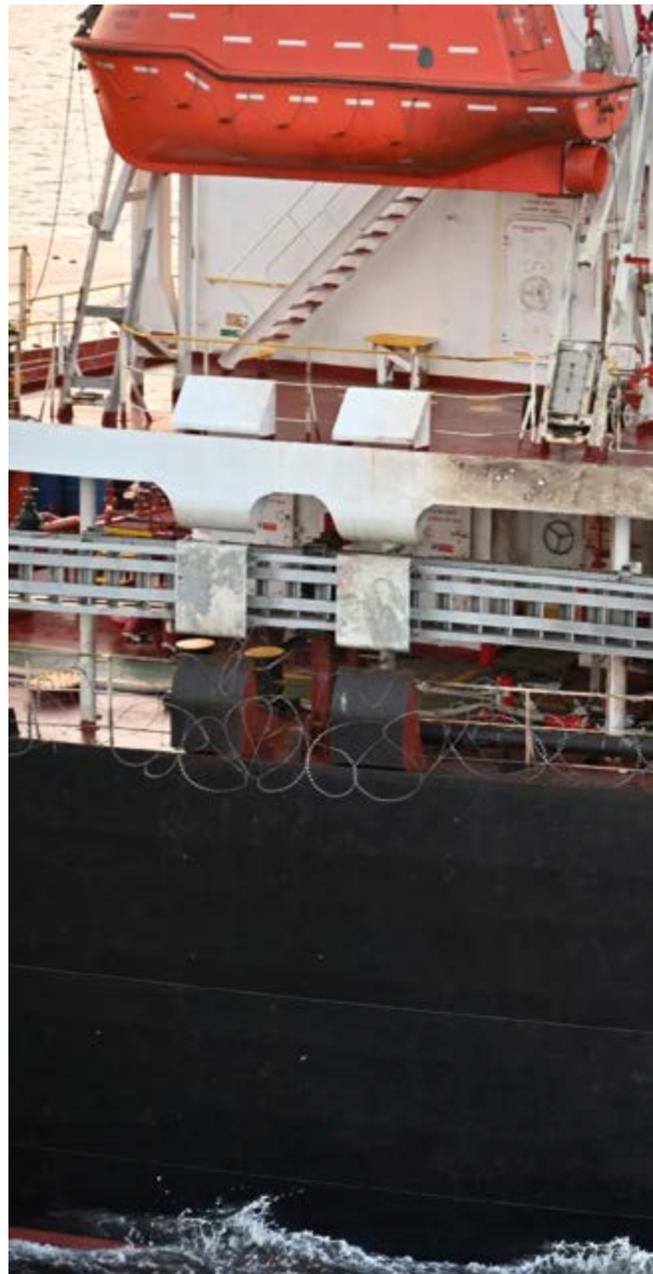
Analyse der Ursprünge sowie die Entwicklung von Abwehrinstrumenten zum Schutz offener Gesellschaften vor den schädlichen Auswirkungen von Desinformationen, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren verbreitet werden.

Die Angriffe der Huthi auf Schiffe im Roten Meer haben negative Folgewirkungen auf die NATO und Japan.

So war zu beobachten, dass China und Russland während der Coronapandemie im In- und Ausland Desinformationen über COVID-19 verbreiteten, die sich auf den Ursprung des Virus, die Wirksamkeit der Impfstoffe und die Reaktionen der verschiedenen Regierungen bezogen. Dabei ging es darum, die Unterstützung für die Politik im eigenen Land zu erhöhen und politische und soziale Spaltungen in den westlichen Staaten herbeizuführen.

Bislang dachten japanische Politiker, ihre Gesellschaft sei mehr oder weniger immun gegen Desinformation und Bedrohungen der Cybersicherheit. Kyoko Kuwahara vom Japan Institute of International Affairs (JIJA) betont in ihrer Studie zum Thema Desinformation, dass sich diese Einstellung mit dem wachsenden Bewusstsein für chinesische Aktivitäten in Okinawa zu ändern beginnt. So setzt China gezielt Desinformation ein, um eine Unabhängigkeitsbewegung auf den Ryukyu-Inseln zu fördern – als Teil einer längerfristigen Strategie zur Vertreibung der

US-Truppen aus Japan.⁷ Die Kampagne in Okinawa ist ein typisches Beispiel für die Ruchlosigkeit von Desinformation. Durch die Verbreitung von Desinformationen, die die Abspaltung von Japan und die Gründung eines eigenen Staates auf den Ryukyu-Inseln unterstützen, hofft Peking, der Präsenz der US-Stützpunkte auf Okinawa, die die vorderste Verteidigungslinie der ersten Inselkette bilden, ein Ende zu bereiten.



Kerninteressen unter Beschuss: Ein US-amerikanisches Schiff auf dem Roten Meer nach dem Angriff durch eine Drohne, die von den jemenitischen Huthi-Rebellen gestartet wurde. Offene Seewege sind sowohl für Japan als auch für die Mitglieder der NATO von zentraler Bedeutung. Foto: © Indian Navy via AP, picture alliance.

Es wächst in Tokio auch das Bewusstsein dafür, dass Desinformationskampagnen in Taiwan, in den USA und andernorts negative Auswirkungen auf Japan selbst haben können, wie beispielsweise die Wahl eines US-Präsidenten, der möglicherweise kein glühender Befürworter der japanisch-amerikanischen Allianz, der NATO oder der Zusammenarbeit zwischen Südkorea, Japan und den USA ist.

Japan hält weiterhin an seiner traditionellen Interpretation der Ein-China-Politik fest, die Peking als Hauptstadt eines vereinten Chinas anerkennt, das Taiwan als Provinz der Volksrepublik China einschließt. Gleichzeitig erkennt es aber auch an, dass ein positives Verhältnis Taiwans gegenüber Japan für seine Sicherheitsinteressen entscheidend ist. Dieses heikle Gleichgewicht hängt mit Taiwans politischer und kultureller Verbundenheit



mit Japan als demokratischem Partner und einer gemeinsamen Geschichte zusammen. Sie ist geprägt vom positiven Eindruck der taiwanischen Bevölkerung von der japanischen Kolonialzeit und der geografischen Lage Taiwans an kritischen Seeverbindungslinien, die existenziell sind für den Import und Export und über die Energie-ressourcen nach Japan gelangen. Deshalb ist Japan besorgt, dass Desinformationen, die vom chinesischen Festland gegen Taiwan und seine Interessen gerichtet sind, die Beziehungen zwischen Japan und Taiwan negativ beeinflussen könnten. Tokio erkennt zunehmend, dass zur Bekämpfung von Desinformation und Bedrohungen im Bereich der Cybersicherheit, die von revisionistischen Staaten wie China, Russland, Nordkorea und dem Iran ausgehen, die Koordination und Zusammenarbeit mit der NATO und gleichgesinnten Staaten wie Australien, Südkorea und Neuseeland notwendig ist.

Seeverbindungslinien

Ein weiterer Bereich der Zusammenarbeit sind die Seeverbindungslinien. Die Angriffe der Huthi-Miliz auf Schiffe, die das Rote Meer durchqueren, und die damit verbundenen Auswirkungen auf Seewege haben zahlreiche negative Folgewirkungen, von denen auch die NATO und Japan betroffen sind.

Tokio möchte, dass sich seine Sicherheitspartner der Herausforderungen im indopazifischen Raum bewusst sind.

Zum einen führt die Umfahrung des Roten Meeres zu einem Kostenanstieg und einem höheren Zeitaufwand für Energietransporte. Angesichts seiner geringen Energieressourcen und der Abhängigkeit von offenen und regelbasierten Seeverbindungslinien werden Japan, aber auch verbundene Volkswirtschaften wie Südkorea, China und die Länder Südasiens, die höheren

Kosten aufgrund von Störungen auf den Seewegen tragen müssen. Dies wird den derzeitigen strukturellen Abschwung der chinesischen Wirtschaft noch verstärken und negative Auswirkungen auf Volkswirtschaften haben, die für ihr eigenes stabiles Wirtschaftswachstum auf die chinesische Wirtschaft angewiesen sind, darunter Australien, Japan, Südkorea, Taiwan oder südostasiatische Staaten, um nur einige zu nennen.

Zum anderen können sich Störungen der Seeverbindungslinien auf die Wirtschaft, die Versorgung der Länder im Indopazifik mit öffentlichen Gütern sowie die Sicherheit auswirken. Sowohl Japan als auch die NATO haben ein großes Interesse daran, dass die Seeverbindungslinien offen bleiben, damit sie in den Gebieten, die in ihren geografischen Einflussbereich fallen, Sicherheit und entsprechende Ressourcen bereitstellen können.

Aufkommende und disruptive Technologien

Ein dritter Bereich der Zusammenarbeit, an dessen Entwicklung Japan interessiert ist, sind aufkommende und disruptive Technologien, KI und Quantencomputer sowie deren Anwendungen. Außerdem sind die Bereiche Seeverkehr und Weltraum Teil der technologischen Zusammenarbeit. Der Krieg in der Ukraine wiederum zeigt die Bedeutung von logistischer Vorbereitung und Resilienz.

Bei den aufkommenden disruptiven Technologien hat die NATO neun Bereiche als vorrangig eingestuft, nämlich künstliche Intelligenz (KI), Autonomie, Quantencomputer, Biotechnologien und die Erweiterung menschlicher Kompetenzen, Hyperschallsysteme, Weltraumüberwachung (Space Domain Awareness (SDA)), neuartige Materialien und Fertigung, Energie und Antriebe sowie Kommunikationsnetze der nächsten Generation.⁸ Der innovative Einsatz der Drohnentechnologie durch die Ukraine gegen russische Angriffe hat auch dazu beigetragen, dass die NATO disruptiven Technologien und Partnerschaften in diesem Feld eine stärkere Bedeutung beimisst. Es ist wenig überraschend, dass Japan diesen Bereichen Priorität einräumt

und eine Zusammenarbeit mit der NATO anstrebt, um die Entwicklung dieser Technologien mit Blick auf China, Russland und Nordkorea zu beschleunigen.

Das Individually Tailored Partnership Programme (ITPP), das auf dem NATO-Gipfel im Juli 2023 in Vilnius (Litauen) erörtert wurde, soll den Kernpartnern als zentraler Rahmen für die Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten mit der NATO dienen, wie Workshops, gemeinsamen Ausbildungsübungen, Kompetenzaufbau oder politischen Verhandlungen. Das ITPP ist eine Weiterentwicklung des Individualized Partnership and Cooperation Programme (IPCP) und könnte ein Instrument für den Beginn einer sinnvollen und dauerhaften Zusammenarbeit mit der NATO sein. Tokio sieht auch einen Wert darin, mit Institutionen wie der NATO zu kooperieren, um das internationale Image zu verbessern und geografisch weit entfernten Sicherheitspartnern die sicherheitspolitischen Herausforderungen im indopazifischen Raum bewusst zu machen.

NATO-Ressourcen sollten in jener Region eingesetzt werden, die das größte Konfliktpotenzial birgt.

Hindernisse für eine engere Zusammenarbeit

Bei den Bemühungen um eine vertiefte Zusammenarbeit mit der NATO steht Tokio vor mehreren Herausforderungen: Zum einen herrscht innerhalb der NATO Uneinigkeit über die Frage, worauf die begrenzten Ressourcen der NATO konzentriert werden sollen. Zum anderen sind die geografischen Grenzen des NATO-Mandats, die rechtlichen und ressourcenbezogenen Beschränkungen Japans bei der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich sowie die begrenzte Zahl der Programme, die für eine konkrete, nachhaltige und sinnvolle Zusammenarbeit zwischen der NATO und Japan infrage kommen, zu berücksichtigen.

Japan muss Rücksicht auf die Ansichten der mittel- und osteuropäischen Staaten nehmen, die nicht wollen, dass NATO-Ressourcen in den indopazifischen Raum verlagert werden, um dem dominanten Verhalten Chinas im Südchinesischen Meer, in der Straße von Taiwan und im Ostchinesischen Meer entgegenzutreten. Aus mittel- und osteuropäischer Perspektive ist dies verständlich. Die NATO-Ressourcen sollten in der geografischen Region eingesetzt werden, die das größte Konfliktpotenzial birgt – und das ist die Grenze zu Russland.

Abgesehen davon, dass die meisten europäischen Staaten wollen, dass die NATO-Ressourcen in Europa konzentriert werden, um sich gegen ein aggressives Russland zu verteidigen, gibt es Staaten wie Ungarn, die sich weiterhin für eine schnelle Reduzierung der Unterstützung der NATO für die Ukraine und für einen Kompromiss mit Russland einsetzen. Diese Stimmen sind allerdings in der Minderheit, da die meisten NATO-Mitglieder nicht davon ausgehen, dass die Herausforderungen durch Russlands Politik in absehbarer Zeit verschwinden werden.

Für ein atlantisch ausgerichtetes Bündnis ist es schwierig, die geografische Reichweite seiner Aktivitäten auf den indopazifischen Raum auszudehnen. Für Japan vorrangige Gebiete wie das Südchinesische Meer, die Straße von Taiwan und das Ostchinesische Meer könnten für die NATO zu weit entfernt sein, um Ressourcen dorthin auszudehnen, zumal der Krieg Russlands gegen die Ukraine voraussichtlich noch Jahre andauern wird. Japan kann im besten Fall erwarten, dass die NATO ihre Ressourcen auf die Sicherung einer Seeverbindungsline im Mittelmeer und im Roten Meer konzentriert, um zu gewährleisten, dass die Handelswege nicht durch Terrorismus oder iranische Stellvertreter wie die Huthi gestört werden.

Einer Zusammenarbeit mit der NATO sind in Japan Grenzen gesetzt, die sich aus Artikel 9 der japanischen Verfassung, aus der Trennung zwischen der nationalen Regierung und den lokalen Regierungen und schließlich aus den Ressourcen ergeben. So stellt Artikel 9 der japanischen Verfassung, der den Einsatz militärischer Gewalt

als legitimes Mittel der Außenpolitik verbietet, nach wie vor ein großes Hindernis für die Förderung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zur Bewältigung des zunehmend schwierigen Sicherheitsumfelds in Japan dar. Aufgrund dieser Beschränkung kann Japan nur eingeschränkt mit multilateralen Militärorganisationen wie der NATO zusammenarbeiten, um defensive Strategien zur Bekämpfung und Eindämmung militärischer Bedrohungen sowie hybrider und Grauzonen-Taktiken zu ermöglichen.

Nach Ansicht von Mirna Galic, Senior Policy Analyst für China und Ostasien am U.S. Institute of Peace, existieren innerhalb Japans noch weitere Hindernisse für eine engere Zusammenarbeit mit der NATO.⁹ So gibt es beispielsweise noch immer keinen Koordinierungsmechanismus zwischen der Zentralregierung und den lokalen Regierungen, um Maßnahmen im Falle einer akuten Krise im Indopazifik zu koordinieren. Außerdem sind die materiellen und personellen Ressourcen, die notwendig sind, um



Der japanische Premierminister Kishida stellt sich im Parlament Fragen zur neuen nationalen Sicherheitsstrategie seines Landes: Obwohl Japan seine Verteidigungsanstrengungen in den vergangenen Jahren verstärkt hat, gibt es immer noch hausgemachte Hindernisse für eine engere Zusammenarbeit mit der NATO. Foto: © Masanor Genko, AP, picture alliance.

Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen, noch nicht in ganz Japan verfügbar. Die Koordination zwischen den lokalen und den zentralen Behörden ist von entscheidender Bedeutung, um zu gewährleisten, dass die abstrakten Sicherheitsrichtlinien in den Teilen Japans, die bedroht sind, in konkrete Initiativen überführt werden.

Ein Konflikt in der Straße von Taiwan wäre eine existenzielle Bedrohung für Japan.

Wenn eine Koordinierung mit der NATO Realität werden soll, muss ein Kommando- und Koordinierungsmechanismus eingerichtet werden, der gemeinsame Maßnahmen ermöglicht. Zudem müssen Ressourcen zugewiesen und in ganz Japan verteilt werden. Dazu zählen beispielsweise Munition, Ersatzteile, Treibstoff, Notfallausrüstung und Funkgeräte.

Notwendige Maßnahmen

Um diese Hindernisse zu überwinden, könnte Japan ein Abkommen über den gegenseitigen Zugang oder etwas Vergleichbares abschließen, sodass es den japanischen Selbstverteidigungstreitkräften ermöglicht würde, mit den NATO-Streitkräften in Europa zu trainieren. Dadurch könnten die Interoperabilität verbessert und gemeinsame Perspektiven für die Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen entwickelt werden, denen sich die NATO und Japan gegenübersehen. Dies wäre zwar ein wichtiger Schritt, würde aber die geografischen Beschränkungen von NATO-Aktivitäten noch nicht überwinden.

Abgesehen von diesen Beschränkungen hat der Einmarsch Russlands in die Ukraine gezeigt, dass Japan seine Aktivitäten, seine Diplomatie und seine Verteidigung koordinieren und Erfahrungen sammeln muss, um zu einer regelbasierten Ordnung beizutragen – und zwar nicht nur in seinem geografischen Einflussbereich, sondern in allen Teilen der Welt.

Gleichzeitig muss Japan gegenüber der NATO weiterhin seine ernststen Sorgen hinsichtlich der indopazifischen Region artikulieren. Ganz oben auf dieser Liste: ein Konflikt oder Spannungen in der Straße von Taiwan. Die japanischen Entscheidungsträger sind sich sehr wohl bewusst, dass derartige Entwicklungen die Seeverbindungslinien und die technologischen Versorgungsketten stören und eine existenzielle Bedrohung für Japan darstellen würden.

Solche Spannungen könnten sich zu einem regionalen Konflikt ausweiten, an dem die USA, Australien, Japan und andere Länder beteiligt wären. Vor allem aber hätte dies ökonomische Auswirkungen auf die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt. Die Lieferketten, über die die NATO-Staaten mit wichtigen Gütern versorgt werden, würden unterbrochen. Die Unterbrechung der Lieferketten im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine wäre im Vergleich dazu vermutlich unbedeutend.

Japan muss Möglichkeiten finden, wie die NATO die Zusammenarbeit in der Region gestalten kann, um zu gewährleisten, dass die Seeverbindungslinien weiterhin sicher und weitestgehend offen sind. Alle Staaten in dieser Region sind auf stabile Seeverbindungslinien für den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit angewiesen.

Es gibt vieles, was Japan tun muss, um ein zuverlässigerer Partner für die NATO zu werden. Dazu zählt auch ein Überdenken der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, um Japan die Teilnahme an Sicherheitsoperationen zu ermöglichen. Artikel 9 der Verfassung muss auf Grundlage der realen Sicherheitslage Japans neu betrachtet werden. Auf operativer Ebene muss Japan zudem darüber nachdenken, welche Mittel es für die Zusammenarbeit mit der NATO benötigt und wo es diese Ressourcen in der Region ansiedeln kann, sodass ein sofortiger Zugriff auf sie möglich ist. Nicht zuletzt sind die Entscheidungsprozesse und Vorbereitungen innerhalb Japans für eine nahtlose Zusammenarbeit mit der NATO und anderen Sicherheitspartnern von großer Bedeutung. Zu den wichtigsten Fragen zählen hierbei: Wie sieht ein geeigneter

Koordinierungsmechanismus zwischen lokalen Regierungen und der nationalen Regierung aus? Wie lassen sich Ressourcen so mobilisieren, dass Japan innerhalb und außerhalb des indopazifischen Raums komplementär mit NATO-Mitgliedern zusammenarbeiten kann?

Die Partnerschaft zwischen Japan und der NATO muss so offen wie möglich sein.

Mögliche Lösungsansätze für diese Herausforderungen könnten Such- und Rettungseinsätze, humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, Aktivitäten zur Seeüberwachung und eine mögliche Beteiligung an den Quad-Aktivitäten (mit den USA, Australien und Indien) und/oder an der RIMPAC-Übung (Rim of the Pacific Exercise) in der Region sein. Eine Teilnahme Japans und der NATO-Partner an Quad-Ausbildungsaktivitäten oder RIMPAC-Aktivitäten könnte geteilte Normen, gemeinsame Praktiken, Vertrauen und Kommunikation zwischen gleichgesinnten Staaten zur Verteidigung einer auf Regeln beruhenden Ordnung aufbauen.

Japan und die NATO könnten nach Wegen suchen, um mit den AUKUS-Mitgliedern (Australien, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) zu kooperieren, um die Zusammenarbeit im Bereich der disruptiven Technologien, der KI und der Quantencomputer und ihrer Anwendungsbereiche zu verbessern. Alternativ dazu könnte eine separate Initiative für gemeinsame Forschung und Entwicklung sowie zur Anwendung von Technologien für Verteidigungs- und Wirtschaftszwecke eingerichtet werden.

Im Gegenzug wird Japan durch diese Form der Zusammenarbeit in eine Gemeinschaft gleichgesinnter Länder aufgenommen, die ein gemeinsames Verständnis für die Notwendigkeit haben, sich gegen autoritäre Staaten zu wehren. Diese wollen die regionalen Ordnungen so umgestalten, dass sich ihre Nachbarn eher autoritären Wünschen beugen als rechtlichen Normen.

Die Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO wird sich weiter zu einer Partnerschaft entwickeln, die öffentliche Güter und Stabilität für Regionen bereitstellt, die mit militärischer Gewalt konfrontiert sind. Bei der Weiterentwicklung dieser Partnerschaft wird es wichtig sein, Wege zu finden, die möglichst offen sind, damit Nachbarstaaten die Kooperation zwischen Japan und der NATO als eine Partnerschaft ansehen, die öffentliche Güter für die indopazifische Region zur Verfügung stellt.

Die Kooperation in nicht-traditionellen Sicherheitsfragen bei der Bekämpfung der Piraterie, der illegalen Fischerei und der Umgehung von Sanktionen könnte eine Möglichkeit für die Vertrauensbildung im Sinne einer solchen offenen Herangehensweise sein. Weitere Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO sollte die Reaktion auf Grauzonen- und sogenannte Lawfare-Operationen im indopazifischen Raum sein. Zu den Grauzonen-Operationen gehört der Einsatz von chinesischen Handelsschiffen, die in die Hoheitsgewässer der Senkaku-Inseln ein- und ausfahren oder sich um kleine Felsen oder Sandbänke im Südchinesischen Meer scharen. Lawfare-Operationen, wie das chinesische Küstenwachengesetz von 2021, ermöglichen es der Küstenwache in Gebieten, die sie als chinesisches Hoheitsgebiet betrachtet, Gewalt anzuwenden, was nach internationalem Recht nicht zulässig ist. Beides birgt ein hohes Risiko für Konflikte und zeigt, wie unerlässlich die Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO ist, um die regelbasierte Ordnung im Indopazifik zu schützen.

Sowohl Grauzonen- als auch Lawfare-Operationen könnten dazu führen, dass die Sicherheitsarchitektur des indopazifischen Raums und die regelbasierte Kontrolle der Seeverbindungslinien zugunsten der strategischen Interessen Chinas umgestaltet werden. Japan und die NATO sollten im Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Kommunikation kreative Wege finden, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Gleichzeitig müssen sie der Region eine positive Form der Zusammenarbeit anbieten, damit die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und andere

interessierte Akteure die Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO als eine stabilisierende Partnerschaft wahrnehmen, die sie nicht dazu zwingt, sich zwischen China und dieser neuen Partnerschaft zu entscheiden.

Nicht zuletzt sollte die Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO nicht nur die sicherheitspolitischen Herausforderungen im indopazifischen Raum in den Blick nehmen, sondern auch die unzureichende Versorgung des Globalen Südens mit öffentlichen Gütern. In diesem Bereich wird die Zusammenarbeit mit vielen bereits genannten Hindernissen und Beschränkungen konfrontiert sein. Aber die Suche nach Möglichkeiten für eine konkrete Ad-hoc-Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO bei der Bereitstellung öffentlicher Güter für den Globalen Süden, beispielsweise bei der Sicherung von Seeverbindungslinien zum Schutz der Energie- und Ernährungssicherheit, könnte zu einer breiteren Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Japan und der NATO sowie der NATO und den AP4¹⁰ führen.

– übersetzt aus dem Englischen –

Stephen Nagy ist Professor für Politik und Internationale Studien an der International Christian University in Tokio und Visting Fellow des Japan Institute for International Affairs (JIIA).

- 1 Shah, Simone 2024: How Attacks in the Red Sea Could Increase Costs of Items from Clothing to Coffee, Times, 08.01.2024, in: <https://ogy.de/nkwi> [12.02.2024].
- 2 Quyet, Nguyen Huu 2023: Chinese Strategy in the South China Sea: A Growing Quest for Vital Economic and Strategic Interests, in: World Affairs 186: 3, S.687-716.
- 3 Japanisches Außenministerium 2022: National Security Strategy of Japan, 16.12.2022, in: <https://ogy.de/qwef> [12.02.2024].
- 4 Japanisches Außenministerium 2022: Japan-Australia Reciprocal Access Agreement, 06.01.2022, in: <https://ogy.de/7xnr> [12.02.2024].
- 5 Weißes Haus 2023: Camp David Principles, 18.08.2023, in: <https://ogy.de/uehd> [12.02.2024].
- 6 Mahadzir, Dzirhan 2023: U.S., Australia, Japan Drill with the Philippines in South China Sea; China Flies Military Drone Near Taiwan, USNI News, U.S. Naval Institute, 27.08.2023, in: <https://ogy.de/krb1> [12.02.2024].
- 7 Kuwahara, Kyoko 2022: Disinformation Threats during a Taiwan Contingency and Countermeasures, The Japan Institute of International Affairs (JIIA), 22.03.2022, in: <https://ogy.de/we4u> [12.02.2024].
- 8 NATO 2023: Emerging and disruptive technologies, 22.06.2023, in: <https://ogy.de/fz0u> [12.02.2024].
- 9 Galic, Mirna 2019: Navigating by Sun and Compass. Policy Brief One: Learning from the History of Japan-NATO Relations, JIIA, 27.05.2019, in: <https://ogy.de/ap2g> [12.02.2024].
- 10 AP4 steht für Asia-Pacific Four: die vier asiatisch-pazifischen Staaten Japan, Südkorea, Neuseeland und Australien, die an den NATO-Tagungen teilnehmen.

Vier Jahrzehnte Auslandsinformationen haben einen Bestand von mehr als 400 Ausgaben entstehen lassen, der so manchen Schatz bereithält. Manche Beiträge zeichnen Entwicklungen vor, die uns Jahre später eingeholt haben, manche Einschätzungen erscheinen – obwohl oder gerade weil sie die damalige Stimmung so treffend spiegeln – heute wie Zeugnisse einer fernen Epoche. Für die vier Ausgaben dieses Jahres werden wir jeweils einen Artikel aus den verschiedenen „Ai-Dekaden“ online neu aufbereiten. Hier geht es ins Jahr 1991, als ein russischer Präsident unterstützt von den Moskauer Bürgern die entstehende Demokratie gegen einen Putsch von Betonkommunisten verteidigte.

Foto: © dpa, picture-alliance:



Die Tage der Revolution in Moskau

Ein Erlebnisbericht

Dr. Norbert Wagner



Artikel lesen unter:
<https://bit.ly/ai-1991>





[NATO. Die unverzichtbare Allianz](#)

Fernbeziehung

Die NATO und Australien

Bertil Wenger/Justin Burke

40
JAHRE
Ai

Niemand in Canberra wünscht oder erwartet von der NATO Sicherheitsgarantien nach Art von Artikel 5. Da Australien jedoch in einer Region liegt, die mit dem zunehmenden Expansionsdrang Chinas konfrontiert ist, könnte es von einer engeren Partnerschaft sehr profitieren. Denn wenn China eines fürchtet, dann Bündnisse.

Einführung

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand in Australien außer Frage, dass Europas Kriege auch Australiens Kriege waren. Im Jahr 1942 aber gab es einen bahnbrechenden Moment, als sich Premierminister John Curtin offen der Autorität des britischen Premierministers Winston Churchill widersetzte und der australischen siebten Division befahl, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die Entscheidung war Teil einer allgemeineren Entwicklung: Australien setzte für seine äußere Sicherheit nicht mehr auf das Vereinigte Königreich, sondern auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Kalten Krieg machten Australien und die europäischen NATO-Mitglieder ganz unterschiedliche Erfahrungen und hatten nur wenig Kontakt zueinander, obwohl beide mit den USA einen mächtigen gemeinsamen Verbündeten hatten.

Doch wie entfernte Familienmitglieder, die durch eine Tragödie zusammengeführt werden, kamen Australien und die NATO durch den Krieg in Afghanistan zum ersten Mal dauerhaft miteinander in Kontakt. Heute sind die wachsenden Gefahren, die von einem revisionistischen China im indopazifischen Raum ausgehen, und ihre möglichen Folgen für eine vernetzte Welt der Grund für eine noch engere Partnerschaft zwischen Australien und der NATO.

In Australien gibt es sicherlich Skepsis und auch Kritik gegenüber der NATO. Niemand bietet oder fordert etwas, das den Sicherheitsgarantien nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags entspricht. Doch insgesamt wird die wachsende Partnerschaft als etwas angesehen, das im Einklang mit Australiens anderen Bündnissen steht

und der Erhaltung des Friedens dient. Und wenn das Engagement fortgesetzt wird und man etwas Voraussicht und Kreativität zeigt, könnte sie im Falle einer Krise von unschätzbarem Wert sein.

Australien und die NATO: Ein Blick in die Geschichte

Abgesehen von ungewöhnlichen Beispielen, wie dem in den frühen 1950er-Jahren in Malta stationierten Geschwader Nr.78 der Royal Australian Air Force, das an zahlreichen NATO-Übungen im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Mitteleuropa teilnahm, bedeutete „die grundsätzlich unterschiedliche geografische Lage Australiens und des NATO-Gebiets, dass die Aktivitäten des einen für den anderen lange Zeit kaum von Bedeutung waren“, schreibt Stephan Frühling.¹

Die Entsendung australischer Spezialeinheiten nach Afghanistan im Jahr 2005 beschleunigte die Aufnahme von Beziehungen zur NATO. Australien wurde 2006 zu einem „Kontaktland“. Damit bekam es einen informellen Status, der die Teilnahme an ausgewählten Aktivitäten im Rahmen des Formats „Partnerschaft für den Frieden“ ermöglichte. Doch schon 2007 wurden Probleme wie der fehlende Zugang Australiens zu NATO-Planungsdokumenten zunehmend als störend empfunden. „Es mag sein, dass wir das meiste davon indirekt über unsere Freunde und Verbündeten in den Vereinigten Staaten erhielten, aber es ergab für mich keinen Sinn, dass wir unsere jungen Leute auf das Schlachtfeld in Afghanistan schickten, wo sie möglicherweise sterben würden, und dass man uns keinen Platz am Planungstisch einräumte“, sagte der damalige Verteidigungsminister Joel Fitzgibbon.²

Bis 2012 hatten sich die Beziehungen zwischen Australien und der NATO bis zur Verabschiedung einer „Gemeinsamen Politischen Erklärung“ hin weiterentwickelt, die auch die Ernennung eines australischen Botschafters bei der NATO umfasste (der in der Praxis auch als Botschafter in Belgien und bei der Europäischen Union fungiert). Darauf folgte 2013 ein „Individuelles Partnerschafts- und Kooperationsprogramm“, das zu einem „Individuell zugeschnittenen NATO-Australien-Partnerschaftsprogramm 2023–2026“ erweitert wurde. Zudem nahm Australiens Premierminister Anthony Albanese neben den Regierungschefs der anderen sogenannten Asia-Pacific 4 (AP4) – Japan, Südkorea und Neuseeland – seit Madrid 2022 an den NATO-Gipfeltreffen teil.

Die NATO ist Gegenstand von Elitendebatten, die mitunter sehr hitzig geführt werden.

Wahrnehmung der NATO

Es gibt nur wenige Erkenntnisse darüber, was die australische Öffentlichkeit über die NATO denkt. Das Lowy Institute führt seit 2005 jährlich Umfragen über die Wahrnehmung ausländischer Staaten, Staatsoberhäupter und Themen durch, hat dabei aber die NATO weder direkt noch indirekt je erwähnt. Dies lässt vielleicht implizit den Schluss zu, dass die Organisation im Bewusstsein der australischen Öffentlichkeit keine Rolle spielt.

RIMPAC: Kampfschwimmer aus Australien, Mexiko, Kanada und den USA nehmen 2022 an der Seekriegsübung Rim of the Pacific teil. Die Vereinigten Staaten sind der Dreh- und Angelpunkt in Australiens Sicherheitsbündnissen. Foto: © U.S. Navy, Zuma Press, picture alliance.

Die NATO war und ist jedoch Gegenstand von Elitendebatten, die mitunter sehr hitzig und nicht zwangsläufig entlang parteipolitischer Linien geführt werden. Im vergangenen Jahr bezeichnete der frühere Premierminister Paul Keating, der Anfang der 1990er-Jahre eine Labour-Regierung



fürte, den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg als „totalen Deppen“ und fügte hinzu: „Stoltenberg ist von seinem Instinkt und seiner Politik her einfach ein wandelnder Fehltritt.“³ Konkret kritisierte Keating die geplante Eröffnung eines NATO-Verbindungsbüros in Tokio im Vorfeld der

Reise des derzeitigen Labour-Premierministers Anthony Albanese zum NATO-Gipfel in Vilnius. „Die Europäer haben sich fast 300 Jahre lang gegenseitig bekämpft und uns in den vergangenen 100 Jahren zwei Weltkriege beschert“, sagte Keating. „Dieses bösartige Gift nach Asien



zu importieren, wäre so, als würde Asien sich freiwillig die Pest zuziehen. Angesichts der jüngsten Entwicklung und der langjährigen und latenten Armut Asiens würde jegliche Hoffnung durch den Militarismus Europas – und durch den von den Vereinigten Staaten angestachelten Militarismus – zunichtegemacht.“⁴ Seine Äußerungen lassen sich als repräsentativ für eine ältere Generation progressiver Politiker einordnen, deren Weltbild durch eine größere Nähe zu den Weltkriegen und das Gefühl geprägt war, dass australisches Blut auf europäischen Schlachtfeldern wiederholt – manchmal mutwillig – aufgrund übertriebener Unterwürfigkeit und losgelöst von Australiens eigenen nationalen Interessen vergossen worden war.

Staaten, die sich vom europäischen Kolonialismus befreien mussten, betrachten die NATO nicht unbedingt als uneingeschränkten Freund.

Einige konservative Politiker stimmten Keating in der Sache zu, ohne seinen Tonfall zu teilen. Der ehemalige Hohe Kommissar für das Vereinigte Königreich, liberale Senator und Generalstaatsanwalt George Brandis schrieb, dass eine stärkere strategische Integration zwar eine notwendige und unvermeidliche Entwicklung sei, aber etwas ganz anderes als die Ausweitung der NATO auf die Region, die, wie er argumentierte, höchstwahrscheinlich dazu führte, dass China gegenüber bündnisfreien Ländern wie Indien und Indonesien an Einfluss gewinne.⁵

Die Verknüpfung jeglicher Form von NATO-Zusammenarbeit mit Artikel 5 ist eine Verkürzung und fördert implizit die von russischen Propagandisten wiederholte Vorstellung, dass die NATO-Beistandsklauseln eine Art Provokation darstellen. Andere australische Analysten haben betont, dass niemand Sicherheitsgarantien nach Art von Artikel 5 im indopazifischen Raum vorschläge, und dass dies von dem wichtigen Ziel

der NATO ablenke, China zu signalisieren, dass die europäischen Staaten einer chinesischen Gewaltanwendung in Taiwan oder anderswo nicht gleichgültig gegenüberstehen würden.⁶

Premierminister Anthony Albanese erklärte seinerseits auf dem NATO-Gipfel von Vilnius, Australien setze auf Partnerschaften, welche die Stabilität in der Welt förderten. „Der Schwerpunkt [der NATO] liegt zwar auf dem Nordatlantik und auf Europa, aber viele der Grundsätze sind weltweit anwendbar. Die russische Invasion in der Ukraine erinnert uns daran, dass etwas, das in einem Teil der Welt geschieht, Auswirkungen auf die ganze Welt hat.“ Und er fügte hinzu, Stoltenberg sei ein „Freund Australiens“.⁷ Albaneses Teilnahme an den Gipfeltreffen in Vilnius und im Jahr davor in Madrid sowie seine voraussichtliche Teilnahme am Gipfeltreffen zum 75-jährigen Jubiläum in Washington D.C. in diesem Jahr haben gezeigt, dass das Engagement für diese Partnerschaft wächst.

Australien ist sich der Tatsache bewusst, dass außerhalb der AP4-Staaten liberal-demokratische Werte und Grundsätze in der indopazifischen Region nicht überall in gleichem Maße Beachtung finden, und dass die Einstellungen zur NATO unterschiedlich sind. Insbesondere Staaten, deren Identität untrennbar mit der Befreiung vom europäischen Kolonialismus verbunden ist, betrachten die NATO nicht unbedingt als uneingeschränkten Freund. Bedauerlicherweise sind viele Bürger dieser Staaten sogar empfänglich für die Darstellungen der chinesischen Regierung, welche die NATO als kriegslüstern, fremd und in der Region unerwünscht darstellen.

Australiens Allianzen

Das wichtigste Bündnis Australiens ist der zwischen Australien, Neuseeland und den Vereinigten Staaten im Jahr 1951 unterzeichnete ANZUS-Vertrag. Neuseeland wurde zwar Mitte der 1980er-Jahre suspendiert, weil es nuklear betriebenen oder bewaffneten US-Marineschiffen den Zugang zu Häfen verweigert hatte, aber Australien und die USA sind nach wie vor einer Sicherheitsgarantie verpflichtet, die als „Artikel 3“

bezeichnet wird: „Die Vertragsparteien konsultieren einander, wenn nach Auffassung einer der Parteien die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Vertragsparteien im Pazifik bedroht ist.“⁸

Obwohl Australien und die USA seit 1918 in jedem größeren Krieg an der Seite des jeweils anderen gekämpft haben, was umgangssprachlich als „100-jährige Kameradschaft“ bezeichnet wird, hat sich der damalige Premierminister John Howard erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zum ersten Mal formell auf diesen Vertrag berufen.

In jüngster Zeit hat sich Australien um minilaterale Sicherheitsabkommen bemüht.

Kennzeichnend für die vertraglichen Beziehungen sind die jährlichen Treffen der Verteidigungs- und Außenminister beider Länder (AUSMIN), die abwechselnd in den USA und in Australien stattfinden, zahlreiche militärische Übungen – von der US-geführten Seekriegsübung „Rim of the Pacific“ (RIMPAC) bis zur alle zwei Jahre stattfindenden gemeinsamen Übung „Talisman Sabre“ –, verschiedene gemeinsam betriebene militärische Aufklärungseinrichtungen wie Pine Gap und seit zehn Jahren eine rotierende, in Darwin stationierte Einheit des United States Marine Corps.

Jährliche Umfragen des Lowy Institute zeigen, dass die australische Öffentlichkeit das Bündnis mit den USA in den vergangenen zwei Jahrzehnten stets in hohem Maße unterstützt hat. Mehr als 80 Prozent der Befragten halten das Bündnis für sehr oder ziemlich wichtig.⁹

Die entscheidenden Gemeinsamkeiten von ANZUS und NATO liegen in der zentralen Rolle der USA und in der Langlebigkeit beider Bündnisse im historischen Vergleich.¹⁰ Für europäische Beobachter lassen die geografischen Grenzen der Zusicherungen im ANZUS-Vertrag Ähnlichkeiten mit Artikel 6 des Nordatlantikvertrags erkennen,

wobei der entscheidende Begriff „konsultieren“ deutlich hinter den Garantien von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags zurückbleibt. „Australien war sich durchaus bewusst, dass sein Bündnis mit den Vereinigten Staaten weniger institutionalisiert, weniger umfassend und wohl auch weniger verlässlich war als die NATO“, schreibt Stephan Frühling.¹¹ Dabei wird gleichzeitig darauf hingewiesen, dass es um ANZUS bisher weit aus weniger Aufsehen gegeben habe als um die NATO. „Im Vergleich zu den unruhigen Gewässern der NATO beispielsweise, wo es fast jedes Jahr eine Krise zu geben scheint, war ANZUS meist so ruhig wie ein Mühlenteich“, so die australische Wissenschaftlerin Coral Bell.¹²

Ebenso wichtig ist wohl die Mitgliedschaft Australiens in der seit Langem existierenden Geheimdienstallianz der Five Eyes (FVEY), zu der neben Australien die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada und Neuseeland gehören. Dabei handelt es sich um einen bekannten und dennoch wenig untersuchten Zusammenschluss.

In jüngerer Zeit hat Australien wichtige minilaterale Sicherheitsvereinbarungen abgeschlossen. AUKUS ist eine trilaterale Sicherheitspartnerschaft, die 2021 zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA vereinbart wurde, um die Anschaffung von atombetriebenen U-Booten für die australische Marine zu ermöglichen und gemeinsam eine Reihe fortschrittlicher Verteidigungstechnologien von Hyperschallraketen bis zu Quantencomputern zu entwickeln. Dieses Abkommen sorgte weltweit für Schlagzeilen – nicht nur, weil dadurch ein problembehafteter U-Boot-Vertrag mit dem französischen Unternehmen Naval abgelöst wurde, sondern auch, weil es von den drei Nationen auf höchster politischer Ebene verkündet wurde und eine unmissverständliche Botschaft an China enthielt, das zum damaligen Zeitpunkt massiven wirtschaftlichen Druck auf Australien ausübte. Seitdem wurden erhebliche Fortschritte erzielt, insbesondere durch die Zustimmung des US-Kongresses zur Übergabe von drei U-Booten der Virginia-Klasse (zwei in Betrieb befindliche und ein neues) an Australien in den frühen 2030er-Jahren. Doch die Herausforderungen,

die mit dem Besitz von Nukleartechnologie, der Fachkräfteausbildung und der Infrastruktur verbunden sind, sind gewaltig.

AUKUS ist weder ein neuer Vertrag, wie oft fälschlicherweise behauptet wird, noch enthält das Abkommen gegenseitige Beistandsverpflichtungen. Richtig ist jedoch, dass die australischen Bündnisse ANZUS, FVEY und sogar die langjährigen verfassungsrechtlichen Beziehungen

Australiens zum Vereinigten Königreich alle zu dem tiefen Vertrauen beigetragen haben, das die Zusammenarbeit im Rahmen von AUKUS ermöglicht hat. Einige US-amerikanische Politiker haben AUKUS gleichwohl als den Beginn einer NATO-„Erweiterung“ im indopazifischen Raum bezeichnet, darunter auch Senatorin Tammy Duckworth, Mitglied des einflussreichen Senatsausschusses für Streitkräfte, die sagte, die NATO-„Erweiterung“ habe „angesichts



Angstobjekt Bündnis: Chinas Vertreter bei den Vereinten Nationen in Wien bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem russischen Pendant zur AUKUS-Sicherheitspartnerschaft. Peking teilt regelmäßig verbal gegen alles aus, was im Indopazifik auch nur entfernt an die NATO erinnert. Foto: © Guo Chen, Xinhua, picture alliance.

unseres erfolgreichen AUKUS-Abkommens zwischen dem Vereinigten Königreich, Australien und den Vereinigten Staaten bereits begonnen“.¹³ Dies ist wahrscheinlich nur in einem sehr allgemeinen Sinne zutreffend.

Der Quadrilateral Security Dialogue (QUAD), dem auch Japan, Indien und die USA angehören, ist eine sehr bemerkenswerte Initiative. Die Ursprünge liegen in der maritimen Zusammenarbeit, die während des Tsunamis im Indischen Ozean 2004 entstand. Zwar pausierte die Zusammenarbeit zwischen 2008 und 2017 aufgrund des australischen und bis zu einem gewissen Grad auch des indischen Widerwillens, sie wurde jedoch wiederbelebt (und wird zuweilen auch als Quad 2.0 bezeichnet) und zu Gipfeltreffen auf Führungsebene und den jährlichen multilateralen Marineübungen „Malabar“ ausgebaut.

Im deutlichen Gegensatz zur NATO handelt es sich nicht um ein Bündnis. Es gibt keine Gründungsurkunden, kein Hauptquartier, kein Sekretariat und keinen festen Zeitplan. (Im vergangenen Jahr wurde eine „Visionserklärung“ veröffentlicht.) Erst recht gibt es keine ausdrücklichen Sicherheitsgarantien zwischen den beteiligten Parteien. Dennoch handelt es sich um ein flexibles Instrument, um auf Chinas wachsende Macht und sein aggressives Verhalten in der Region zu reagieren. Der verstorbene ehemalige japanische Premierminister Shinzo Abe nannte es einen „demokratischen, asiatischen Sicherheitsdiamanten“ als Antwort auf chinesische „Zwangmaßnahmen“ und deutete damit an, dass es sich um eine Gruppe handelt, die unter äußerem Druck noch enger zusammenrücken könnte.¹⁴

In Anerkennung der seit Langem verfolgten blockfreien Außenpolitik Indiens hat sich die QUAD mit eher unkonventionellen Sicherheitsthemen wie Klimawandel, kritischen und neu entstehenden Technologien und „öffentlichen Gütern“ wie der Koordinierung von Impfstoffen befasst. Es überrascht nicht, dass die Vierergruppe von China heftig kritisiert wurde: Sie sei eine „asiatische NATO“. Viele Historiker verweisen jedoch auf das Scheitern des

antikommunistischen kollektiven Verteidigungsabkommens, der SEATO (Southeast Asia Treaty Organisation) 1944 bis 1977, der nach dem Vorbild der NATO aufgebaut war. Dieser Zusammenschluss dient als Beispiel dafür, dass solche Vorstellungen in dieser äußerst komplexen Region zum Scheitern verurteilt sind.

In praktischer Hinsicht kann Australien von seiner Partnerschaft mit der NATO stark profitieren.

Es besteht kein konzeptioneller Widerspruch zwischen den auf die USA ausgerichteten Verteidigungsabkommen Australiens, dem Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, fortschrittlicher Technologie und der multilateralen, demokratischen Zusammenarbeit auf der einen sowie der verstärkten Partnerschaft mit der NATO auf der anderen Seite. Gegenseitige Sicherheitsgarantien wären eine andere Sache. Die Synergieeffekte und Chancen in einer solchen Partnerschaft werden im Folgenden erörtert.

Was erwartet Australien von der NATO?

In praktischer Hinsicht kann Australien von seiner wachsenden Partnerschaft mit der NATO stark profitieren. Es gibt Herausforderungen, vor denen Australien im Rahmen seiner Bündnispolitik stehen könnte, bei denen die NATO über langfristige, praktische Erfahrungen verfügt, etwa in Bezug auf gemeinsame strategische Kommandos der Verbündeten, gemeinsame Verteidigungsplanungsprozesse, Streitkräfteaufwuchsverfahren und Ähnliches. Und auch jenseits von Brüssel besteht ein großes Potenzial für ein australisches Engagement, zum Beispiel in den einschlägigen NATO-Exzellenzzentren.

Diese praktischen Aspekte könnten strategische Vorteile mit sich bringen. Manche argumentieren, dass diese Art der Zusammenarbeit und der intensiven Einbindung die Fähigkeit Australiens verbessern wird, zu wissen, worum es

in der NATO bitten kann und wen es darum bitten kann. So könnte beispielsweise im Falle eines Konflikts in der Straße von Taiwan, im Südchinesischen oder Ostchinesischen Meer eine maritime Rückendeckung durch die NATO im westlichen Indischen Ozean von Nutzen sein. Durch Sicherheitskrisen kann sich der unverrückbar erscheinende politische Konsens innerhalb der NATO verschieben, wovon wiederum flexible Partner profitieren können. Unter französischen Experten herrscht beispielsweise eine gewisse Uneinigkeit darüber, ob Artikel 5 französisches Hoheitsgebiet wie Neukaledonien einschließt. Wie die Berufung auf den ANZUS-Vertrag durch Premierminister Howard gezeigt hat, kann es in Krisenzeiten zu einer Neuauslegung bestimmter Aspekte kommen. Im Falle einer Sicherheitskrise auf den Pazifikinseln könnte schon die Mehrdeutigkeit dieses Status abschreckend wirken.

In strategischer Hinsicht schätzt Australien, wie Premierminister Albanese unterstrich, die NATO als stabilen Partner. Der russische Einmarsch in die Ukraine hat vielen die Verflechtung des indopazifischen und des europäischen Raums vor Augen geführt. Das bedeutet, dass die europäischen Staaten entweder einzeln oder in einigen Fällen als Europäische Union und in anderen Fällen als Teil der NATO eine sehr wichtige Rolle spielen, um China zu signalisieren, dass die regelbasierte Weltordnung und offene Seeverbindungen im indopazifischen Raum auch für Europa von zentralem Interesse sind.

Die Tatsache, dass dieses Interesse auch während der russischen Invasion der Ukraine immer wieder deutlich gemacht wurde, ist lobenswert. Passend dazu hat auch Australien eine bescheidene Rolle bei der Bereitstellung von Hilfe, militärischer Ausrüstung und militärischer Ausbildung für die Ukraine gespielt, um sein Engagement für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine von russischem Zwang zu signalisieren. Die australische Erwartung, dass diese Unterstützung im Falle einer Verschlechterung des sicherheitspolitischen Umfelds im indopazifischen Raum zu Gegenleistungen seitens der NATO-Mitgliedstaaten führen würde, spielt hierbei sicher eine erwähnenswerte Rolle.

Ab einem bestimmten Punkt bedeutet eine verstärkte NATO-Präsenz im indopazifischen Raum jedoch zwangsläufig, dass Ressourcen von den europäischen Schauplätzen abgezogen werden müssen. Da viele europäische NATO-Mitglieder noch nicht die geforderten zwei Prozent des BIP für die Verteidigung ausgeben (Australien nähert sich 1,9 Prozent), sind die Vereinigten Staaten gezwungen, sich stärker zu engagieren und mehr zu investieren. Diese US-Ressourcen könnten andernfalls im indopazifischen Raum eingesetzt werden. Wie der verstorbene australische Konteradmiral James Goldrick schrieb, „begrüßt Australien die aktive Rolle der europäischen Mächte im indopazifischen Raum und die regelmäßige Präsenz europäischer Seestreitkräfte in der Region. Ein kohärenterer geostrategischer Ansatz würde jedoch bedeuten, dass Europa seine Marine- und Militäraktivitäten auf Europa konzentriert und dort auch verstärkt, während die Vereinigten Staaten und andere indopazifische Mächte sich weiter reorganisieren, um ein Gegengewicht zu China zu schaffen“.¹⁵ Mit anderen Worten: Je mehr Verantwortung die Europäer für ihre eigene Verteidigung übernehmen, desto besser ist es für Australien.

Niemand kann die epochale Herausforderung des Aufstiegs Chinas ohne Freunde und Verbündete bewältigen.

Fazit

Es mag für europäische Beobachter überraschend sein, dass die Beziehungen Australiens zur NATO noch relativ jung sind. Natürlich hat es im Laufe der Jahre viele militärische Kontakte außerhalb der NATO gegeben, nicht zuletzt die von Australien geleitete INTERFET-Mission zur Stabilisierung Osttimors von 1999 bis 2000, an der viele europäische Streitkräfte beteiligt waren. Insgesamt haben die vielen gemeinsamen Werte der liberalen Demokratien vielleicht dazu geführt, dass die institutionalisierten Verbindungen zwischen den beteiligten Staaten eher vernachlässigt

wurden, auf der anderen Seite aber auch entbehrlich waren.

Die Herausforderungen, vor denen Australien steht, wenn es sich mit der NATO – einer Organisation, die ihresgleichen sucht – auseinandersetzen und sie verstehen will, sollten nicht außer Acht gelassen werden. Einige der damit verbundenen Aspekte und Prozesse sind sogar hochkomplex. Aber die Vorteile eines solchen erfolgreichen Engagements könnten erheblich sein.

Dennoch muss die NATO für Australien stets eine „Und“-Option und nicht eine „Oder“-Option sein. Das bedeutet, dass die Partnerschaft mit der NATO niemals Australiens facettenreiche Sicherheitsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten (ANZUS, FVEY, AUKUS und über die QUAD) ersetzen kann. Genauso wenig darf sie zulasten des Verständnisses von und der Beziehungen mit Australiens unmittelbarer Nachbarschaft gehen. Wie Sam Roggeveen in seinem kürzlich erschienenen Buch¹⁶ richtig feststellt, ist letztlich keine andere Nation für Australiens Verteidigung von größerer Bedeutung als Indonesien: eine junge Demokratie mit fast 275 Millionen Einwohnern, die größte muslimische Nation der Welt und ein Archipel, das jeder Gegner durchqueren müsste, um Australien zu bedrohen.

Australien sollte auch darüber nachdenken, wie die dort teils schonungslos geführten Debatten über die NATO und persönliche Angriffe auf deren Vertreter bei seinen europäischen Freunden ankommen. Zweifellos gilt es für Australien, einen klaren Blick auf seine historischen Erfahrungen und Interessen zu haben. Aber eine Nation, die mit ihrem Erbe und ihrer geografischen Lage, ihrer Besiedlung durch die Europäer und ihrer multiethnischen Zukunft im Reinen ist, muss in der Lage sein, mit Nationen aller Art selbstbewusster und ohne Groll umzugehen.

Dabei ist stets im Blick zu behalten, dass niemand die epochale Herausforderung des Aufstiegs Chinas ohne Freunde und Verbündete bewältigen kann. Chinas aggressives Verhalten gegenüber allem, was im indopazifischen Raum

auch nur entfernt an die NATO erinnert, ist ein deutliches Indiz dafür, dass das Land Bündnisse am meisten fürchtet und es stattdessen vorzieht, auf bilateraler Ebene Druck auf kleinere Staaten auszuüben. „China ist ein großes Land und andere Länder sind kleine Länder, das ist einfach eine Tatsache“, sagte der hochrangige Diplomat Yang Jiechi im Juli 2010.¹⁷ In diesem Zusammenhang ist die Partnerschaft und Zusammenarbeit Australiens mit der NATO ein wertvolles Gut, das es zu schätzen gilt.

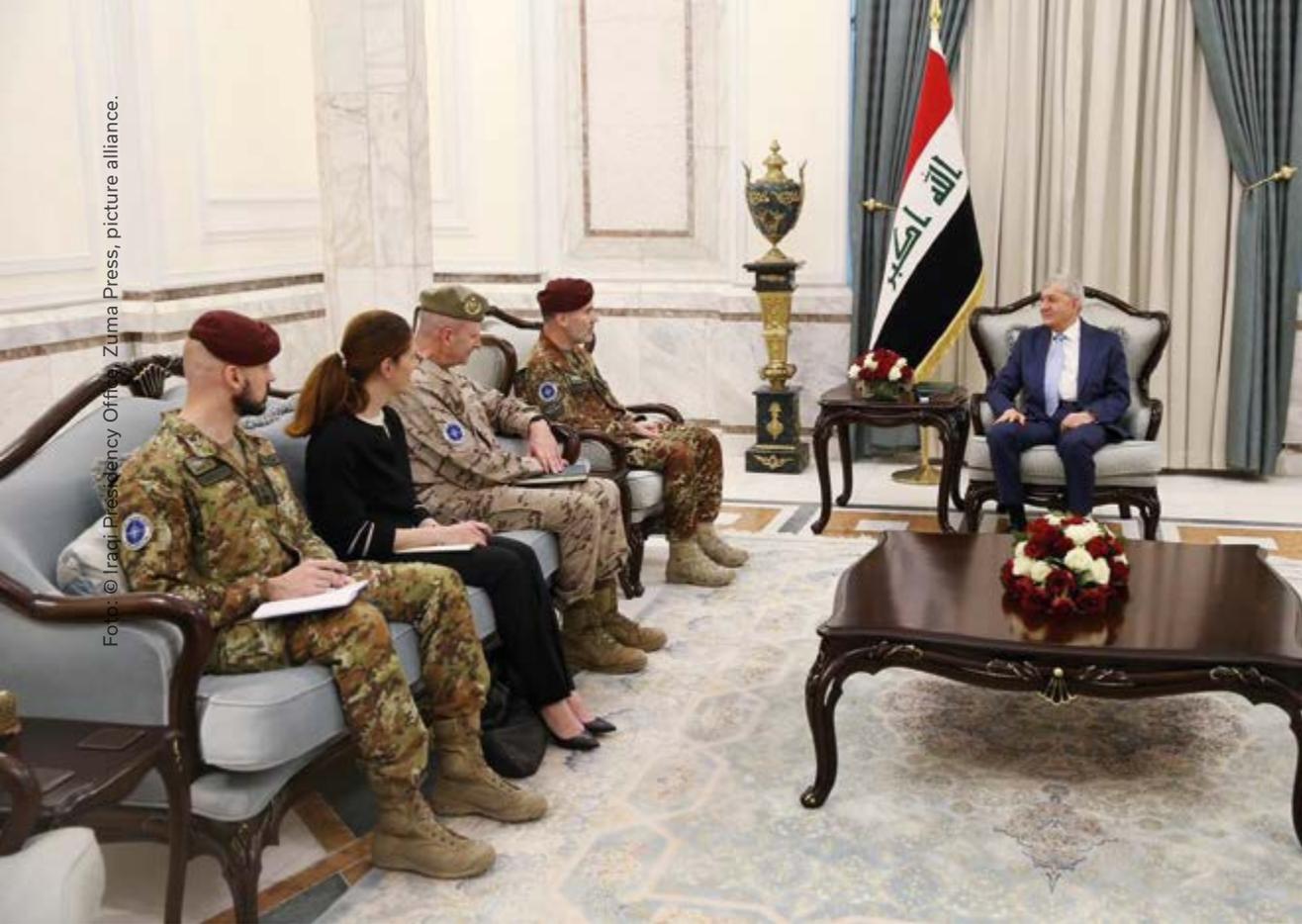
– übersetzt aus dem Englischen –

Dieser Beitrag enthält Informationen aus einer Expertenrunde im Dezember 2023 in Canberra, die von der KAS AUS nach Chatham House-Regeln einberufen wurde und für die sich die Autoren bedanken.

Justin Burke ist leitender politischer Berater am National Security College der Australian National University in Canberra. Zudem ist er Non-Resident Fellow der Abteilung für Maritime Strategie und Sicherheit des Instituts für Sicherheitspolitik (ISPK) an der Universität Kiel.

Bertil Wenger ist Leiter des Regionalprogramms Australien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS AUS).

- 1 Frühling, Stephan 2016: Australia and NATO: Six Decades of Cooperation, in: NATO and Asia-Pacific, NATO Defense College, S.135-154, hier: S.139, in: <https://ogy.de/c293> [27.02.2024].
- 2 Nicholson, Brendan 2023: Joel Fitzgibbon's fight with NATO over its Afghanistan strategy, The Strategist, Australian Strategic Policy Institute (ASPI), 05.05.2023, in: <https://ogy.de/10t9> [15.01.2024].
- 3 Brown, Greg 2023: Keating's swipe at NATO leader Jens Stoltenberg as Albanese flies to Lithuania for summit, The Australian, 09.07.2023, in: <https://ogy.de/lisr> [15.01.2024].
- 4 Ebd.
- 5 Brandis, George 2023: Keating's right, NATO should steer clear of the Indo-Pacific, The Sydney Morning Herald, 23.07.2023, in: <https://ogy.de/3dc3> [15.01.2024].
- 6 Lee, Lavina 2023: Paul Keating is wrong. Here's why NATO matters to Australia and Asia, The Sydney Morning Herald, 17.07.2023, in: <https://ogy.de/ze7m> [15.01.2024].
- 7 Hartcher, Peter 2023: Albanese, unlike Keating, believes NATO ties serve Australia's interests, The Sydney Morning Herald, 18.07.2023, in: <https://ogy.de/lrt0> [15.01.2024]; Harris, Rob 2023: Albanese rejects Keating's attack, calls NATO boss 'a friend of Australia', The Sydney Morning Herald, 10.07.2023, in: <https://ogy.de/9wu8> [15.01.2024].
- 8 Australian Government Department of Foreign Affairs and Trade 1952: Australian Treaty Series 1952 No 2, 29.04.1952, in: <https://ogy.de/2rms> [14.03.2024].
- 9 Lowy Institute Poll 2023: US alliance: importance to Australia's security, in: <https://ogy.de/n2fm> [15.01.2024].
- 10 Dobell, Graeme 2019: NATO and ANZUS as contrasting cousins, The Strategist, ASPI, 29.04.2019, in: <https://ogy.de/nu64> [15.01.2024].
- 11 Frühling 2016, N.1, S.143.
- 12 Dobell 2019, N.10.
- 13 Creighton, Adam 2023: AUKUS is a first step for NATO expansion into Asia: US Senators, The Australian, 16.07.2023, in: <https://ogy.de/ndp2> [15.01.2024].
- 14 O'Neil, Andrew / West, Lucy 2019: Why the Quad won't ever be an Asian NATO, The Strategist, ASPI, 24.01.2019, in: <https://ogy.de/a54o> [15.01.2024].
- 15 Pawlak, Julian / Peters, Johannes (Hrsg.) 2021: From the North Atlantic to the South China Sea – Allied Maritime Strategy in the 21st Century, in: <https://ogy.de/x04s> [12.02.2024].
- 16 Roggeveen, Sam 2023: The Echidna Strategy: Australia's Search for Power and Peace, Melbourne.
- 17 Lowsen, Ben 2018: China's Diplomacy Has a Monster in its Closet, The Diplomat, 13.10.2018, in: <https://ogy.de/k97i> [14.03.2024].



[NATO. Die unverzichtbare Allianz](#)

Blick in alle Richtungen

Zur NATO-Mission im Irak und der Rolle der Allianz an der Südflanke

Lucas Lamberty

40 JAHRE **Ai**

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine stellt die NATO die klassische Bündnisverteidigung richtigerweise wieder ins Zentrum ihres Handelns. Gleichwohl dürfen andere Bedrohungen nicht aus dem Blickfeld geraten. Das betrifft vor allem fragile Staaten in der südlichen Nachbarschaft der Allianz. Mit der Beratungsmission im Irak sucht die NATO nach Antworten, wie die Region mit moderatem Ressourceneinsatz stabilisiert werden kann – und welche Rolle sie selbst in Zukunft dort spielen möchte.

Die NATO Mission Iraq (NMI) ist die letzte Mission der NATO außerhalb des europäischen Raums. In Zeiten der strategischen Umorientierung der Allianz – weg vom Krisenmanagement an der Südflanke und hin zur klassischen Abschreckung und Bündnisverteidigung an der Ostflanke – ist sie ein Überbleibsel der Out-of-area-Einsätze der vergangenen Dekaden. Die seit 2018 laufende Mission in Bagdad zielt auf die Stärkung der irakischen Sicherheitsinstitutionen ab, um den Irak im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu unterstützen.

Durch die neuerliche Bindung der NATO an der Ostflanke geht es für die Allianz heute darum, welche Rolle sie in Zukunft in ihrer südlichen Nachbarschaft mit Blick auf fragile Staaten, Terrorismus, Kriege und Krisen spielen kann. Das Strategische Konzept der NATO von 2022 sieht – neben robusten Maßnahmen des Krisenmanagements – vor allem die gezielte zivil-militärische Unterstützung von Partnerstaaten vor, um die Resilienz dieser als strategisch wichtig eingeordneten Länder zu stärken. Anders als ihre Vorgängermission, die NATO Training Mission Iraq, oder die großen Einsätze der Allianz in Afghanistan, ist die NATO Mission Iraq eine reine Beratungsmission. Sie soll Antworten liefern auf die Herausforderungen, denen sich die NATO an der Südflanke gegenüber sieht, und dem 2015 selbst formulierten Anspruch einer Verteidigung auf Grundlage des 360-Grad-Ansatzes gerecht werden. Doch gelingt das im Irak und kann die Mission damit Vorbild sein für andere Einsatzländer?

NMI als Teil des 360-Grad-Ansatzes

Nach dem Abzug aus Afghanistan 2021 und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine seit 2022 hat sich der Fokus der Allianz deutlich von der Süd- an die Ostflanke verschoben. Diese Schwerpunktverlagerung ist richtig und wichtig. Gleichwohl ist es nicht im Interesse der NATO, ihre in den vergangenen beiden Dekaden erworbenen Fähigkeiten im Bereich von Krisenmanagement und Out-of-area-Einsätzen aufzugeben und die südliche Nachbarschaft zu vernachlässigen. So argumentiert beispielsweise Carlo Masala mit Blick auf deutsche Auslandseinsätze: „Die Gründe, aus denen Auslandseinsätze geboten sein können, sind nicht von heute auf morgen verschwunden, die Welt ist in dieser Hinsicht nicht plötzlich sicherer geworden. Wir kommen aus der Nummer nicht heraus, beides – Landes- und Bündnisverteidigung sowie Auslandseinsätze – in unser Sicherheitsdenken einfließen zu lassen.“¹ Dies lässt sich in seiner Gesamtheit auch auf die NATO übertragen.

Denn die Allianz verfolgt einen 360-Grad-Ansatz, der bereits im Juni 2015 beim Verteidigungsministertreffen in Brüssel verabschiedet wurde und den Anspruch beinhaltet, den Sicherheitsherausforderungen sowohl an der Ost- als auch an der Südflanke zu begegnen.² Klassische Bündnisverteidigung und Abschreckung sollen dabei einhergehen mit Out-of-area-Einsätzen, dem Kampf gegen den Terrorismus und internationalem Krisenmanagement. Gleichwohl hat die NATO durch den Fokus an der Ostflanke, der im

Juni 2022 durch das neue Strategische Konzept festgeschrieben wurde, ihre Ambitionen in der südlichen Nachbarschaft deutlich reduzieren müssen.

Um ihre Sicherheitsinteressen an der Südflanke dennoch durchsetzen zu können, hat sie das Konzept der „Stabilitätsprojektion“ entwickelt.³ Durch die Verbindung von Krisenmanagement-Einsätzen und dem Prinzip der kooperativen Sicherheit soll die südliche Nachbarschaft stabilisiert werden. Der Ansatz der Allianz sieht Kooperationen mit ausgewählten Partnerländern in der Region vor. Diese sollen in die Lage versetzt werden, ihre eigene Sicherheit zu garantieren und damit zur Stabilisierung ihrer Nachbarschaft beizutragen.⁴ Standen in der Vergangenheit entweder Ausbildungsmissionen auf taktisch-operativer Ebene wie die NATO Training Mission Iraq (NTM-I) und die Resolute Support Mission (RSM) in Afghanistan oder Kampfeinsätze wie die International Security Assistance Force (ISAF) im Vordergrund, so setzt die NATO heute im Irak mit NMI auf der strategischen Ebene mit Beratung an.

Nach dem offiziellen Abzug der US-Armee wurde der Irak 2011 Partner der NATO.

Die NATO Mission Iraq wurde im Juli 2018 auf dem NATO-Gipfel in Brüssel beschlossen und ab August 2018 in Bagdad aufgebaut. Ziel der Mission ist die Unterstützung des Irak beim Aufbau nachhaltiger, transparenter, inklusiver und effektiver Sicherheitsinstitutionen und -kräfte, die das Land stabilisieren, Terrorismus bekämpfen und einen Wiederaufstieg des Islamischen Staates verhindern können.⁵ Die Mission umfasst etwa 600 Soldaten – darunter 150 Berater – unter Einbeziehung sämtlicher NATO-Mitgliedstaaten und des NATO-Partners Australien.⁶ Auch die deutsche Bundeswehr ist mit etwa 45 Soldaten beteiligt. NMI befindet sich auf Anfrage und Einladung der irakischen Regierung im Land und berät das irakische Verteidigungsministerium, das irakische Innenministerium, das Büro

des Nationalen Sicherheitsberaters, das National Operations Center sowie die dem Verteidigungsministerium zugeordneten Truppschulen.⁷ Die Beratung konzentriert sich insbesondere auf die Bereiche Ausbildung, Personalwesen, Logistik und Standardisierung und zielt langfristig auf eine umfassende Reform des irakischen Sicherheitssektors ab.⁸ So beraten etwa deutsche Bundeswehroffiziere im Rahmen von NMI irakische Truppschulen bei der Ausrichtung der Ausbildung irakischer Soldaten.

In ihrer Form hebt sich die NATO Mission Iraq damit von ihrer Vorgängermission ab. Diese befand sich zwischen 2004 und 2011 im Land und trug als klassische Trainingsmission zur Ausbildung von etwa 5.000 irakischen Offizieren und 10.000 Polizisten bei. Im Vergleich zum weitaus größeren Engagement der USA und der Multi-National-Force Iraq spielte die NATO – anders als in Afghanistan – auch wegen der ablehnenden Haltung von Mitgliedstaaten wie Deutschland gegenüber dem Irakkrieg zu der Zeit aber immer eine untergeordnete Rolle. Nach dem offiziellen Abzug der US-Armee und dem Ende der Okkupation wurde der Irak 2011 offiziell Partner der NATO, was die Grundlage der heutigen NATO-Beratungsmission NMI bildet.

Anders als ISAF verfügt NMI über keinen Kampfauftrag und hat auch deutlich weniger Soldaten als die Resolute Support Mission in Afghanistan. Dadurch hat sie eine geringe öffentliche Sichtbarkeit, bietet wenig Angriffsfläche und ist flexibel einsetzbar. Die Beratungsleistung ist auf die militärische Kernexpertise der Allianz beschränkt und konkret definiert, sodass die Mission zielgerichtet und punktuell an den Stellen ansetzen kann, an denen die irakischen Sicherheitskräfte den größten Nachholbedarf haben.⁹ Darüber hinaus kombiniert die Mission militärische und zivile Elemente und orientiert sich stark an den Bedarfen der irakischen Seite. In Zeiten, in denen die Allianz an ihrer östlichen Flanke gebunden ist, stellt NMI somit den Versuch dar, mit niedrigem politischem Profil und geringen Mitteln effizient und effektiv dem Anspruch gerecht zu werden, Stabilität in die Nachbarschaft zu projizieren. Doch reicht dies angesichts

der großen Herausforderungen, denen der Irak gegenübersteht?

Die Herausforderungen im Irak

Im Nahen und Mittleren Osten und damit in der südlichen Nachbarschaft der NATO kommt dem Irak eine besondere geostrategische Bedeutung zu. Das Land ist mit etwa 40 Millionen Einwohnern bevölkerungsmäßig der drittgrößte Staat der arabischen Welt. Ob der Größe des Landes haben Entwicklungen im Irak Auswirkungen auf die gesamte Region. Das Land kann sowohl Stabilitätsanker als auch Unsicherheitsfaktor sein. Als Nachbarstaat der Türkei grenzt der Irak zudem direkt an die Allianz. Entsprechend groß

ist das Interesse an einem stabilen Irak mit enger Anbindung an die NATO – gerade vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise von 2015 und den Terroranschlägen von Al-Qaida und dem Islamischen Staat in Europa. Doch die Herausforderungen im Land sind groß und beispielhaft für die Unsicherheitsfaktoren an der Südflanke des Verteidigungsbündnisses. Drei dieser Herausforderungen stehen aus sicherheitspolitischer Sicht im Fokus:

1. die schwache Staatlichkeit des Irak;
2. die Persistenz des Islamischen Staates im Land;
3. die Einflussnahme externer Akteure, insbesondere des Iran.



Gährende Leere: Nach dem Sturz Saddam Husseins lösten die US-geführten Truppen dessen Sicherheitsapparat weitgehend auf – und schufen so zunächst ein Sicherheitsvakuum. Im Bild der Firdaus-Platz im Herzen Bagdads mit dem Sockel, der bis 2003 eine Statue des irakischen Diktators trug. Foto: © Mohammed Jalil, dpa, picture alliance.

Der Irak ist auch 20 Jahre nach der US-geführten Invasion von 2003 ein fragiler Staat und zeichnet sich durch ein geringes Maß an Staatlichkeit aus. Zwar hat sich das Land in den vergangenen Jahren stabilisiert; es belegt im Fragile States Index aber auch heute noch einen der hinteren Plätze.¹⁰ Als *failing state* hat sich der Irak seit 2003 zudem immer wieder durch Phasen vollständigen Staatsversagens ausgezeichnet.¹¹ Die Demokratie im Irak ist jung und weiterhin nicht gefestigt. Die staatlichen Institutionen sind schwach und von Korruption und Nepotismus gezeichnet. Auch die ethnisch-konfessionelle Fragmentierung des politischen Systems hat zur staatlichen Fragilität beigetragen.

Ausdruck der eingeschränkten Staatlichkeit des Irak waren in den vergangenen Jahren schwache staatliche Sicherheitsinstitutionen. Der Staat hat zwar heute erstmals seit 2014 wieder Kontrolle über sein gesamtes Staatsgebiet. Das ist ein merklicher Fortschritt. Dennoch bleibt die langfristige Stärkung von Armee und Polizei eine der großen Herausforderungen mit Blick auf die sicherheitspolitische Lage. Daneben existiert mit den sogenannten Volksmobilisierungskräften eine umfangreiche Milizstruktur, die zwar nominell unter dem Befehl Bagdads steht, de facto aber nicht vollständig in den Sicherheitssektor integriert ist und sowohl durch externe Akteure wie den Iran als auch lokale politische und religiöse Führungspersonlichkeiten kontrolliert wird. Diese Milizen haben ein ambivalentes Verhältnis zum Staat. Während sie ihn teilweise stützen – etwa im Kampf gegen den Islamischen Staat –, stehen sie andererseits oftmals in einem Konkurrenzverhältnis zu ihm und bilden eine eigene Parallelstruktur.

Durch die schwache Staatlichkeit des Irak ist in den vergangenen Jahren ein Vakuum in der Region entstanden, das andere Akteure gezielt ausgenutzt haben. Die Schwäche der irakischen Sicherheitskräfte erlaubte so – im Zusammenspiel mit der Lage im gleichzeitig durch den Bürgerkrieg gezeichneten Syrien – den Aufstieg des Islamischen Staates ab 2013. Der IS ist im Kern eine irakische Terrororganisation und kontrollierte zwischen 2014 und 2016 etwa ein

Drittel des irakischen Staatsgebietes inklusive der Millionenmetropole Mossul. Auch wenn das territoriale Kalifat des IS mit Unterstützung der Internationalen Koalition gegen den IS, einem Zusammenschluss von 86 Partnern, darunter auch Deutschland, zerschlagen werden konnte, so ist die Organisation nicht verschwunden.

Aktuell gelingt es, den militärischen Druck auf den IS hochzuhalten.

Dem IS ist die Rückverwandlung zu einer mit asymmetrischen Mitteln, aus dem Untergrund agierenden Aufstandsbewegung gelungen, die weiterhin über Strukturen und Zellen im Irak verfügt und regelmäßig Angriffe auf irakische und irakisch-kurdische Sicherheitskräfte verübt. Ihre Operationsräume liegen im Zentralirak südlich der Stadt Kirkuk und in den schwer zu kontrollierenden Wüstengebieten an der irakisch-syrischen Grenze. Aktuell gelingt es den irakischen und internationalen Kräften, den militärischen Druck auf den IS hochzuhalten und den Radius der Organisation zu begrenzen, sodass sie nicht in der Lage ist, größere und komplexere Anschläge durchzuführen. Sollte dieser Verfolgungsdruck aber nachlassen, könnte dies zu einem Wiedererstarken der Organisation führen, die nach wie vor auch für Europa eine konkrete terroristische Gefahr darstellt.

Neben dem Aufstieg des IS hat die schwache Staatlichkeit zudem die Einflussnahme externer Akteure im Irak gefördert. So ist der Irak seit 2003 zum Austragungsort geo- und regionalpolitischer Machtkämpfe geworden. In erster Linie betrifft dies die Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und den USA im Nahen und Mittleren Osten. Der Irak ist ein wesentlicher Bestandteil der Strategie Teherans, durch die Schaffung einer schiitischen Achse vom Mittelmeer bis nach Zentralasien die geostrategische Position zu konsolidieren sowie die Stellung im internationalen System durch den Aufbau einer militärischen Drohkulisse auszubauen. Durch

den gezielten Auf- und Ausbau von Milizen ist es dem Iran gelungen, zum wichtigsten externen Akteur im Land zu avancieren.

Dem gegenüber stehen die USA, der zweite wichtige Akteur im Irak, dessen Politik auf die Einhegung und Isolierung des Iran abzielt. Der Irak oszilliert zwischen diesen beiden Polen, wobei beide Seiten versuchen, ihre Interessen im Land

durchzusetzen. Wie unter einem Brennglas ist diese Konfrontation seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 auch im Irak schrittweise eskaliert. So haben Iran-nahe Milizen seit Mitte Oktober 2023 mehr als 150 Angriffe auf US-Stellungen in Syrien und im Irak ausgeführt. Die USA, die weiterhin 2.500 US-Soldaten im Irak stationiert haben, haben ihrerseits mit Vergeltungsschlägen auf diese Milizen reagiert.



Beschlagnahmte Waffen des IS: Die islamistische Terrororganisation konnte in den vergangenen Jahren im Irak deutlich geschwächt werden. Verschwunden ist sie allerdings längst nicht. Foto: © Hadi Mizban, AP, picture alliance.

Auch auf globaler Ebene wird der Irak zunehmend zum Spielball geopolitischer Interessenpolitik. So versuchen insbesondere China und Russland – teils im Schulterschluss mit dem Iran – ihren Einfluss im Irak auf Kosten der USA und deren Verbündeten auszuweiten. Während seines Besuchs im Oktober 2023 in Moskau äußerte der irakische Ministerpräsident Mohammed Shia al-Sudani am Rande eines Gesprächs

mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Interesse, dem BRICS-Format beizutreten.¹² Das wäre für den Irak, der unter der aktuellen Regierung einen neutralen außenpolitischen Kurs verfolgt, eine Abkehr vom „Westen“ und eine Hinwendung zum „Osten“ und würde die Anbindungsversuche an die USA und Europa deutlich unterminieren.

Die NATO Mission Iraq verfügt bei den irakischen Entscheidungsträgern über großes Ansehen.

Schwierige Aufgaben und erste Erfolge

Die NATO Mission Iraq agiert mit Blick auf die drei Herausforderungen – die schwache Staatlichkeit, die Persistenz des IS und die externe Einflussnahme, insbesondere durch den Iran – in einem äußerst volatilen Umfeld. Verschärft wird dies seit Dezember 2023 durch eine neuerliche Diskussion im Land über ein Ende der Präsenz der Internationalen Koalition gegen den IS und den Abzug der US-Truppen aus dem Irak, die über Stützpunkte in der Region Kurdistan-Irak und im Zentralirak verfügen.

Iran-nahe Akteure im Land, die insbesondere dem schiitisch-arabischen Spektrum zugeordnet werden können, fordern traditionell den Rückzug Washingtons, um die Position Teherans zu stärken. Durch die wiederholten US-Militärschläge auf irakischem Staatsgebiet gegen schiitische Milizen haben diese Stimmen neuen Auftrieb erhalten. Die irakische Regierung hat sich bislang zurückhaltend positioniert. Doch auch hier gibt es Bestrebungen, die Kampfeinsätze ausländischer Truppen im Irak zu beenden. Hintergrund sind dabei vor allem Reputationsüberlegungen: Der Irak soll unter Beweis stellen, dass er ein „normales“ und sicheres Land ist, das im Kampf gegen den IS nicht mehr auf externe militärische Unterstützung angewiesen ist.



Die Standards der NATO gelten auch im Irak als die höchsten und besten.

Die NATO und NMI sind bislang nicht zum Ziel der Abzugsforderungen geworden. Mit Blick auf die Frage, wie erfolgreich NMI hinsichtlich der Herausforderungen im Irak und der sicherheitspolitischen Interessen der NATO in der südlichen Nachbarschaft ist, ist dies aufschlussreich. Erstens lässt sich festhalten, dass die Mission bei den irakischen Entscheidungsträgern über großes Ansehen verfügt. Geschätzt wird insbesondere die Expertise der Allianz. Die Standards der NATO gelten auch im Irak als die höchsten und besten. Die Regierung in Bagdad möchte, dass die irakischen Sicherheitskräfte hiervon weiterhin profitieren. So wurde NMI bereits 2021 ob der großen Nachfrage von irakischer Seite personell deutlich aufgestockt und die Beratung im Sommer 2023 auf Bitten der irakischen Regierung auch auf das Innenministerium ausgeweitet. Das macht unter praktischen Gesichtspunkten Sinn – die paramilitärische Federal Police, vergleichbar mit den italienischen Carabinieri oder der französischen Gendarmerie, hat gerade im Kampf gegen den IS immer wieder militärische Aufgaben wahrgenommen –, zeigt aber gleichzeitig auch das Vertrauen, das sich in den vergangenen fünf Jahren von irakischer Seite in NMI entwickelt hat. Zweitens kommt NMI zugute, dass sie nur über einen Beratungsauftrag, nicht aber über einen Kampfauftrag verfügt und die Mission nicht als US-dominiert wahrgenommen wird.

Gleichzeitig ist klar, dass NMI die Herausforderungen des Irak nicht allein lösen kann. Dafür sind diese zu groß und vielschichtig. Die Reform des irakischen Sicherheitssektors ist eine Mammutaufgabe und politisch schwer umsetzbar, da hier eine Vielzahl an Vetospielern involviert ist. Dennoch ist das Mandat von NMI mit Blick auf die Herausforderungen im Irak richtig angelegt. Es zielt explizit auf die Stärkung von staatlichen Strukturen ab. Die NATO arbeitet in diesem Bereich auch mit der zivilen European Union

Advisory Mission in Iraq (EUAM Iraq), die bereits seit 2017 im Land ist, und dem United Nations Development Programme (UNDP) zusammen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Mission fünf Jahre nach ihrem Beginn erste Erfolge zeigt. Die praktische Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte, die an bestehenden Strukturen andockt, hat dazu geführt, dass sich diese in den vergangenen Jahren deutlich stabilisiert haben. Anders als in Afghanistan verfügt der Irak traditionell über starke staatliche Sicherheitsorgane. Noch in den 1980er-Jahren galt die irakische Armee als eine der stärksten in der Region. Gleichwohl haben die Konflikte der vergangenen Dekaden und insbesondere die vollständige Auflösung der Armee nach 2003 durch die Koalitions-Übergangsverwaltung die irakischen Sicherheitskräfte stark gezeichnet. Der partielle Zusammenbruch der irakischen Armee im Kampf gegen den IS im Sommer 2014 in Mossul stellte den Tiefpunkt in der jüngeren Geschichte des Irak dar und zeugte von der Schwäche des irakischen Sicherheitssektors, der Mitte der 2010er-Jahre durch Missmanagement und Korruption zerrüttet war.

Seitdem haben sich die Sicherheitskräfte des Irak – auch im Zuge der Wiedereroberung des vom IS ursprünglich besetzten Gebietes und dank internationaler Unterstützung – wieder gefestigt. Vertreter von NMI bescheinigen der irakischen Armee heute einen grundsätzlich guten Ausrüstungs- und Ausbildungsstand auf taktisch-operativer Ebene. Woran es fehlt, sind die Organisation und langfristige Ausrichtung der Sicherheitskräfte in Friedenszeiten. Gerade hier setzt NMI – anders als beispielsweise die Internationale Koalition gegen den IS – auf strategischer Ebene an. Dadurch wird sichergestellt, dass mit geringerem Personaleinsatz ein potenziell größerer Effekt erzielt werden kann. Es ist damit auch das Verdienst von NMI, dass sich laut Fragile States Index die Staatlichkeit des Irak seit 2017 – gerade im Bereich der Sicherheitskräfte – verbessert hat.

Gleichzeitig ist Realismus gefragt, denn NMI sieht sich drei strategischen und einer operativen

Herausforderung gegenüber. Erstens bleibt die Reform der Sicherheitskräfte Aufgabe der irakischen Regierung. Dies bringt zum einen den Vorteil, dass es ein klares *Ownership*-Verhältnis gibt; gleichzeitig ist NMI dadurch aber auch vom politischen Willen in Bagdad abhängig. Der Irak hat sich zwar seit Antritt der Regierung von Ministerpräsident Mohammed Shia al-Sudani im Oktober 2022 politisch stabilisiert. Gleichwohl bleibt die Lage fragil und das Land politisch zerrüttet. Im komplizierten politischen Kontext des Irak ist das Navigieren für alle internationalen Akteure eine Herausforderung.

Zweitens – und damit zusammenhängend – zielt NMI auf die Etablierung von staatlichen Strukturen ab, die gerade vom Iran durch die Durchdringung des Sicherheitssektors mit Iran-nahen Milizen und den Aufbau von Parallelstrukturen immer wieder unterminiert werden. Teheran hat kein Interesse an einer nachhaltigen Sicherheitssektorreform und – vor dem Hintergrund des Iran-Irak-Kriegs in den 1980er-Jahren – starken regulären irakischen Sicherheitskräften. Der Erfolg der Mission ist damit nicht nur vom Willen der irakischen Regierung, sondern indirekt auch von der Kooperationsbereitschaft des Iran abhängig, was den Wirkungskreis der Mission einschränkt.

Drittens ist NMI bislang nur auf die Kräfte der irakischen Zentralregierung beschränkt. Die Reform der irakisch-kurdischen Peschmerga unterliegt der Internationalen Koalition gegen den IS und stagniert aufgrund von innerkurdischen Verwerfungen seit Jahren.¹³ Dies schränkt auch den langfristigen Erfolg von NMI ein.

Viertens bringt die kurze Stehzeit der NATO-Berater vor Ort in Bagdad, die in der Regel sechs Monate beträgt, deutliche operative Herausforderungen mit sich. Der Erfolg der Mission ist in einer Region, in der persönliche Beziehungen eine maßgebliche Rolle spielen, in vielerlei Hinsicht vom Vertrauen zwischen Beratern und den Vertretern der irakischen Sicherheitskräfte abhängig. Kurze Stehzeiten erschweren die Nachhaltigkeit dieser Beziehung und des Beratungserfolgs an sich.¹⁴

Insgesamt hat NMI im Irak eine Lücke geschlossen, die zwischen der Ausbildung der irakischen und irakisch-kurdischen Sicherheitskräfte auf taktisch-operativer Ebene durch die Internationale Koalition gegen den IS und der politisch-administrativen Ebene der Unterstützung der umfassenden Sicherheitssektorreform durch EU und UNDP bestanden hatte. Die NATO bringt wichtige Fähigkeiten ein, den irakischen Staat weiter zu stabilisieren. Klar ist aber auch, dass die Erfolge im Kampf gegen den IS maßgeblich auf die militärische Unterstützung der USA im Rahmen der Internationalen Koalition gegen den IS zurückzuführen sind. NMI wird die Lücke, die nach einem Abzug der USA aus dem Irak entstehen würde, schon per Mandat nicht schließen können, sondern kann durch ihren Beratungsauftrag immer nur ein ergänzendes Instrument darstellen. In diesem Zusammenhang bleibt auch abzuwarten, inwiefern ein möglicher Abzug der Internationalen Koalition gegen den IS – auf die sich auch die NATO zumindest in Teilen logistisch stützt – Auswirkungen auf NMI haben wird.

Das Konzept einer flexiblen Beratungsmission hat sich bislang bewährt.

Aus politischer Sicht stärkt NMI die Präsenz des Westens im Irak und sichert wichtige Informationszugänge. Damit stellt sie auf der Ebene der politischen Eliten einen bedeutenden Bestandteil der Beziehung zwischen den westlichen Staaten und dem Irak dar. Gelingt es, mithilfe von NMI die staatliche Autorität im Land weiter zu festigen, so wird auch das Vakuum im Irak, das die Persistenz des IS sowie externe Einflussnahme ermöglicht, schwinden und damit die Souveränität des Landes insgesamt gestärkt. Die Erfolge von NMI in den vergangenen Jahren machen hier Mut.

NMI als Vorbild für weitere Missionen in der südlichen Nachbarschaft?

Zum 75. Jubiläum der NATO liegt der Fokus wieder auf der Bedrohung, gegen die das Vertei-

digungsbündnis einst gegründet worden ist: einem Angriff an der östlichen Flanke durch Russland. Abschreckung und konventionelle Bündnisverteidigung sind die Gebote der Stunde. Gleichwohl muss es die NATO schaffen, ihre in den vergangenen zwei Dekaden aufgebaute Expertise im Krisenmanagement und bei Out-of-area-Einsätzen zu erhalten und auch die südliche Flanke nicht aus den Augen zu verlieren. Bei begrenzten Ressourcen wird es für das Bündnis eine große Herausforderung sein, dem eigenen Anspruch einer Verteidigung auf Grundlage eines 360-Grad-Ansatzes gerecht zu werden – zumal mit dem Indopazifik in Zukunft wohl noch ein dritter Schauplatz hinzukommen dürfte.

Die NATO Mission Iraq zeigt einen Weg auf, wie die NATO in Zukunft zur Stabilisierung der südlichen Nachbarschaft beitragen kann. Die Erfahrungen im Irak sind positiv und können als Vorbild für ähnliche Missionen der NATO in anderen Teilen des Nahen und Mittleren Ostens, Nordafrikas und der Sahelzone dienen. Das Konzept einer kleinen, flexiblen Beratungsmission mit niedrigem politischem Profil und geringer Angriffsfläche, eng definiertem Mandat sowie der Konzentration auf die Kernkompetenzen der NATO und den Bedarf des Einsatzlandes hat sich bislang in Zusammenarbeit mit dem NATO-Partner Irak bewährt. Dieser Ansatz bietet der Allianz die Möglichkeit, im Konzert mit anderen Akteuren den vielschichtigen Bedrohungen an der südlichen Flanke entgegenzutreten und strategisch wichtige Staaten gezielt zu unterstützen – bei allem Realismus, was die Komplexität und Größe der Herausforderungen in diesen Ländern angeht.

Die Beschränkung auf ein Beratungsmandat macht die NATO ihrerseits für Partner interessant und erlaubt es der Allianz, wichtige Informationszugänge und Sichtbarkeit als Teil eines breiteren Ansatzes des Westens im „Globalen Süden“ zu sichern. Aus deutscher Perspektive wiederum bieten Missionen wie die im Irak einen Weg, mit vergleichsweise geringem Aufwand zur Lastenteilung innerhalb der NATO beizutragen und damit auch das transatlantische Verhältnis positiv zu beeinflussen.

Gerade Staaten in West- und Ostafrika könnten sich in Zukunft aufgrund der zunehmenden Ausbreitung von Terrororganisationen für ähnliche Missionen anbieten. Voraussetzungen sind der politische Wille dieser Partner und ein klares *Ownership* der Staaten. Vonseiten der NATO wiederum ist entscheidend, ein gleichberechtigtes Partnerschaftsverhältnis aufzubauen. Zudem sollte nicht der Anspruch entstehen, durch Beratungsleistungen politische Probleme zu lösen. Einsätze wie die NATO Mission Iraq können immer nur Teil eines größeren Ansatzes sein. Gleichwohl stellen sie ein Instrument dar, auf das die westliche Staatengemeinschaft im 75. Jahr des Bestehens der NATO verstärkt zurückgreifen sollte.

Lucas Lamberty leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung im Irak.

- 1 Masala, Carlo 2023: Bedingt abwehrbereit – Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende, München, S. 40 f.
- 2 NATO 2015: Statement by NATO Defence Ministers, 25.06.2015, in: <https://ogy.de/5f86> [05.01.2024].
- 3 Berti, Benedetta / Diaz-Plaja, Ruben-Erik 2018: Two Ages of NATO Efforts to Project Stability – Change and Continuity, in: Hope, Ian (Hrsg.): Projecting Stability: Elixir or Snake Oil?, NDC Research Paper 1, 12/2018, S. 19–28, hier: S. 20, in: <https://ogy.de/c9n4> [05.03.2024].
- 4 Tardy, Thierry 2022: NATO's Sub-strategic Role in the Middle East and North Africa, German Marshall Fund of the United States, 11.02.2022, in: <https://ogy.de/l5zn> [05.01.2024].
- 5 NATO 2023: NATO Mission Iraq (NMI), 05/2023, in: <https://ogy.de/cdzi> [05.01.2024].
- 6 Dresen, Robert 2023: NATO's Strategic Concept from theory to practice: NATO Mission Iraq, NDC Policy Brief 6, 04/2023, S. 2, in: <https://ogy.de/8x8v> [05.03.2024].
- 7 NATO 2023, N. 5.
- 8 Dresen 2023, N. 6, S. 3.
- 9 Ebd.
- 10 Im aktuellen Fragile States Index belegt der Irak Platz 27 von 179. The Fund for Peace 2023: Fragile States Index Annual Report 2023, in: <https://ogy.de/i6cm> [05.01.2024].
- 11 Mühlberger, Wolfgang 2022: Iraks Suche nach dem Gesellschaftsvertrag. Ein Ansatz zur Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts und staatlicher Resilienz, IDOS Discussion Paper 13/2022, German Institute of Development and Sustainability (IDOS), in: <https://ogy.de/5tva> [05.01.2024].
- 12 Salem, Amr 2023: Iraq expresses interest in joining BRICS, Iraqi News, 11.10.2023, in: <https://ogy.de/afem> [05.01.2024].
- 13 Chalak, Chenar 2023: Outgoing coalition commander says lack of Peshmerga minister has stalled reforms, Rudaw, 20.08.2023, in: <https://ogy.de/j6cv> [05.01.2024].
- 14 Dresen 2023, N. 6, S. 4.



[NATO. Die unverzichtbare Allianz](#)

Eine Sicherheitspartnerschaft mit Substanz

Kolumbien als globaler Partner der NATO

Stefan Reith

40
JAHRE
Ai

Dass Kolumbien ein globaler Partner der NATO ist, weiß in Europa außerhalb der Fachcommunity wahrscheinlich kaum jemand. Dabei nimmt das Land unter den globalen NATO-Partnern sogar eine Pionierstellung ein. Die Zusammenarbeit bringt beiden Seiten konkreten Nutzen – so konkret, dass die Partnerschaft auch die antiwestliche Rhetorik von Präsident Gustavo Petro gut zu überstehen scheint.

Seit 2017 gehört Kolumbien als einziges Land Lateinamerikas zum exklusiven Kreis der globalen Partner der NATO. Die Aufnahme Kolumbiens und weiterer globaler Partner wurde möglich durch die Annahme des Strategischen Konzepts auf dem Gipfel in Lissabon 2010, auf dem die Allianz neue Bedrohungen der internationalen Sicherheit definierte und sich zu ihrer Rolle als globaler Sicherheitsakteur bekannte. Dies ermöglichte neue Formen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Partnern weltweit über die eigentlichen Mitglieder und den ursprünglichen geografischen Rahmen des Verteidigungsbündnisses hinaus.

Etappen der Zusammenarbeit zwischen NATO und Kolumbien

Während ihres 75-jährigen Bestehens durchlief die NATO mehrere Phasen einer strategischen Weiterentwicklung.¹ Während der 1950er-Jahre hatte das Bündnis einen rein defensiven Charakter und diente der konventionellen kollektiven Verteidigung. Von den 1960er- bis Anfang der 1990er-Jahre entwickelte die Allianz Strategien, in deren Zentrum die nukleare Abschreckung des Warschauer Pakts stand. Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts rückte die Stabilisierung Mittel- und Osteuropas sowie die NATO-Erweiterung in den Vordergrund. Spätestens mit den verheerenden Terroranschlägen von Al-Qaida am 11. September 2001 und der erstmaligen Feststellung des Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrags rückten neue, nichtkonventionelle Bedrohungen wie der internationale Terrorismus in den Fokus der

Allianz. Wichtige Wegmarken waren danach das Strategische Konzept von Lissabon 2010 sowie die russische Annexion der Krim 2014, welche die Bündnisverteidigung wieder stärker in den Vordergrund rückte und die NATO-Partner dazu motivierte, ihre Verteidigungsausgaben signifikant zu erhöhen und das Zwei-Prozent-Ziel zu vereinbaren. Die russische Invasion der Ukraine seit Februar 2022 hat die Parameter weiter verschoben und zu einer militärischen Stärkung der NATO-Ostflanke sowie einer veränderten Risikoanalyse des Sicherheitsumfelds im neuen Strategischen Konzept von Madrid 2022 geführt.

Bereits mit dem Strategischen Konzept von Lissabon definierte sich die Allianz als globaler Sicherheitsakteur und öffnete sich für Sicherheitspartnerschaften über den Kreis der eigentlichen Mitglieder hinaus. Damit wurden die Grundlagen für die Entstehung eines weltweiten Partnernetzwerks mit regionalen Schlüsselakteuren geschaffen. Heute verfügt die NATO über verschiedene Partnerschaftsformate mit rund 40 Nichtmitgliedstaaten, darunter die „globalen Partner“ Afghanistan (aktuell suspendiert), Australien, Irak, Japan, Kolumbien, Südkorea, Mongolei, Neuseeland und Pakistan. Diese Partnerschaften sollen zu Frieden, Stabilität und Sicherheit in und außerhalb des eigentlichen NATO-Territoriums beitragen und fußen auf „gemeinsamen Werten, dem Prinzip der Reziprozität, einem gemeinsamen Nutzen und gegenseitigem Respekt“.² Jeder Partner entscheidet dabei in Abstimmung mit der NATO über Geschwindigkeit, Umfang und Schwerpunkte der Zusammenarbeit selbst und legt individuelle Ziele fest.

Traditionell ist Kolumbien einer der engsten Partner der USA auf dem südamerikanischen Kontinent. Im Rahmen des 1999 vereinbarten Plan Colombia leisteten die USA in den Folgejahren umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfen zur Stabilisierung des Landes, Bekämpfung des Drogenhandels und Professionalisierung von Militär und Polizei. Ohne diese Finanz- und Ausstattungshilfen und die damit einhergehenden Ausbildungsprogramme wäre die erfolgreiche militärische Zurückdrängung der FARC-Guerilla (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), die um die Jahrtausendwende noch große Teile des Landes kontrollierte und auf die Einnahme der Hauptstadt Bogotá abzielte, undenkbar gewesen.

2015 beteiligte sich Kolumbien erstmals an einer NATO-geführten Mission.

Am Rande der militärischen Niederlage und stark dezimiert ließen sich die FARC auf Friedensverhandlungen ein, die 2016 unter Präsident Juan Manuel Santos schließlich zur Unterzeichnung des Friedensvertrags und der Demobilisierung der FARC führten. Zwar existierten danach illegale bewaffnete Gruppen und Guerillas wie die ELN (Ejército de Liberación Nacional) und FARC-Dissidenten weiter, doch mit der Auflösung des militärisch bedeutendsten Akteurs des internen Konflikts in Kolumbien wurden militärische, politische und wirtschaftliche Kapazitäten frei. Diese nutzte Präsident Santos, um nach Dekaden der Konzentration auf die Bedrohung im Inneren die kolumbianischen Außenbeziehungen auszubauen und zu diversifizieren. In zeitlicher Nähe zur Aufnahme der globalen Partnerschaft mit der NATO trat Kolumbien als drittes lateinamerikanisches Land nach Mexiko und Chile der OECD bei. Ziel von Präsident Santos war es, Kolumbien zu einem aktiven Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu machen und in der Wertegemeinschaft der freien Demokratien zu verankern.

Die Ursprünge der Zusammenarbeit zwischen NATO und Kolumbien datieren allerdings weiter

zurück. Bereits 2013 unterzeichneten beide ein Abkommen, das die Geheimhaltung des Austausches klassifizierter und sicherheitsrelevanter Informationen garantieren sollte. Die Vereinbarung war zwar eher technischer Natur, jedoch eine wichtige Vorbedingung für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit. 2015 beteiligte sich Kolumbien erstmals erfolgreich an der NATO-geführten Mission Ocean Shield zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika und stellte damit den hohen Professionalisierungsgrad und die Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit nach NATO-Standards unter Beweis. 2017 unterzeichneten Kolumbien und die NATO ein individuelles Partnerschafts- und Kooperationsprogramm (Individual Partnership and Cooperation Programme, IPCP), welches 2019 aktualisiert wurde. Als Schwerpunkte der Zusammenarbeit wurden darin unter anderem Cybersicherheit, maritime Sicherheit, Kampf gegen den Terrorismus, Gender und Sicherheit, Minenräumung und die Stärkung der Kapazitäten und Fähigkeiten des kolumbianischen Militärs beschrieben. Bei einer Pressekonferenz mit Präsident Santos 2018 in Brüssel äußerte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zudem die Hoffnung, dass die kolumbianischen Erfahrungen einen Beitrag zum Friedens- und Aussöhnungsprozess in Afghanistan leisten könnten.³ Im Dezember 2021 vereinbarten die Partner eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit und unterzeichneten ein individuell zugeschnittenes Partnerschaftsprogramm (Individually Tailored Partnership Programme, ITPP).

Dabei handelt es sich um ein Abkommen mit Modellcharakter, da es das erste Abkommen dieser Art ist, das die NATO mit einem ihrer Partner abschließt. Das ITPP konkretisiert die Zusammenarbeit in mehreren Zielen: Dialog und Konsultationen, Terrorismusbekämpfung, Katastrophenbewältigung, Bildung und Ausbildung im Sicherheitsbereich, Stärkung von Integrität und Transparenz im Sicherheits- und Verteidigungssektor, Fähigkeitsentwicklung und Interoperabilität der Streitkräfte, Sprachkompetenz in den NATO-Sprachen für kolumbianische Militärangehörige, Sicherheitsdiplomatie, Cybersicherheit sowie Klimawandel und Sicherheit.⁴



Auf dem Papier liegt damit eine ambitionierte Agenda für die weitere Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und der NATO vor.

Gemeinsame Interessen und Ziele der Kooperation

Kolumbien und die NATO ziehen vielfältigen gemeinsamen Nutzen aus der globalen Partnerschaft. Für Kolumbien, das sich über Jahrzehnte auf den internen Konflikt und die Bekämpfung von Guerillabewegungen, Drogenkartellen und anderen schwer bewaffneten Gruppen der organisierten Kriminalität konzentrieren musste, bietet die Zusammenarbeit die Chance, den eigenen Militär- und Sicherheitsapparat

weiter zu professionalisieren und internationalen Standards anzupassen. Gemeinsame Übungen und Einsätze mit NATO-Streitkräften sowie der Zugang zur breiten Angebotspalette der NATO-Ausbildungszentren stärken die Kompetenzen und die Interoperabilität des kolumbianischen Militärs mit internationalen Partnern.

Dank der Kooperation mit der NATO konnte Kolumbien bereits Fortschritte beim Kampf gegen die chronische Korruption im Verteidigungs- und Sicherheitssektor vermelden. So wurden NATO-Standards und Kontrollmechanismen im Militär eingeführt für Transparenz bei der Auftragsvergabe und beim Kauf von Material und Ausstattung.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg (rechts) und der damalige kolumbianische Präsident Iván Duque 2018 in Brüssel: Kolumbien und die NATO ziehen vielfältigen gemeinsamen Nutzen aus der Zusammenarbeit.

Foto: © Dursun Aydemir, AA, picture alliance.

Die gemeinsamen Ausbildungsprogramme zum Thema Menschenrechte und menschliche Sicherheit sind ebenfalls von essenzieller Bedeutung, um Professionalität und Integrität der kolumbianischen Streitkräfte zu stärken. Denn im internen Konflikt hatten sich Militärangehörige schwerer Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht, indem sie Massaker von paramilitärischen Gruppen an der Zivilbevölkerung tolerierten oder gar koordinierten und Zivilisten ermordeten, um sie danach als im Kampf getötete Guerilleros auszugeben. Diese Verbrechen werden derzeit von der im Friedensvertrag mit den FARC vereinbarten Übergangsjustiz aufgeklärt und aufgearbeitet. Die Ausbildungskurse mit der NATO tragen dazu bei, dass der Respekt für die Menschenrechte und der Schutz der Zivilbevölkerung Teil der DNA des kolumbianischen Militärs werden und für die Zukunft garantiert sind.

Kolumbien ist nicht nur Profiteur der Partnerschaft, sondern bringt in die NATO auch Fähigkeiten ein.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Faktor sind die Programme zur Förderung der Zweisprachigkeit Englisch und Spanisch für Führungspersonal, eine Grundbedingung für die effektive Zusammenarbeit in internationalen Missionen. Beim Thema Cybersicherheit – ein angesichts zunehmender Cyberangriffe auch in Kolumbien immer wichtiger werdendes Thema für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik – kann das Land von der Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten profitieren, da die diesbezüglichen Erfahrungen und Kapazitäten in Kolumbien bislang noch unzureichend sind. Auch beim Thema Gender und Sicherheit, insbesondere der Integration von Frauen in Führungspositionen von Militär und Polizei, hat Kolumbien noch erheblichen Nachholbedarf, der durch die Einführung von NATO-Standards behoben werden soll.

Mit Blick auf Umwelt, Klimawandel und Sicherheit profitieren beide Seiten. Kolumbien hat den

Themenkomplex als wichtig für die nationale Sicherheit definiert und unter Präsident Iván Duque (2018-2022) die Militäroperation Artemisa ins Leben gerufen, um gegen die illegale Rodung des Regenwalds vorzugehen und die weitläufigen Nationalparks zu schützen. 23.000 Soldaten und Polizisten wurden eingesetzt, um 200.000 Hektar Wald zu schützen. Die Ergebnisse sind durchwachsen, bilden aber eine wichtige Informationsgrundlage für die künftige Zusammenarbeit im Bereich Umwelt und Sicherheit. Präsident Gustavo Petro hat seit seinem Amtsantritt im August 2022 den Schutz des Amazonasregenwaldes zu einem Kernthema seiner Agenda gemacht und schlug im August 2023 auf dem Amazonasgipfel im brasilianischen Belém gar die Gründung einer „Amazonas-NATO“ vor, ein Abkommen zur militärischen und justiziellen Zusammenarbeit der Amazonasanrainerstaaten, um gegen die illegale Waldrodung vorzugehen.⁵

Kolumbien ist nicht einseitiger Profiteur der Partnerschaft, sondern bringt auch wichtiges Wissen und Fähigkeiten in die NATO ein, die in den Mitgliedsländern nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden können. Dazu zählen jahrzehntelange Erfahrungen in irregulären oder asymmetrischen Konflikten, die dabei erworbenen Kenntnisse und ein hohes Maß an Professionalisierung, insbesondere bei den Spezial- und Kommandokräften.

Die Ausschaltung einzelner Führungspersonlichkeiten war ein wichtiger Faktor bei der erfolgreichen Bekämpfung der FARC. Die Strategie, Personen von hohem operativem Wert aufzuklären und gezielt zu eliminieren, wurde unter Präsident Duque auch bei der Bekämpfung von FARC-Dissidenten und anderen illegalen, bewaffneten Gruppen erfolgreich fortgesetzt. Die hohe Qualität der Spezialkräfte wird auch im regionalen Vergleich sichtbar. Seit 2006 haben die kolumbianischen Spezialkräfte die amerikanischen Wettkämpfe der Kommandokräfte zwölfmal für sich entschieden und gelten damit als die besten des Kontinents.⁶ Die Fähigkeiten der kolumbianischen Spezialkräfte und die Erfahrungen im Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und organisiertes

Verbrechen sind für die NATO-Mitgliedstaaten angesichts der im neuen Strategischen Konzept von 2022 genannten Herausforderungen bei der Terrorismusbekämpfung⁷ von großem Interesse.

Viel Erfahrung besitzt Kolumbien auch bei der humanitären und militärischen Räumung von Minen. Das kolumbianische Ausbildungszentrum CIDES (Centro Internacional de Desminado) wurde 2019 als 33. Mitglied in das PTEC-Netzwerk (Partnership Training and Education Centres) der NATO aufgenommen und hat seitdem mehrere Ausbildungskurse für NATO-Personal erfolgreich durchgeführt. Kolumbianische Experten haben zudem ukrainische Soldaten im Aufspüren und in der Entschärfung von Minen ausgebildet, um den Kampf der Ukraine gegen die russischen Invasoren zu unterstützen.

Jenseits militärischer Auseinandersetzungen haben die kolumbianischen Streitkräfte auch im Friedensprozess mit der FARC-Guerilla wichtige Erfahrungen gewonnen, die sie in das NATO-Netzwerk einbringen können. So spielten die Militärs eine zentrale Rolle sowohl am Verhandlungstisch als auch bei den anschließenden Etappen der Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration der ehemaligen FARC-Kombattanten.⁸ Diese Expertise ist mit Blick auf andere Postkonflikt-Szenarien und künftige Stabilisierungs- und friedenserhaltende Missionen von großem Interesse für die NATO-Partner.

Perspektiven der Partnerschaft nach dem Regierungswechsel 2022

Seit August 2022 wird das traditionell konservativ regierte Kolumbien erstmals von einem dezidiert linken Präsidenten geführt. Präsident Gustavo Petro, ehemaliges Mitglied der 1990 demobilisierten M-19-Guerilla, ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá und langjähriger Senator, hatte von der Oppositionsbank die Vorgängerregierungen wegen der Annäherung an die NATO und der engen Partnerschaft mit den USA stets scharf kritisiert. Auch nach seinem Amtsantritt setzte er die rhetorischen Angriffe auf die NATO und die USA fort und bediente damit ein klassisches Narrativ der

lateinamerikanischen Linken, wonach der imperiale Norden in kolonialer Tradition den Globalen Süden systematisch unterdrücke und ausbeute. Seitdem lässt sich ein Richtungswechsel in der kolumbianischen Außenpolitik erkennen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit Staaten des Globalen Südens zu stärken. Die Regierung Petro zeigt dabei wenig Berührungängste mit Diktaturen oder autoritären Regimen.

Die antiimperialistische Rhetorik Petros zielt darauf ab, die eigenen Anhänger zufriedenzustellen.

Besonders deutlich wird dies in der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und dem herzlichen Umgangston mit dem Regime Maduro in Venezuela. Den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Präsident Petro im Gegensatz zu seinem Vorgänger Duque bis heute mit keiner Silbe verurteilt und sich stattdessen darauf beschränkt, beide Seiten zum Frieden aufzurufen. Gleiches gilt für den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und die israelische Reaktion. Ganz in der Tradition seiner ehemaligen Guerrillagruppe M-19, die in den 1980er-Jahren einen Bombenanschlag auf die israelische Botschaft in Bogotá verübt hatte, legitimierte er wiederholt den „Befreiungskampf des palästinensischen Volkes“ und sieht Israel in der Rolle des Aggressors.

Während Präsident Duque im Rahmen seines Besuchs im NATO-Hauptquartier in Brüssel im Februar 2022, nur wenige Tage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg die vertiefte russisch-chinesische Zusammenarbeit und ihre Unterstützung für die Diktatur in Venezuela kritisch reflektierte,⁹ ist ein solches Gespräch unter der aktuellen Präsidentschaft undenkbar. In seiner viel beachteten ersten Rede als kolumbianischer Präsident vor der UN-Vollversammlung im September 2022 äußerte Petro: „Wozu Krieg, wenn wir die menschliche Spezies retten müssen?“

Welchen Nutzen haben NATO und Imperien, wenn das Ende der Intelligenz bevorsteht?“¹⁰

Politische Beobachter weisen allerdings darauf hin, dass die scharfe antiimperialistische Rhetorik des Präsidenten eher darauf abzielt, die eigenen Anhänger sowie linke Parteien und politische Kräfte zu Hause zufriedenzustellen, als dass damit konkrete Überlegungen zu einer Beendigung der Partnerschaft mit der NATO verbunden wären. Ganz im Gegenteil, nach

seiner Rede vor den UN traf Präsident Petro in New York mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg zusammen. Über den Inhalt des Treffens wurde nichts bekannt. Und während Stimmen aus Petros heimischem Unterstützungslager dem Präsidenten Doppelzüngigkeit und Inkohärenz vorwerfen und vehement das Ende der Zusammenarbeit mit der NATO fordern, verläuft die praktische Umsetzung der vereinbarten Kooperation, wie aus Militärkreisen bestätigt wird, weiterhin reibungslos.



Keine Berührungsängste mit Diktatoren: Kolumbiens aktueller Präsident Gustavo Petro (links) sucht nach Jahren der diplomatischen Eiszeit die Annäherung an das linksautokratische Maduro-Regime in Venezuela. Obwohl er dessen antiwestliche Rhetorik teilt, hat Petro in der Praxis die Zusammenarbeit mit der NATO bislang nicht angetastet. Foto: © Ariana Cubillos, AP, picture alliance.

So fand im Mai 2023 das 22. Jahrestreffen der PTEC-NATO-Ausbildungszentren in Bogotá statt. Im Rahmen des Treffens wurde unter anderem vereinbart, die Ukraine bei der militärischen Ausbildung, insbesondere im Bereich der Abwehr von Cyberattacken, Energiesicherheit und Minenräumung, zu unterstützen. Im September besuchte der Generalslehrgang der kolumbianischen Militärakademie routinemäßig das NATO-Hauptquartier, um sich umfassend über aktuelle sicherheitspolitische Fragen, den Krieg in der Ukraine, die Rolle der NATO und das neue Strategische Konzept auszutauschen. Ebenfalls im September stattete der kolumbianische Verteidigungsminister Iván Velásquez Gómez der NATO in Brüssel einen Besuch ab und tauschte sich mit dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär Mircea Geoană über Stand und Perspektiven der vereinbarten Zusammenarbeit aus.¹¹

Ein Rückzug Kolumbiens aus den NATO-Netzwerken gilt kurz- bis mittelfristig als höchst unwahrscheinlich.

Zum Unmut der linken Anhängerschaft des Präsidenten in Kolumbien und zur Überraschung manchen linkspopulistischen Politikers der Region enthalten die Leitlinien zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Regierung Petro ein deutliches Bekenntnis zur weiteren Zusammenarbeit und dem Ausbau der Beziehungen mit der NATO. So verfolgt die Regierung die Strategie, die internationale Agenda des Sicherheits- und Verteidigungssektors voranzutreiben und in diesem Rahmen die Zusammenarbeit mit der NATO zu festigen, insbesondere in den Bereichen Cybersicherheit, Klimawandel, Menschenrechte und Stärkung der Integrität des Militärs. Zudem will die Regierung die Fähigkeiten des eigenen Militärs weiter stärken und dabei auf das Ausbildungs- und Trainingsangebot der NATO zurückgreifen und sich an gemeinsamen Übungen beteiligen.¹² Die irritierende, von anti-imperialistischen Thesen geprägte Rhetorik des

aktuellen kolumbianischen Präsidenten steht damit im Gegensatz zur bislang harmonischen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und der NATO und den eigenen sicherheitspolitischen Leitlinien.

Politische Beobachter sehen Präsident Petro in einem Dilemma. Einerseits muss er als erster linker Präsident Kolumbiens die Erwartungen seiner Wähler und Anhänger bedienen, andererseits weiß er als Realpolitiker um die enorme Bedeutung, die die globale Partnerschaft mit der NATO für Kolumbien hat. Als einziger NATO-Partner Lateinamerikas hat Kolumbien ein Alleinstellungsmerkmal, das in der Region Prestige, internationales Ansehen und Mitspracherecht in einem wichtigen internationalen Forum verleiht.

Angesichts der – auch nach dem Friedensvertrag mit den FARC – noch immer prekären Sicherheitslage im Land gibt es auch praktische Gründe, die Professionalisierung des eigenen Militärs mit Unterstützung der NATO-Partner voranzutreiben. Eine Abkopplung von den Informations-, Forschungs- und Ausbildungsnetzwerken der NATO und die Aufgabe von privilegierten Zugängen bei der militärischen Materialbeschaffung würde die Leistungsfähigkeit des kolumbianischen Militärs mittelfristig schwächen und unmittelbar zu starker Kritik am Präsidenten im Sicherheits- und Verteidigungssektor führen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Regierung Petro den Spagat zwischen Rhetorik und praktischer Umsetzung fortsetzt.

Fazit

Die globale Partnerschaft zwischen Kolumbien und der NATO ist alles andere als ein Papier-tiger: Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist substanzieller und konkreter Natur. Seit 2013 haben sich die Beziehungen kontinuierlich weiterentwickelt und vertieft. Kolumbien verfügt aufgrund des langjährigen internen Konflikts, des anschließenden Friedensprozesses mit den FARC und zahlreicher erfolgreicher Beteiligungen an UN-Friedensmissionen¹³ über Erfahrungen und Fähigkeiten, die das Land als Mehrwert in das NATO-Netzwerk einbringt. Mit dem



2021 abgeschlossenen individuell zugeschnittenen Partnerschaftsprogramm ITPP nimmt Kolumbien im Kreis der rund 40 verschiedenen NATO-Partnerschaften inzwischen sogar eine Pionier- und Vorbildfunktion ein.

Der Regierungswechsel im August 2022 in Kolumbien und die NATO-kritische Rhetorik von Präsident Petro haben die praktische Zusammenarbeit bislang nicht behindert. Ein Rückzug Kolumbiens aus den NATO-Netzwerken gilt kurz- bis mittelfristig als höchst unwahrscheinlich. Auch wenn die aktuelle kolumbianische Regierung aus ideologischen Gründen statt der traditionell engen Partnerschaft mit den USA eine neutralere Position und eine Äquidistanz zwischen den großen Mächten, insbesondere USA und China, anstrebt und der innenpolitischen Verfasstheit internationaler Partner weniger Bedeutung beizumessen scheint, bleibt Kolumbien strukturell ein wichtiger Wertepartner, der im Einsatz für Demokratie und eine regelbasierte Weltordnung unverzichtbar ist.

Im aktuellen Strategischen Konzept der NATO wird neben Abschreckung und Verteidigung sowie Krisenprävention auch kooperative Sicherheit als zentrales Aufgabenfeld der Allianz definiert. In dem entsprechenden Kapitel unter Punkt 42 heißt es: „Der politische Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit Partnern, beruhend auf gegenseitigem Respekt und von beiderseitigem Nutzen getragen, leisten einen Beitrag zur Stabilität jenseits unserer Grenzen, erhöhen die Sicherheit in unseren Ländern und unterstützen die Kernaufgaben der NATO. Partnerschaften sind von zentraler Wichtigkeit, um globale Gemeingüter zu schützen, unsere Resilienz zu erhöhen und die regelbasierte internationale Ordnung zu wahren.“¹⁴

In diesem Sinne sollten sich die politischen Entscheidungsträger in Kolumbien und in der NATO im beiderseitigen Interesse um den weiteren Ausbau und die Vertiefung der globalen Partnerschaft bemühen, um noch ungenutzte Potenziale zu heben. Auch politische und militärische Akteure in Deutschland sollten den Rahmen der globalen Partnerschaft der NATO

mit Kolumbien noch stärker als bisher nutzen, um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit voranzutreiben. Aufgrund der traditionell engen Beziehungen und jahrzehntelanger enger Zusammenarbeit bei Ausbildung, Personalaustausch und Rüstungsprojekten zwischen der deutschen und kolumbianischen Marine könnte Deutschland beim Ausbau der Partnerschaft eine Schlüsselrolle einnehmen.

Stefan Reith ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien.

- 1 Adán García, Ángel José 2019: 70 años de evolución estratégica en la OTAN, Documento Marco, 04.04.2019, Instituto Español de Estudios Estratégicos, S.1, in: <https://ogy.de/x181> [18.01.2024].
- 2 NATO 2024: NATO's partnerships, 07.03.2024, in: <https://ogy.de/yqij> [07.03.2024].
- 3 Siehe Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2019: Sachstand „Globale Partner“ der NATO, WD 2 - 3000 - 046/19, S.5, in: <https://ogy.de/1hh1> [18.01.2024].
- 4 Palma, Oscar 2022: Colombia, la OTAN y el próximo presidente, La Silla Vacía, 09.06.2022, in: <https://ogy.de/9fcg> [18.01.2024].
- 5 Cambio Colombia 2023: ¿En qué consiste la Otan Amazónica que Gustavo Petro propone crear?, 08.08.2023, in: <https://ogy.de/4m0b> [18.01.2024].
- 6 Sacristán, Juan Felipe 2023: Fuerzas Armadas colombianas las mejores de América: ganaron competencia de comandos especiales antiterroristas, Infobae, 22.06.2023, in: <https://ogy.de/imvw> [18.01.2024].
- 7 NATO 2022: Strategic Concept, 29.06.2022, S. 4, in: <https://ogy.de/6vgy> [18.01.2024].
- 8 Cabrera Ortiz, Fabricio / Alarcón Moreno, María Johanna 2021: Colombia como socio global y estratégico de la OTAN: un balance, in: Pastrana, Eduardo / Reith, Stefan (Hrsg.): La política exterior de Iván Duque: una mirada des sus primeros dos años, Bogotá, S. 305-346, hier: S. 319.
- 9 NATO 2022: NATO Secretary General praises strong partnership with Colombia, 14.02.2022, in: <https://ogy.de/2bl7> [18.01.2024].
- 10 Rede von Präsident Petro vor der 77. UN-Vollversammlung (eigene Übersetzung): Petro, Gustavo 2022: Discurso del Presidente Gustavo Petro ante la 77ª Asamblea General de la Organización de Naciones Unidas - ONU, 20.09.2022, in: <https://ogy.de/un0c> [18.01.2024].
- 11 NATO 2023: NATO Deputy Secretary General meets Colombian Defence Minister, 27.09.2023, in: <https://ogy.de/kcw9> [22.01.2024].
- 12 Ministerio de Defensa Nacional: Política de Seguridad, Defensa y Convivencia Ciudadana, Garantías para la vida y la paz, 2022-2026, S.75 f., in: <https://ogy.de/sr1y> [18.01.2024].
- 13 Bislang hat Kolumbien an neun UN-Friedensmissionen teilgenommen. Siehe Cabrera Ortiz / Alarcón Moreno 2021, N. 8, S. 320.
- 14 Deutsche Übersetzung des Strategischen Konzepts der NATO 2022, in: <https://ogy.de/3b6k> [18.01.2024].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Klingelhöferstraße 23

10785 Berlin

Telefon (030) 269 96-33 88

www.auslandsinformationen.de

[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)

www.x.com/auslandsinfo

www.instagram.com/auslandsinfo

auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:

Dr. Sören Soika

Redaktion:

Dr. Canan Atilgan

Thomas Birringer

Christian Echle

Dr. Stefan Friedrich

Benjamin Gaul

Dr. Lars Hänsel

Caroline Kanter

Dr. Christina Krause

Sabina Wölkner

Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:

Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:

Alena Karolina Beram, Leonie Lieske

und Zoe Willim

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank Bonn

IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00

BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den Auslandsinformationen (Ai).

Abbildung Titel:

Nordatlantikvertrag, Artikel 5.

Urheber aller weiteren Fotos und Grafiken wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:

Oliver Seifert, Weimar

Übersetzung:

Alpha Translation Service GmbH, Berlin

Gestaltung/Satz:

racken GmbH, Berlin

75 JAHRE NATO

Mehr Informationen hier:
kas.de/de/75-jahre-nato



40 JAHRE Ai

auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo